

## **STADTSENATSMITGLIEDER**

### **Stadträtin Elke EDLINGER**

Sehr geehrte Zuhörer/Zuhörerinnen, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Gerhard Rüschi, du hast in deiner Rede zu Beginn des Budgetgemeinderates gemeint, du willst Änderungen der Unternehmenskultur der Stadt und es braucht einen fairen Umgang miteinander.

Ehrlich gesagt, wenn ich das höre, dann empfinde und finde ich, dass dieses Wollen ein wenig spät kommt. Denn ein fairer Umgang miteinander und eine ordentliche Kultur im Umgang hätte geheißen, dass es überhaupt Budgetgespräche gegeben hätte. Und wenn du es auch noch so oft behauptest, ich oder wir hätten Budgetverhandlungen quasi nicht gewollt, es wird dadurch nicht wahrer durch diese Wiederholungen. Ich habe unzählige Male bei dir nachgefragt, in Stadtsenatssitzungen und bei anderen Anlässen, wann du gedenkst, mit mir über die Details der Notwendigkeiten in meinen beiden Ressortbereichen zu reden, wann es Budgetgespräche geben wird. Das Einzige, was ihr letztendlich gemacht habt, war dann in zwei kurzen halbstündigen Gesprächen mir mitzuteilen, wie viel Geld ihr für welchen Bereich in meinem Ressort zur Verfügung zu stellen gedenkt.

Von den Wochen vorher, von diesem ewigen Hin und Her, von den sich dauernd ändernden Budgetvorgaben, von den Vorgaben, die sich teilweise auch widersprochen haben – von all dem, was nicht nur bei mir Management by Chaos durch euch als Eindruck hinterlassen hat, von all dem, was viele verunsichert hat, Vereine und NGOs, aber auch vor allem die Bediensteten der Stadt Graz, von dem rede ich hier gar nicht.

Ich möchte jetzt die Gelegenheit aber nützen, nur ein paar Punkte aus dem, was ich gerne mit dir, mit euch in ordentlichen Budgetgesprächen, Budgetverhandlungen, die diesen Namen auch verdient hätten, was ich dort gerne mit euch erörtert hätte, diese Gelegenheit möchte ich nützen, das hier jetzt einzubringen.

Kollege Hohensinner hat in seinem Debattenbeitrag gesagt, es geht darum, die Grundbedürfnisse der Grazer und Grazerinnen abzusichern, Strickleitern anzubieten, damit eine Integration in die Gesellschaft für möglichst viele möglich ist. Um das wäre es mir gegangen, darüber zu reden, hätte es nur Budgetgespräche gegeben. Ein Beispiel, was wir in Graz dringend brauchen würden, nämlich einen massiven Ausbau der sogenannten mobilen gerontopsychiatrischen Betreuung für ältere Menschen, die psychische Probleme haben und noch alleine zu Hause wohnen.

Was versteckt sich hinter diesem vielleicht etwas sperrigen Begriff gerontopsychiatrische mobile Betreuung? Es geht darum, alte Menschen, die in psychisch sehr schwierigen Situationen leben, zu Hause aufzusuchen, kontinuierlich zu begleiten und genau durch dieses Angebot ihnen die Integration in die Gesellschaft, das selbständige Leben, das Decken ihrer Grundbedürfnisse zu ermöglichen.

Wir haben hier ein Pilotprojekt, wo eine solche Begleitung und Betreuung stattfindet im Bezirk Andritz. Dieses Pilotprojekt wird finanziert zur Gänze aus Mitteln des Landes, nämlich aus den Ressorts Gesundheit und Soziales. Warum führe ich das hier an, weil wenn man manchen Vorrednern hier heute zugehört hat, hat man den Eindruck, das Land sei unser Feind, das Land zahlt überhaupt nichts für Graz, das Land steht quasi gegen uns, deswegen ist mir das ein Anliegen auch hier zu erwähnen, wer dieses Projekt finanziert (*Applaus SPÖ*) und vielleicht erlauben Sie zum besseren Verständnis, weil wenn heute hier die Zahlen vorherrschend sind, dass wir einen Blick dahinter werfen, nämlich auf die Betroffenen, erlauben Sie mir ganz kurz eine Fallbeschreibung, was bei so einer Betreuung passiert, Ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Zum besseren Verständnis, wie hier gearbeitet wird und welche Erfolge mit dieser Arbeit erzielt werden können, schildere ich kurz, zwei Fallbeispiele:

Fallbeispiele Frau A: Frau A ist 67 Jahre alt, sie hatte schwerste Traumatisierungen seit frühester Kindheit, zahlreiche psychiatrische Behandlungen. Sie hat sechs Kinder, die nach einem einjährigen Psychiatrieaufenthalt, den sie absolvieren musste, zu Stiefeltern kamen, und nur eine Tochter hat heute mehr Kontakt mit Frau A. Frau A leidet immer wieder an schweren Depressionen, bisher war sie viermal in lebensbedrohlichen Situationen. Sie hat in Summe zehn verschiedene Diagnosen, endogene Depression, Diabetes und viele Folgeerkrankungen. Ein Infarkt im Vorjahr

seither motorische Beeinträchtigung, Beeinträchtigung der Gehfähigkeit auf Grund starker Schmerzen. Chronische Schmerzen und Krämpfe, sie hat kein Gebiss, seit sie an der Zahnprothese im Spital beinahe erstickt ist. Leidet seit einem Jahr zusätzlich an Tinnitus. Frau A. wohnt alleine, hat eine Mindestpension und Pflegestufe 2. Frau A. ist nicht in der Lage, Rezepte bei der Hausärztin sich ausstellen zu lassen und sich diese Medikamente dann auch zu besorgen. Sie ist nicht in der Lage, alleine Arzttermine wahrnehmen zu lassen, sie ist völlig überfordert bei Erhalt von behördlichen und anderen Schriftstücken, fühlt sich nicht in der Lage zu kochen, ist einsam zu Hause, macht keine Aktivitäten, die sie freuen. Als Bezugsperson hat sie nur ihre eine Tochter, mit der sie Kontakt hat, diese kommt ein- bis zweimal in der Woche nach der Arbeit vorbei, um einen Teil des Haushaltes von Frau A. zu erledigen und ihre Bankgeschäfte zu führen. Durch diese mobile Betreuung, die das Land uns in Andritz finanziert, wurden folgende Maßnahmen eingeleitet: Eine Essenzustellung für Frau A. wurde organisiert, und Frau A. braucht durch diese Betreuung sogar bei der Menüauswahl und bei der Bestellung der Speisen Unterstützung. Sie wird begleitet zu ärztlichen Kontrollterminen, sie konnte die Anregung mit der Zeit annehmen, nämlich kleinere Spaziergänge zunächst in Begleitung vorzunehmen. Schrittweise konnte ihre Außenwahrnehmung und ihre Orientierung erweitert und verbessert werden. Es konnten Maßnahmen zur Förderung des Selbstvertrauens verwirklicht werden. Es wurden organisiert Besuche durch ehrenamtliche Betreuerinnen des SBZ und von Prohumanis, diese werden nun von Frau A. auch dankbar angenommen. Die psychosoziale Betreuung erfolgt zweimal wöchentlich, zusätzliche Telefonate stehen Frau A. zur Verfügung, wenn sie sich in Situationen überfordert fühlt. Es ist gelungen, wieder Schritt für Schritt ein stabiles Umfeld für Frau A. zu schaffen und es ist auch gelungen durch diese mobile gerontopsychiatrische Betreuung die Tochter, die Frau A. unterstützt, zu entlasten. Das Resultat dieser Maßnahmen: Frau A. gewinnt Vertrauen zu sich selbst und nimmt Schritt für Schritt ihr Leben wieder in die Hand. Diese vermittelte Sicherheit gestattet ihr einfach, wieder aktiv selbst ihr Leben zu führen und ich darf nur ganz kurz ein Resümee, quasi den Erfolg dieser Begleitung und Betreuung, hier darlegen. Die gesundheitliche Situation von Frau A. hat sich stabilisiert, von der Hausärztin wird ihre nunmehrige gesundheitliche Verfassung als so positiv wie schon seit vielen Jahren nicht mehr beschrieben. Ursprünglich war daran gedacht, Frau A. vom Krankenhaus direkt in ein Heim, in ein Pflegeheim, zu geben. Diese gesundheitliche

Verbesserung war nicht erwartet worden. Nun hat Frau A. wieder sehr viele Dinge selber in die Hand genommen und weiß mit ihren Erkrankungen umzugehen. Das Ziehen in ein Pflegeheim ist für Frau A. jetzt und wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit lange kein Thema mehr. Das heißt, eine mobile Betreuung, die Grundbedürfnisse abdeckt, die Menschen unterstützt, die Menschen hilft.

Und ich habe für eine Ausweitung einer derartigen mobilen Betreuung auch auf andere Bezirke, sodass wir es nicht nur in Andritz anbieten können, zum Beispiel Mittel im Budget angemeldet. Zurückbekommen habe ich ein Budget, in dem diese Mittel einfach gestrichen waren. Ohne dass auch nur ein einziges Mal die Gelegenheit bestanden hätte, über die Notwendigkeit dieser Betreuung mit dem Finanzstadtrat oder gar mit den anderen Kolleginnen und Kollegen der schwarz/grünen Regierungskoalition sprechen zu können.

Oder - worüber ich in Budgetverhandlungen, wenn sie stattgefunden hätten - auch gerne gesprochen hätte:

Unseren Bedarf im Bereich der Unterstützung und Hilfe für pflegende Angehörige. Es verdient unsere allerhöchste Wertschätzung, und ich denke, Sie geben mir hier Recht, wenn Angehörige, und das sind vor allem auch Frauen, unbezahlt pflegen und hier Großes leisten. Nur wir müssen als Politik darauf achten, dass diese Angehörigen, wenn notwendig, auch entlastet sind. Da reichen die Angebote, die wir aktuell haben, einfach nicht aus.

Ich habe einen Tag lang im Bezirk Gries die mobilen Pflegedienste begleitet, die Hauskrankenpflege, und habe hier eine Familie kennengelernt, Frau W., die ihre 42jährige Tochter pflegt zu Hause. Die Tochter ist an MS erkrankt, ist in ihren Lähmungserscheinungen schon sehr weit fortgeschritten, kann sich nur in Ansätzen mittels Augenbewegungen mehr verständigen, indem sie Zustimmung oder Ablehnung durch Augenschlag signalisieren kann und Frau W. pflegt nicht nur ihre 42-jährige Tochter zu Hause, sondern auch ihren Gatten, der letztes Jahr einen Schlaganfall hatte, seit damals ebenso auf den Rollstuhl angewiesen ist und ebenso schwer hilfebedürftig ist. Frau W. leistet scheinbar Übermenschliches, sie ist nur zu bewundern. Aber unsere Bewunderung bringt ihr nichts, wenn wir nicht auch darauf

achten, dass wir ihr dann, wenn sie es braucht, Entlastung, Unterstützung und Hilfe zukommen lassen.

Nur: Es gab keine Möglichkeit, darüber in Budgetverhandlungen zu sprechen, über den Bedarf, den wir in diesem Bereich haben.

Die Beispiele dafür, was notwendig wäre, damit einerseits die Grundbedürfnisse der Grazerinnen und Grazer wirklich gedeckt werden können, und wir andererseits Armut und Mangel nicht verwalten, sondern effizient, massiv, aktiv bekämpfen können, diese Beispiele, was wir dafür brauchen würden, ließen sich noch lange fortsetzen (*Applaus SPÖ*).

Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, und viele Vorredner haben sich ja darauf bezogen, haben ihre Erläuterungen ausgeführt, wäre es notwendig, massiv Projekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik auszubauen, auszuweiten, dieses Budget lässt mir im Sozialressort dazu keine Spielräume.

Oder eine Einführung des Sozialpasses, Uli Taberhofer hat es in ihrer Rede angesprochen, im Gemeinderat grundsätzlich als Willensbekundung, glaube ich, einstimmig von allen beschlossen. Nur: Im Budget sind dafür keine notwendigen Mittel.

Lieber Gerhard Rüschi, du hast in deiner Rede heute Früh gesagt: Denn eine Stadt, die ihre Infrastruktur nicht ausbaut, ist eine sterbende Stadt. Ich sage dir: Eine Stadt, die nur die Infrastruktur in den Vordergrund stellt und ihre sozialen Angebote nicht ausbaut (*Applaus SPÖ*), ist eine gefährdete Stadt, gefährdet um ihre soziale Sicherheit, gefährdet um ihren sozialen Frieden und das ist ein Weg, den wir nicht mitgehen wollen.

Und du hast mir in deiner Rede vorgeworfen, ich war nicht bereit, auch nur einen einzigen Euro einzusparen. Sei mir nicht böse, aber ich persönlich empfinde diese Aussage als Auszeichnung für mich. Danke dafür. Warum danke? Ich sehe es als meine Aufgabe als Sozialstadträtin und als Frauenstadträtin genau darauf zu achten, dass kein einziger Euro im Bereich der bestehenden sozialen und fraupolitischen Angebote in dieser Stadt eingespart werden muss (*Applaus SPÖ*), unsere Gesellschaft braucht diese Angebote und für alle, vor allem jene, die zu den Schwächsten in der Gesellschaft auch gehören.

Zum Bereich der Frauenpolitik:

Weil der Bedarf um vieles größer ist, als derzeit gedeckt werden kann, habe ich bereits bei meiner Budgetrede vor dem Sommer gesagt, wir brauchen zumindest eine Verdoppelung. Diese Verdoppelung habe ich angemeldet, die Regierungskoalition hat diesem Wunsch nicht stattgegeben. Übrigens, ohne jetzt einen Bereich gegeneinander oder Bereiche gegeneinander ausspielen zu wollen, wie ich heute der Kleinen Zeitung auch entnehmen konnte, sehen wir zum Beispiel zwei Millionen Euro vor für den Ausbau von Radwegen. Ich liebe Radwege, ich halte sie für notwendig und wichtig, aber nur, damit wir auch die Relationen sehen. Tatsache ist, es ist ungefähr nicht ganz das Dreifache des Frauenbudgets. Oder allein der Zuwachs, die Steigerung der Kosten beim Ausbau und Umbau des Bades Eggenberg, ist ungefähr das 15-fache des gesamten Frauenbudgets. Ich denke, es ist notwendig, hier einfach immer diese Relationen im Kopf zu haben und nicht nur von 10-%-igen Steigerungen im Subventionsbereich zu sprechen.

Was bedeuten die aktuellen Ansätze für das Frauenreferat im Budget:

- Dringend notwendige Aufstockungen bei allen Vereinen können nicht umgesetzt werden, sondern die Vereine müssen, weil sie natürlich mit gestiegenen Mietkosten und gestiegenen Lohnkosten konfrontiert sind, teilweise Stunden ihrer Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen kürzen.
- Die politisch eigentlich bereits besprochene und verhandelnde Vollzeit-Anstellung der Frauenbeauftragten ist mehr als fraglich.
- Projekte, die sich bereits in der Konzeptionsphase befunden haben, wie zum Beispiel verstärkte Mädchenförderung im Rahmen eines Mädchenzentrums, ein Punkt übrigens, der auch im Koalitionspakt zwischen ÖVP und Grünen festgeschrieben ist, lässt sich jetzt nicht umsetzen, wir haben im Budget dafür keinen Spielraum.

Ich sage eines, wenigstens kommt die angekündigte 15%-Sperrung in diesem Bereich der Fraueninitiativen und der Sozialinitiativen nicht zum Tragen, wenigstens hattet ihr hier ein Einsehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der schwarz-grünen Koalition!

Was bleibt übrig?

Dieses Budget ist und bleibt eine Mogelpackung und ist von Schwerpunktsetzungen meilenweit entfernt. Und dennoch klopf ihr euch stolz auf die Brust, weil ihr für Subventionen im Frauenressort und im Sozialressort jeweils rund 50.000,- Euro zusätzlich locker gemacht habt.

Dafür wurde gleichzeitig der Bereich der gesetzlichen Pflichtleistungen wissentlich einfach niedriger, als wir es brauchen werden, budgetiert, um mehrere Millionen niedriger, weil ihr einfach sagt, und das ist das Schmerzliche, das Sozialamt, die fachlich erfahrenen kompetenten Mitarbeiter/MitarbeiterInnen hätten falsch gerechnet, zu hoch gerechnet. Daniela Grabe, du hast gemeint, wenn Mittel benötigt werden, dann würden sie eh nachgeschossen werden, wenn wirklich dieser Bedarf eintritt. Ich darf dich aufklären, wir haben morgen im Stadtsenat die Stellungnahme des Sozialamtes zu den bereits vorliegenden Novellen Richtsätze der Sozialhilfe für das nächste Jahr und die Novelle im Zusammenhang mit der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Steiermärkischen Behindertengesetz und die Novelle BHG/SHG Leistungs- und Entgeltverordnung, die Stellungnahme dazu listet bereits auf auf Grund dessen, was heute klar ist, dass wir mehrere Millionen weniger im Budget haben, als wir brauchen werden, das heißt, ihr beschließt heute wissentlich, ohne dass ihr heute sagen müsst, wo ihr dann beim Nachtragskredit der notwendig wird, das Geld dafür hernehmt. Ihr beschließt heute wissentlich einfach zu wenig Geld für den Pflichtleistungsbereich. Und dann frage ich mich, was ist der Hintergrund, warum macht ihr das? Und das Einzige, was mir da einfällt ist, ich habe sehr aufmerksam der Budgetrede von Stadtrat Rüschi heute in der Früh gelauscht, er hat ja unter anderem auch den Saldo der laufenden Gebarung präsentiert, dass es ihm beziehungsweise euch gelungen sei, hier von 36 Millionen Saldo auf 22 Millionen Saldo runterzukommen, das geht halt nur dann, wenn man solche Budgettricks anwendet, das geht halt nur dann, wenn man Pflichtbereiche wissentlich einfach niedriger budgetiert und weiß, dass man letztendlich auf einem Budgetkartentisch sitzt, das spätestens im Herbst einstürzen wird (*Applaus SPÖ*).

Ich nehme an, ihr kennt das Märchen vom Kaiser mit den neuen Kleidern. Für alle, deren Kindheit schon zu lange her ist oder wo das Erinnerungsvermögen sich schon ein bisschen trüben könnte: Das Märchen handelt von einem Kaiser, der sich für viel Geld neue Gewänder weben lässt. Man macht ihm weis, die Kleider seien nicht

gewöhnlich, sondern könnten nur von Personen gesehen werden, die ihres Amtes würdig und nicht dumm seien. Tatsächlich geben die Ersteller nur vor, zu weben und dem Kaiser die Kleider zu überreichen. Aus innerer Unsicherheit - oder mag es gar Eitelkeit sein? - erwähnt dieser nicht, dass er die Kleider selbst auch nicht sehen kann und auch die Menschen, denen er seine neuen Gewänder präsentiert, geben Begeisterung über die scheinbar schönen Stoffe vor. Dieser Schwindel fliegt erst auf, als ein Kind ausruft, der Kaiser habe gar keine Kleider an.

Die heutigen Jubel-Reden der schwarz-grünen Fraktion erinnern mich daran. Hier wird ein Budget bejubelt, hier wird davon geredet, dass Grundbedürfnisse der Grazer und Grazerinnen angeblich gesichert werden, hier klopf man sich für angebliche aktive soziale Schwerpunktsetzungen gegenseitig auf die Schultern. Hier ist man stolz darauf, die Eckwertsumme angeblich auf dem Wert des heurigen Jahres gehalten zu haben, hier gibt man vor, die anderen hätten Budgetgespräche verweigert, hier suggeriert man, einen konkreten Plan zur Sanierung des Budgets zu haben. Einzig Daniela Grabe scheint zumindest zum Teil die fehlenden Kleider erkannt zu haben. Und dass, obwohl der sogenannte Budgetkurs der Regierungskoalition nicht nur ziemlich, sondern gänzlich nackt ist. Außer Floskeln nichts gewesen, kein wirkliches Fleisch, kein Licht am Ende des Finanztunnels, kein Konzept.

Lieber Gerhard, ich weiß, du bist ein begeisterter Leser. Ich darf dir daher im Anschluss im Sinne eines kleinen vorweihnachtlichen Geschenks ein Buch, in dem du das Märchen von Andersen über den Kaiser und seine neuen Kleider nachlesen kannst, dann gerne überreichen.

Ich möchte mich zum Schluss meiner Budgetrede noch bedanken.

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Sozialamt, stellvertretend nenne ich Abteilungsvorstand Mag. Gernot Wippel, die Budgetreferentin Frau Rottensteiner und Frau Kolar-Knapp, die die Subventionsauszahlungen abwickelt, für das Einbringen ihrer langjährigen Erfahrung und ihren großen Einsatz unter oft nicht leichten Bedingungen - zum Wohle der Grazerinnen und Grazer, die Hilfe benötigen.

Ihre fachliche Kompetenz und ihr Engagement wurde leider in den letzten Wochen - und auch heute wieder - besonders von dir, lieber Herr Finanzstadtrat - immer wieder



nicht nur übergangen, sondern schlimmer noch, gerade regelrecht in Frage gestellt, in dem eben seriöse Berechnungen des Fachamtes, zum Beispiel der erfahrenen Referatsleiter und -leiterinnen, von der Regierungskoalition einfach vom Tisch gewischt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und Grün:

Ich bitte euch aufrichtig um eines: So geht man einfach nicht mit engagierten, erfahrenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen um (*Applaus SPÖ*)! Nicht mit uns, dagegen verwehre ich mich aufs Heftigste.

Und: Ich sage allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes ein großes Dankeschön für euren Einsatz und für eure fachliche Expertise (*Applaus SPÖ*).

Ebenso danken möchte ich den Mitarbeiterinnen des Frauenreferates - der Leiterin Doris Kirschner, der Budgetreferentin Edith Klinger und natürlich auch Eva Dohr und Irene Platzer. Das kleine Team macht trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel immer wieder Projekte, Angebote und Hilfen für GrazerInnen möglich, dass man nahezu geneigt ist zu glauben, ihr könntet regelrecht zaubern. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzdirektion, besonders auch bei Michi Kicker, der ja für die BudgetreferentInnen in den Ämtern als wesentliche Ansprechperson fungiert, für die gute Kooperation.

Und bedanken möchte ich mich auch besonders herzlich bei meinen Büromitarbeitern und -mitarbeiterinnen, bei Nina Pölzl, Eugen Pachler, Alexandra Lambrecht und Margot Bachlinger. Ihr seid einfach ein tolles Team. Schön, dass ich mit euch arbeiten darf und ich mich zu 150% auf euch verlassen kann. Danke (*Applaus SPÖ*).

**Stadtrat Detlev EISEL - EISELSBERG**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen aus der Stadtregierung, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste auf der Galerie! Wir haben heute schon einige Bilder und Umschreibungen gehört, was denn ein Budget so alles sein kann. Von der trockenen Sache über das Herzstück bis in Zahlen gegossene Politik. Dem möchte ich mich aber auch nicht weiter widmen, sondern eher einigen Aussagen oder einer Aussage im Vorfeld, der Aussage des SPÖ-Vorsitzenden und ehemaligen Finanzstadtrates Dr. Wolfgang Riedler, der davon spricht, dass dieses Budget unsozial ist. Und auch der Herr Gemeinderat Haßler hat ja heute von einem sozialen Kahlschlag gesprochen. Ich möchte gerne einen kurzen Blick zurück machen. In der Zeit des Finanzreferenten Dr. Riedler, Sie werden sich erinnern, hat es immer einen Eckwert gegeben und da wurden 5 % und mehr Prozent jedes Jahr, von einem Jahr auf das andere, weggenommen. Und wir haben trotzdem, ich denke, gute Budgets zusammengebracht und wenn damals die Opposition gesagt hat, ja, sozialer Kahlschlag, Rasenmäherpolitik und, und, und, haben wir uns gemeinsam hingestellt und haben gesagt, das stimmt sicher nicht. Aus gutem Grund haben wir diese Vorwürfe zurückgewiesen und haben Paroli geboten aus Überzeugung. So, jetzt ist der Herr Dr. Rüscher als Finanzreferent am Werk, der sagt, wir machen keine Kürzungen von acht auf neun, minus fünf, minus acht Prozent, nein, wir schreiben die Zahlen fort. Und dieselben Leute, die damals, weil sie heute in einer Koalition mit uns waren, und es war damals ein Arbeitsübereinkommen, sagen bei dieser Vorgangsweise, dass es einen sozialen Kahlschlag gibt, wie passt das zusammen? Also irgendwie ist das nicht ganz stimmig, wenn jemand, der immer wieder etwas vom Budget wegnimmt und sagt, das ist sozial, dann behauptet er, wenn man vom Budget nichts wegnimmt, es ist unsozial (*Applaus ÖVP*). Und man wird sich auch schertun, das jenen zu verdeutlichen, denen man das erzählen möchte und damit beweisen möchte, das Schwarz/Grün unsozial ist. Ich glaube, das wird nicht gelingen, weil Gott sei Dank sind die Bürgerinnen und Bürger so mündig (*Applaus ÖVP*).

Was ist mein Fazit daraus, wenn man sich in Opposition begibt, und ich sage bewusst begibt, wenn man das Trotzwinklerl vorzieht vor der konstruktiven Zusammenarbeit, dann trübt es den Blick auf die Realität, mehr kann ich dazu

eigentlich nicht sagen und wenn der Herr Gemeinderat Haßler über Budgetverhandlungen berichtet, in welcher Atmosphäre, in welchem Rahmen die stattgefunden haben sollen, dann kann ich mich erinnern, dass du dann eigentlich nicht dabei warst (*Applaus ÖVP*), das heißt, du berufst dich da auf Erzählungen, aber da kann ich nur dazu sagen, man darf offensichtlich Politikern wirklich nicht alles glauben, was sie einem erzählen. Weil ich war dabei und ich sage durchaus, ich habe manchmal das Gefühl gehabt, da geht es eher um Provokation als um konstruktives Miteinander. Ich habe mich bisweilen auch dort zurückgezogen, weil ich mich in dem Zusammenhang eigentlich nicht provozieren lassen wollte, der Gerhard Rüscher war der Arme, als Finanzreferent hat er das über sich ergehen lassen müssen. Es war ein konstruktives Bemühen von unserer Seite da, aber ich habe das nicht von allen Kolleginnen und Kollegen erkennen können.

Und wenn ich konkret jetzt das Kulturamt anspreche, das Kulturamt hat im Vorjahr um 400.000 Euro mehr bekommen als im Jahr 2007. So, und jetzt wird dieses Kulturbudget mit diesen 400.000 Euro mehr fortgeschrieben auf 2009 und da frage ich mich, wie kann das sein, dass keine Arbeit möglich ist, es ist auch heuer eine Arbeit möglich gewesen und wenn ich die Arbeitsschwerpunkte des Kollegen Riedler im Kulturbereich anschau, da sind ja einige tolle Sachen dabei, also tu mir nicht immer erzählen, dass alles so furchtbar ist und dass die Arbeit nicht mehr möglich ist, wenn sie ja doch offensichtlich möglich ist.

Und wenn ich kurz auf das Sozialamt eingehen kann. Na, selbstverständlich gibt es dort eine Entwicklung nach oben und es sind nicht die Zahlen allein, die Millionen, die uns beunruhigen müssen, die wir mehr ausgeben müssen, es ist heute schon angesprochen worden, es ist eigentlich die gesellschaftliche Entwicklung, die damit verbunden ist und die das notwendig macht, das sollte uns ernsthafte Sorgen bereiten. Aber meiner Einschätzung nach ist auch der Sozialbereich um rund 10 % höher dotiert als im heurigen Jahr, und ich muss da einfach eine kritische Anmerkung machen. Vor Jahren wurde ein Projekt Sozialraumorientierung gestartet von meiner sehr geschätzten Vorgängerin Tatjana Kaltenbeck-Michl, die nicht mehr da ist leider, und da wollte man gemeinsam, Jugendamt und Sozialamt, diese Sozialraumorientierung verfolgen aus guten Gründen, wie ich denke. Das Sozialamt ist dann im laufenden Prozess ausgestiegen, ich kann nicht näher beurteilen warum, das Jugendamt arbeitet hart weiter mit Hochdruck. Es verlangt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt vieles ab und wir sind bereits vor dem nächsten Schritt, der

sich dann auch finanziell hoffentlich positiv auswirken wird, bei der Sozialraumbudgetierung. Hier bin ich in sehr gutem Einvernehmen mit Herrn Landeshauptmannstellvertreter Flecker und wir planen ein Pilotprojekt für die Jahre 2010 bis 2012. Und was kann das bewirken bei hoffentlich gleich bleibender und angestrebter hoher Qualität, wir könnten, wenn die Planungen eintreffen, praktisch im Jahr 2012 mit einer Sozialraumbudgetierung auf den Ausgaben des Jahres 2009 uns einpendeln und das sind einige Millionen, die da dazwischen liegen. Es ist sehr schade, dass das Sozialamt aus mir nicht näher bekannten Gründen sich an diesem Prozess nicht beteiligt hat und könnten wir vielleicht die Diskussion insgesamt auf einer anderen Ebene führen (*Applaus ÖVP*).

Herr Gemeinderat Haßler, du stellst dich heute so schützend vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Ich sage dir...

***Zwischenruf StRin. Edlinger: Redest du auch zu deinem Ressort?***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Wird schon passieren, ja. Es sind auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Elke. Also ich sage, gerade aus Sicht der Volkspartei, aber auch aus der Sicht der Grünen, aber vor allem auch meiner ganz persönlichen Sicht, brauchst du dich und braucht sich die SPÖ nicht schützend vor die Mitarbeiter stellen, da stehen schon wir (*Applaus ÖVP*). Ich bin seit 1982 im öffentlichen Dienst, begonnen beim Land, dann in der Stadtverwaltung, und ich weiß, wovon ich spreche. Die Stadt Graz hat ganz hervorragende und tolle Mitarbeiter und wir brauchen keinen Vergleich mit einer anderen Gebietskörperschaft scheuen und es ist in keiner Weise so, dass irgendjemand von der schwarz/grünen Koalition das anders sehen würde, aber wir sind auch bereit, gemeinsam mit der Personalvertretung da und dort Anpassungen vorzunehmen und uns weiter zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass manche, das gilt Gott sei Dank nur vereinzelt, die Welt dreht sich zwar weiter, aber ich stehe still, so wird es nicht funktionieren, so werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigen können. Und ich bin offensichtlich ein ganz besonderer Glückspilz, ich habe schon einige Ressorts auch

in der Stadt gehabt mit verschiedenen Fachämtern, ich erwische immer die Besten, schaut so auch, weil eben auch zwei oben stehen, die Frau Franziska Feichtinger und Karin Dreier, die mich insbesondere bei Budgetfragen hervorragend begleiten, möchte ich gleich an dieser Stelle einfach ein herzliches Danke sagen (*Applaus ÖVP*) an das gesamte Team des Amtes, und ich glaube gerade die Budgetdamen, wenn ich so sagen darf, haben auch rund um die Budgetverhandlungen bewiesen, dass sie im Jugendamt hervorragende Arbeit geleistet wird und haben das wirklich auch meinen Kolleginnen und Kollegen deutlich machen können. Und wenn ich beim Dank bei meinen Ämtern bin, da hinten sitzt der Gerhard Peinhaupt, stellvertretend für das kleinste, aber feinste Sportamt Österreichs, herzlichen Dank, Gerhard für deine tolle Zusammenarbeit (*Applaus ÖVP*).

Dieses laut Opposition insbesondere seitens der SPÖ als unsozial bezeichnete Budget ermöglicht in meinem Ressort, und jetzt bin ich unmittelbar bei meinem Ressort, liebe Elke, einige wichtige Projekte auch im kommenden Jahr umzusetzen. Sie haben, meine Damen und Herren, ja die schriftliche Unterlage bekommen, darum möchte ich auch nur einige wenige Punkte hervorheben, die mir besonders wichtig sind und die auch im Koalitionspapier Schwarz/Grün festgeschrieben sind. Es wird uns im kommenden Jahr gelingen, wiederum 200 neue Betreuungsplätze anbieten zu können, es wird uns auch gelingen, zwei weitere Jugendtreffs zu eröffnen, nämlich das in der Aribonenstraße, da wird es vorher einen Umbau geben und da wird es auch die Informationen an den Bezirk vorher geben, was wir da genau vorhaben, Herr Gemeinderat, und wir werden am Grünanger, Andersengasse, eine ehemalige Horteinrichtung in einen Jugendtreff umwandeln können und dort auch gut zusammenarbeiten können mit dem SMZ Liebenau. Wir können im kommenden Jahr natürlich die Ferienprogramme und Kindererholung fortsetzen und wir können auch im Sportbereich Bewährtes fortsetzen, aber auch Neues angehen. Wir haben wiederkehrende Sportveranstaltungen, die aufgelistet werden, wir können, worauf wir alle stolz sein können, weil das gibt es österreichweit nirgends, für rund 6.500 Kinder und Jugendliche wieder Gratissportkurse anbieten. Wir haben im kommenden Jahr auch wieder Sportgroßveranstaltungen in unserer Stadt, das ist für mich als Sportreferent, das ist für die Stadt Graz als Sportstadt wichtig und es tut dem Image dieser Sportarten sehr gut und birgt natürlich auch immer die Chance in sich, dass wieder Jugendliche und Kinder auf diese Sportarten aufmerksam gemacht werden

und vielleicht auch damit anfangen, aber es ist natürlich auch aus Tourismussicht wichtig, dass die Stadt Graz im internationalen Rampenlicht stehen wird können.

Die Vereinsförderung und Spitzensportförderung, insbesondere die Jugendförderung, können wir im bisherigen Ausmaß aufrecht erhalten und wir werden natürlich auch unsere österreichischen Staatsmeister und Staatsmeisterinnen, aber auch die österreichischen Jugendmeister und -meisterinnen auszeichnen können. Wir haben aber auch im Sportbereich natürlich einige Bauprojekte aufgelistet, die wir angehen werden. Ich beginne mit einem, das ich seit Jahren immer wieder als Arbeitsschwerpunkt hineinschreibe, nämlich eine Sportstätte für die angloamerikanischen Sportarten. Ich habe es immer wieder hineinschreiben müssen, weil wir einfach nie ein Grundstück gefunden haben, jetzt haben wir eines gefunden. Wir können im Frühjahr zumindest für fünf Vereine einmal dieses Angebot machen, für die Baseballer haben wir noch immer nichts gefunden, aber wir sind weiter auf der Suche. Es wird uns auch gelingen.

Gestatten Sie mir zum Sportbad Eggenberg einige Anmerkungen. Weißt, lieber Herr Gemeinderat Grosz, wer viel redet, hat nicht immer auch wirklich etwas zu sagen, gell (*Applaus ÖVP*), diesen Eindruck muss ich einfach gewinnen, vor allem wenn du über KollegInnen herziehst im Nationalrat oder Kollegen im dem konkreten Fall, der nicht da ist, der sich nicht wehren kann. Ich finde das einfach nicht sehr fair, aber es ist halt dein Stil. Wenn du die Qualität deiner politischen Arbeit daran misst, wie viele Anträge du einbringst, dann habe ich ein anderes Verständnis von Politik und ich kann mich erinnern in einer ....

***Zwischenruf GR. Grosz: Willst du die Sitzordnung vom Parlament oder die Rednerliste? Du behauptest ich sage die Unwahrheit, kennst dich aber nicht aus.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** In welcher Reihe jemand sitzt, ist auch schon ein Indiz für dich Herr Grosz, ob einer eine gute Arbeit macht oder nicht, das ist wirklich ein völlig anderes Verständnis, das wir beide haben. Ich kann mich erinnern und vielleicht

kannst du dich auch erinnern, wir sind in einem Kreis gestanden und du hast noch erzählt, wie viele Anträge du schon wieder eingebracht hast in dieser kurzen Zeit, in der du jetzt im Nationalrat bist und hast lächelnd hinzugefügt, und jetzt bitte zuhören, du hast lächelnd hinzugefügt: „Ich habe einfach die ganzen Anträge der SPÖ, die sie in der Opposition seinerzeit eingebracht haben, abgeschrieben und wortident eingebracht und jetzt schauen wir jetzt einmal, was sie jetzt mit diesen Anträgen machen (*Applaus ÖVP*).“ Ich kenne die Instrumente des Nationalrates nicht, aber es ist völlig unerheblich, erheblich ist, dass du, was auch immer abschreibst, was die SPÖ vor Jahren eingebracht hast, hast du gesagt in einer Runde, aber ich habe es eh befürchtet, dass du das nicht mehr weißt.

***Zwischenruf GR. Grosz: Ich weiß ja, was ich sage, aber du scheinbar nicht.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Abschreibübungen zu machen und als eigene politische Initiative zu verkaufen, im selben Moment auf einen anderen hinzeigen und sagen, der ist faul, weil der tut nichts, also das ist nicht mein Verständnis von Politik, aber deines ist es, leider.

***Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Und ich verstehe auch durchaus, wenn der Gemeinderat Schröck als junger Mann, der noch nicht lange in der Politik tätig ist, noch nicht genau einschätzen kann, wann ein Gemeinderat faul oder fleißig ist, und das gestehe ich ihm zu, er wird draufkommen, was faul und fleißig ist, wenngleich ich schon diese Wörter in dem Zusammenhang verwenden möchte. Aber was...

***Zwischenruf GR. Grosz: Das steht im Grazer.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Aber was ich ihm schon empfehlen würde, dass er sich von deiner Oberflächlichkeit nicht anstecken lässt. Zu deiner Oberflächlichkeit auch...die belege ich dir jetzt, du hast uns was erzählt vom Spittal von diesen...

***Zwischenruf GR. Grosz: Nicht vom Spital, sondern von Spittal.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Von Spittal und da gibt es die Bezeichnung, die Drautalperle, das ist dieses Bad, das du gemeint hast und du erzählst wieder, dass du mit irgendjemandem geredet hast und der gesagt hat, ja das kann ja nie soviel kosten, weißt du, wie viele Bahnen wir beim Bad Eggenberg geplant haben, weißt du, wie lange das ist, ...

***Zwischenruf GR. Grosz: Das modernste Sportbad Österreichs, so steht das in der Zeitung.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Es wird ein Schwimmsportzentrum im Süden Österreichs geben und das modernste und das wird in Graz stehen, dass das auch klar ist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Aber jetzt erzähle ich dir trotzdem dieses Bad in Spittal hat 25 Meter Länge und sechs Bahnen, unser Bad in Eggenberg ist 52 Meter lang und hat zehn Bahnen, und du vergleichst schon wieder das eine mit dem anderen (*Applaus ÖVP*),...



***Zwischenruf GR. Grosz: Eine Bahn kostet somit vier Millionen Euro.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** ...das ist genau diese Oberflächlichkeit, mit der du Politik machst, mit der du Menschen verunsicherst und uns alle hier zwischen drinnen als nicht ganz zurechnungsfähig hinstellen möchtest, weil du den Menschen nur immer die halbe Wahrheit erzählst oder nur diese, die dir genehm ist. Unser Bad ist auch ausgelegt auf 800 Personen, Spittal auf 400 Personen. Der Saunabetrieb ist bei uns ausgelegt auf 180 zeitgleich und 320 tagsüber, dort auf 100. Also du verwechselst einfach die Dinge nach Belieben und tauscht sie aus. Das dazu. Aber zum Bad Eggenberg selbst noch ein paar Anmerkungen, ich räume ein, dass die Kommunikation offensichtlich nicht die beste war. Ich unterstelle niemandem etwas in dem Zusammenhang,...

***Zwischenruf GR. Grosz: 40 Millionen Euro, das ist eine Tragödie.***

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Für ein ganz ein tolles Bad, wirst du sehen, und wir werden viele tolle Veranstaltungen in dieser Stadt haben. Ich freue mich irrsinnig, dass die große Mehrheit dieses Gemeinderats heute dieses Projekt in dieser Form einmal beschließen wird. Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass die Summe, die wir sozusagen als worst Case angenommen haben und auch darstellen müssen, in keinem Fall auch nur annähernd eingetreten werden, weil das Land und der Bund sich ganz sicher in einem bedeutenden Ausmaß auch hier wieder einbringen werden, da bin ich ganz zuversichtlich, dass das gelingen wird (*Applaus ÖVP*). Und ich merke noch einmal an, ich verstehe den Unmut von Landesrat Wegscheider, wenn er tatsächlich am Vorabend von der exakten Summe erfahren hat, ich konnte nicht davon ausgehen, zumal wir gemeinsam zu einem Pressegespräch eingeladen haben Tage zuvor und ich bin eher davon ausgegangen, wenn er mit mir gemeinsam zu einem Pressegespräch einlädt, dass er die umfangreichen Informationen hat. Er

hatte sie nicht, ich verstehe seinen Unmut, aber wir werden das alles wieder in die richtigen Bahnen lenken.

Jetzt komme ich in die finale Dankesrunde; ich danke nochmals meinen beiden Ämtern, dem Amt für Jugend und Familie und dem Sportamt, für die tatkräftige und tolle Unterstützung das ganze Jahr über. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und darf stellvertretend für sie meinen Dank an den Herrn Magistratsdirektor, den Herrn Finanzdirektor inklusive Michael Kicker, an den Herrn Baudirektor und Herrn Rechnungshofdirektor aussprechen. Bedanke mich sehr, sehr herzlich für die tolle Unterstützung meiner unmittelbaren Mitarbeiter im Büro. Ein Danke auch an die Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, wir ringen oft hart um Entscheidungen, aber es kommt aus meiner Sicht überwiegend sehr, sehr Positives für Graz heraus. Ich bedanke mich auch bei Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, für die konstruktive, aber auch kritische Begleitung das ganze Jahr über. Ich denke, in diesem Stil werden wir auch im kommenden Jahr gemeinsam wieder einiges bewegen für unser Graz. Danke (*Applaus ÖVP*).

## **Stadtrat Mag. (FH) Mario E u s t a c c h i o**

Frau Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, meine Damen und Herren des Gemeinderates und oben auf der Galerie, von mir ein herzliches Grüß Gott, sozusagen mein Debüt, wenn man so von außen einmal kommt und jetzt zumindest das zweite Mal die Gelegenheit hatte, dem Gemeinderat beizuwohnen, dann ist man ein bisschen hin- und hergerissen zwischen Humor und Traurigkeit, was sich da so abspielt. Ich werde es ein bisschen anders machen als die anderen, werde nicht jetzt zu allen anderen Dingen meinen „Senf“ dazugeben, sondern werde mich auf mein Ressort beschränken, das, wie Sie aus der Beilage sehen, die Herr Dr. Rüschi ausgeteilt hat, ein wenig klein ist. Ich werde auch deswegen nicht davon Gebrauch machen, nur weil ich ein kleines Ressort habe, die längste Rede zu halten, aber eines möchte ich im Vorfeld schon sagen, wenn man in einer Proporzregierung ist, dann muss es auch legitim sein, an Budgetverhandlungen teilzunehmen und beigezogen zu werden, weil man ja auch dann dafür die Verantwortung trägt und das sollte für die Zukunft auch so geschehen und ich glaube, da bin ich d'accord mit den anderen, unter Anführungszeichen, „Oppositionsparteien“. Wie schon erwähnt, mein Ressort ist ein kleineres, aber meines Erachtens trotzdem ein extrem wichtiges, vor allem wenn ich die Geriatrie anspreche, die, so seltsam es klingen möge, sicher ein Wachstumsbereich sein wird und möchte hier gleich in medias res gehen.

Die Geriatriischen Gesundheitszentren der Stadt Graz haben einen Mitarbeiterstand derzeit von 465 Personen, der wird im nächsten Jahr auf 473 anwachsen. Die Damen und Herren betreuen 325 Patienten in der Albert-Schweitzer-Klinik, detto 45 Personen im betreuten Wohnen, auf das ich noch eingehen werde. Im Albert-Schweitzer-Hospiz, das heuer eröffnet wurde im Mai, sind 12 Einzelzimmer und sechs Tagesbetten, auch da werde ich noch näher drauf eingehen und in den Pflegeheimen Rosenhain und Geidorf, Seniorenzentrum, befinden sich zirka 300 Betten.

Das betreute Wohnen habe ich erwähnt, ich möchte es ein bisschen näher erläutern, weil es ein extrem wichtiger Teil ist und auch ein Zukunftsbereich sein wird, um dieser Überalterung, die in der Gesellschaft auf uns zukommen wird, auch ein wenig

gerecht zu werden. Das oberste Ziel, ist den Betroffenen so wenig Verantwortung wie nötig abzunehmen, um sie dabei zu fördern, ihr Leben selbständig gestalten beziehungsweise eine Unterbringung in einem Alten- oder Altenpflegeheim zu vermeiden. Deswegen notwendig, damit sie so lange wie möglich physisch und psychisch in der Lage sind, sich selbst zu versorgen. Das ist auch wieder eine Kostenfrage selbstverständlich. Die Überalterungsgesellschaft habe ich bereits erwähnt, das wird ein enormer Kostenfaktor sein, der in Zukunft auf uns zukommt. Das betreute Wohnen ist vor allem für Menschen geeignet, die gänzlich auf sich allein gestellt sind, ihren Alltag aber trotzdem noch im Großen und Ganzen selber bewältigen wollen und können und dabei in diesem Fall die Möglichkeit haben, die Infrastruktur der Geriatrischen Zentren zu nutzen. In diesem Zusammenhang die feierliche Eröffnung dieses betreuten Wohnens wird im Februar kommenden Jahres am Gelände des GGZ stattfinden, es sind davon betroffen zirka 50 Wohnungen, damit man auch zu Zahlen kommt. Für die Errichtung kommen rund 205.000 Euro der Errichtungskosten aus dem Projekt ASK 2, also Albert-Schweitzer-Klinik 2, da es sich um Rückbaukosten vom Krankenhaus zum Wohnen handelt, und der Rest von zirka 1,5 Millionen wird aus den Eigenmitteln der GGZ finanziert, erwähne ich auch immer wieder, das heißt, es kostet nicht die Stadt etwas, das wird dort selbst finanziert.

***Zwischenruf StRin. Edlinger: Im Sozialamt fehlen schon 11 Millionen.***

StR. Mag. **Eustacchio**: Nicht mein Part. Das Pensionswohnheim Rosenhain stellt uns aber in Hinkunft vor finanzielle Anforderungen, und zwar wurde dieses im Jahre 1997 um zirka 7,5 Millionen Euro, damals 100 Millionen Schilling, generalsaniert und muss aber bis zum Jahr 2013 umgebaut werden, weil ein neues Pflegewohnheimgesetz schlagend wird, das bedeutet massive Umbaumaßnahmen, da dieses Haus nicht behindertengerecht ist, ungeeignete Sanitärzellen vorhanden sind und die Gangbreite zu gering ist. Hätte man bei der seinerzeitigen Sanierung die damals schon geltenden, aber noch nicht gesetzlich vorgeschriebenen Standards berücksichtigt, wären uns diese künftigen Kosten erspart geblieben. Derzeit wird das

Ganze mit einer Machbarkeitsstudie geprüft, es könnte sogar soweit kommen, dass man da überhaupt einen Neubau hinstellen muss.

Das Tageshospiz, auch ein sehr wichtiges Anliegen von mir, weil es noch zu wenig genutzt wird, vielleicht auch um, damit ich die Thematik ein wenig näherbringe. Dieses Tageshospiz bietet Palliativpatienten, das sind Patienten mit einer nicht heilbaren, fortschreitenden Erkrankung mit nur noch begrenzter Lebenserwartung, die Möglichkeit, tagsüber außerhalb ihrer gewohnten Umgebung professionell betreut zu werden. Es soll dies eine Ergänzung zu den stationären beziehungsweise ambulanten Diensten sein und auch zu einer Entlastung für alle Angehörigen führen. Ein Tageshospizplatz, das ist nämlich auch wichtig, kostet in der GGZ 10 Euro pro Tag, Hin- und Rückfahrt wird organisiert und wie gesagt, im Mai ist es eröffnet worden, die Einzelzimmer sind voll genutzt, aber das Tageshospiz noch nicht, da bitte ich auch alle Damen und Herren, mich dahingehend oder das GGZ zu unterstützen, es muss bekannter gemacht werden und dementsprechend bitte ich Sie da um Unterstützung (*Applaus FPÖ*).

Eine weitere finanzielle Maßnahme, die ins kommende Jahr geht, in der Nähe vom GGZ, am Dorothee-Sölle-Weg, das ist hinter der Polizei, damit man weiß, wo das ist, 16 Pkw-Plätze und zwei Behinderten-Pkw-Plätze errichtet, Kosten 110.000 Euro, wird auch wieder vom GGZ getragen, Baubeginn im März nächsten Jahres, im Mai wird es fertig sein, das ist also auch wieder als Ergänzung gedacht, weil es ja ein wachsender Bereich ist, um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Eine ganz wichtige Einrichtung im GGZ, und damit, glaube ich auch, mit Vorbildwirkung, ist die Kinderbetreuungseinrichtung, die dort im nächsten Jahr eröffnet werden wird im Herbst. Es wird eine Kinderkrippe und es wird ein Kindergarten im GGZ errichtet, das ist vor allem dafür wichtig, dass die Damen, immerhin 80 % der Belegschaft sind Frauen, dass die den Wiedereinstieg schaffen und dort ihre Kinder versorgt wissen. Das Spannende daran sind nämlich die Öffnungszeiten, 5.30 bis 19.30 Uhr am Abend, also wirklich eine Vorbildwirkung, und da können sich viele andere Einrichtungen nur was anschauen (*Applaus FPÖ*). Die Nutzfläche für diese Kindereinrichtungen wird im Innenbereich zirka 470 m<sup>2</sup> betragen und als Spielfläche außen 900 m<sup>2</sup>, die Kosten liegen bei 665.000 Euro, davon zahlt 50 % Bund und Land und wiederum 50 % kommen aus den Eigenmitteln der GGZ. Spannend auch noch dabei, interessiert an einer Kooperation ist das Krankenhaus Barmherzige Brüder und Krankenhaus der Elisabethinen, die haben natürlich den

gleichen Bedarf und so im GGZ ein Platz frei sein wird, wird man hier auch ein Arrangement treffen, wodurch natürlich auch die Kosten wieder gesenkt werden können.

Desweiteren, im GGZ befinden sich verschiedene Vereine, in diesem Fall hat der Verein Styria Vitalis zugesagt gehabt einzuziehen, das ist dann in letzter Konsequenz oder in letzter Minute geplatzt, und zwar hat der Ärztekammerpräsident, der seltsamerweise auch noch Vorsitzender dieser Styria Vitalis ist, kurzfristig abgesagt. Mittlerweile nicht mehr so relevant, weil es wurde ein Ersatz gefunden, der Verein Alpha Nova zieht jetzt ein, der sowieso mit dem GGZ zusammenarbeitet und es ziehen Teilbereiche ein vom Jugendamt. Dadurch ist diese Auslastung wieder gewährleistet. Generell möchte ich den Damen und Herren der Geriatrischen Gesundheitszentren gratulieren, auf der einen Seite für diese hervorragende Arbeit im Finanzbereich, schauen, wie man Kosten einsparen kann, auf der anderen Seite natürlich für die hervorragende menschliche Leistung, die dort an den Tag gelegt wird. Es ist für jemanden wie mich, der bis dato noch nichts zu tun hatte, beeindruckend, was dort geleistet wird und da muss ich meinen imaginären Hut ziehen (*Applaus FPÖ*).

Kurz noch dazu, um das auch zu unterstreichen, Dienstposten sind natürlich dort in Summe gestiegen über die letzten Jahre, weil, wie gesagt, der Bereich immer größer wird, aber es sind die Dienstposten dort gewachsen, wo es um die Betreuung der Menschen geht und es sind die Dienstposten dort gesunken, wo es um die Verwaltung geht und das ist also auch beeindruckend und auch wieder ein Vorzeigebetriebe (*Applaus FPÖ*).

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu einem Bereich, der auch immer so, glaube ich, unter seinem Wert geschlagen wird, das sind die Bereiche vom BürgerInnenamt, die zu mir gehören. Ich gehe jetzt gar nicht auf die Details ein, welche Bereiche zu mir gehören. Selbstverständlich angesehen wird, da notwendig und daher eher unspektakulär scheinende Tätigkeiten auf der kommunalen Ebene erfüllt und deswegen eben selten erwähnt wird. Es gilt aber anzumerken, dass die dort tätigen Damen und Herren hervorragende Arbeit leisten und das vor dem Hintergrund, dass die Personaldecke mittlerweile extrem ausgedünnt wurde. Wenn man hier nun weitere Einsparungen im Mitarbeiterstand fordert, das steht ja auch so im Raum, macht man sich an der massiven Verschlechterung der Serviceleistungen

der Stadt Graz schuldig. Und dies, wie vor kurzem als Hoffnung formuliert, vor einer stark wachsenden Bevölkerung in Graz, 300.000 Menschen stehen im Raum, ein klarer Widerspruch. Das nur zum Thema Personal und wie notwendig diese Serviceeinrichtungen sind. Was aber auf uns zukommt im Bereich BürgerInnenamt, ist eine Einbuße bei den Einnahmen, so der Gesetzesentwurf nicht verändert wird, da fordere ich eher SPÖ/ÖVP, die dort vielleicht Einfluss nehmen können, auf, da hier einzuwirken, es gibt im Bereich Glücksspielgesetz eine Novelle, wo folgendes passieren wird: Die Bewilligung, das Aufstellen von Glücksspielautomaten obliegt jetzt der Stadt, in dem Fall BürgerInnenamt, und wir nehmen dafür natürlich Geldmittel ein, das soll in Hinkunft ausgelagert werden und geht ans Bundesministerium für Finanzen, Konzessionen. Ich sage es nur, die Auswirkung wäre eine Einbuße von 100.000 Euro per Anno, die uns auch da hier fehlen würden, wie wohl ich weiß, man kann, man muss auch ein gespaltenes Verhältnis zu diesen Glücksspielen haben und zum Aufstellen von diesen Automaten. So viel bitte zu meinem Bericht, zu meinem Ressort. Zum Budget haben meine Kollegin, mein Kollege aus der FPÖ-Fraktion schon alles gesagt. Für mich gilt auf Grund der Kürze, der ich dabei bin, mich noch nicht so eingelezen zu haben, noch nicht so in die Tiefe gegangen zu sein, wie ich das von mir erwarte, aber das ist in Zukunft sicher der Fall sein und ich werde mich dann da auch gegebener Zeit zu Wort melden, wenn es um das Budget geht. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz.***

## **Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Eva-Maria F l u c h**

Werte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren im Gemeinderat! Ein gescheiter Mensch, Albert Einstein, hat einmal gesagt: „Was mich wirklich interessiert, ist die Zukunft, denn ich gedenke, darin zu leben.“

Ich sage es immer wieder, dass ich mit der Stadtentwicklung und der Bildung in der Stadt Graz die Verantwortung für ein wirkliches Zukunftsressort trage.

Meine Kollegin in der Landesregierung, Kristina Edlinger-Ploder, hat ihr damaliges Jugend- und Bildungsressort damals Zukunfts-AG genannt.

Heute baut sie Schienen in die Zukunft, von denen wir als Stadt Graz, wie die Vizebürgermeisterin und Verkehrsreferentin noch ausführen wird, profitieren wollen und werden. Und ich führe die Zukunfts-AG der Stadt Graz.

Und das, wie hoffentlich spürbar ist, mit großer Freude und mit Engagement, die erforderlich sind, obwohl der eigentliche Maßstab unserer Arbeit natürlich immer die Wirksamkeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sein muss.

Gestatten Sie mir zwei einleitende Bemerkungen im Zusammenhang mit dem eingeschlagenen Budgetkurs der Stadt.

Die Eckwerte 2008 waren auch für das Jahr 2009 einzuhalten, das ist eine scheinbar moderate Vorgabe, die sich in der Realität dennoch als nicht ganz einfach erweist. Wir haben große Anstrengungen unternommen, um der Vorgabe über weite Strecken zu entsprechen.

Ich verschweige mich nicht, dass ich auch in den Verhandlungen immer wieder darauf hingewiesen haben, dass es in den nächsten Jahren, in denen wir diesen Konsolidierungskurs des Budgets weiter gehen werden – weiter gehen müssen, nicht um ein Schräubchen-Drehen gehen kann, sondern dass wir strukturelle Veränderungen andenken und angehen müssen.



Projekte und Prozesse, die vielleicht nicht sofort wirksam werden, die aber darauf aufbauen, dass unsere Leistungen, und zwar wirklich schonungslos, durchleuchtet werden, dass wir das, was notwendig ist, ordentlich erledigen, und Dinge, die wenig Effekt haben oder nicht unbedingt erforderlich sind, auch nicht mehr tun, das ist kein einfacher Weg. Auch für die Regierungskoalition nicht, es ist aber der einzige Weg, der zum Ziel führt. Und das ist der Weg, den manche in der Regierung offensichtlich nur sehr widerwillig mitgegangen sind. Als eine, die in ihren Ressort immer wieder die breite Zusammenarbeit braucht, hoffe ich, dass uns die nächsten Jahre da eines Besseren belehren werden und wir da breiter unterwegs sein können (*Applaus ÖVP*).

Wenn wir die Politikverdrossenheit weiter Teile der Bevölkerung ernst nehmen, dann müssen wir daraus ableiten, dass von uns als politischen Verantwortungsträgern in der Stadt vor allem eines gefordert wird: Nämlich Verantwortung und kluges Handeln; und ich formuliere ein bisschen frech.

Gerade vor einem Beschluss; der ja die Verkleinerung der Stadtregierung und des Gemeinderates zum Inhalt hat, steht es uns gut an, mit jeder unserer Entscheidungen und Handlungen zu beweisen, dass unsere Arbeit wirklich vonnöten ist, dass wir nicht so tun, als säßen wir auf einem Zug und der fährt irgendwie unabänderlich in eine Richtung und wir können nichts daran ändern. Es ist unser Job, Arbeit zu leisten, die eine Wirkung hat für die Stadt und für ihre Bürgerinnen und Bürger (*Applaus ÖVP*).

Und es steht uns gut an, Managementfähigkeiten einzusetzen, Führungsarbeit zu leisten, indem wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung Ziele vorgeben und sie bei der Umsetzung der Maßnahmen, das ist nämlich wieder ihr Job, im Sinne eines New Public Management unterstützen. Es gibt auch hier ein magisches Dreieck, nämlich die Art und die Fülle der Aufgaben, die Personalausstattung und das Budget. Sie bilden sozusagen gemeinsam einen Rahmen und müssen gemeinsam gesehen werden. Erfüllt wird dieser Rahmen dann durch die Motivation, mit der wir selbst und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Arbeit gehen.

Die Messlatte für den Erfolg ist die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern und die schon angesprochene Wirksamkeit unseres Tuns.

Nun aber zurück zu meinem Zukunftsressort und ein paar Eckpunkten dessen, was für das Jahr 2009 geplant ist und auch mit diesem Budget möglich ist. Ich beginne mit dem Bildungsressort.

Der Wert von Bildung ist ja gerade in angespannten Zeiten unbestritten. Ich kann es mir nicht verkneifen, in einer Budgetrede, wenn auch nicht wirklich ernsthaft, Mark Twain zu zitieren, der einmal gesagt hat: „Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn der letzte Dollar weg ist.“

Glücklicherweise fließen genügend Euro, der ist ja im Moment wertbeständiger als der Dollar, in das Bildungsressort der Stadt Graz.

Da ist zu allererst die Wissenschaft. Kernstück dort ist die „alte“ Wissenschaftsmillion, die war leider noch in Schillingen gedacht, die mit Unterstützung eines Fachbeirats und der Rektoren der Universitäten, die hier eng mit uns zusammenarbeiten, in wichtige inhaltliche Projekte der Grazer Universitäten fließen.

Ein persönliches politisches Leitprojekt für mich ist die Biobank der Medizinischen Universität Graz. Mit einer anteiligen Förderung der Stadt Graz in der Höhe von je 30.000 Euro in drei aufeinander folgenden Jahren entsteht eine europaweite Zentrale für Gewebeproben, die wieder bestens eingesetzt werden kann, zum Beispiel für die Entwicklung von Medikamenten und damit sehr, sehr wirksam wird.

Ich bin an sich ein bodenständiger Mensch, aber mir ist schon klar, dass es manchmal auch komplizierte Begriffe gibt, die für eine internationale Positionierung herangezogen werden.

Die Bio-Bank stärkt Graz als Hauptstadt der Life Sciences, die auch von Landesseite, neben der Automotive industry und der Kreativindustrie, als wirtschaftsstrategisches Leitmotiv erkannt wurde und gefördert wird. Also ein ganz wesentliches Projekt auch für unsere Stadt Graz (*Applaus ÖVP*).

Das Jahr 2009 bringt im Bereich der Wissenschaft auch eine Besonderheit, und zwar wurde das Jahr 2009 auf Grund eines Vorschlages der Internationalen Astronomischen Union (IAU) zum Internationalen Jahr der Astronomie gewählt.

Weil genau 400 Jahre zuvor, im Jahre 1609, Galileo Galilei erstmals ein Teleskop für astronomische Beobachtungen eingesetzt hat und unser Johannes Kepler sein Werk "Astronomia Nova" vorgelegt hat und damit Grundlagen zum Verständnis der physikalischen Gesetzmäßigkeiten, welchen die Himmelskörper gehorchen. Wir haben ja auch in einem wieder katholisch werdenden Graz relativ lang an Johannes Kepler festgehalten, leider nicht bis zum Ende seines Lebens, aber wir können ihn doch ein Stückchen für uns reklamieren. 2009 sind vor diesem Hintergrund Sonderprojekte vorgesehen, darunter gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister ein Projekt zu bekannten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus Graz, die in einem Folder auch vorgestellt und der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

Im Kulturamt angesiedelt ist neben der Wissenschaft auch der Bereich der Stadtbibliotheken. Wir wollen 2009 die Modernisierung dieser Bildungseinrichtungen fortsetzen. Die Entwicklung der Stadtbibliotheken, und ich stehe nicht an, nochmals zu betonen, das ist auch mit meinem Amtsvorgänger zu verdanken, ist eine wirkliche Erfolgsgeschichte der Stadt Graz.

Erst gestern hat mir Frau Mag. Schipfer die aktuellen Zahlen genannt.

342.000 BesucherInnen, 770.000 Entlehnungen. 150 Labuka-Veranstaltungen mit 3560 kleinen und großen Besuchern und Besucherinnen, dafür wurde ja den Stadtbibliotheken auch der Traudi-Preis, der Kinderrechte-Preis, verliehen, darauf bin ich besonders stolz, das sind nur einige aktuelle Zahlen.

Im Jahr 2009 steht zusätzlich die Sicherung der Medien durch das RFID System, das ist so ein Bibliothekseingangssicherungssystem, an, das sind allein 150.000 Euro, die dafür investiert werden, und wir bereiten den neuen, dringend notwendigen Standort Graz-Nord vor.

Die Eröffnung im Geidorf-Center, das den Hasnerplatz, der inzwischen aus allen Nähten platzt, ersetzen wird, ist für Herbst 2010 vorgesehen (*Applaus ÖVP*).

Und in Einklang mit unserem Koalitionsübereinkommen legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf Bildungsmedien und Kinder- und Jugendbuchschiene, und auch

auf Kinderliteratur in anderen Muttersprachen. Ist, denke ich, gerade angesichts der Bevölkerungsentwicklung etwas ganz Wichtiges.

Ich habe schon mehrmals wiederum einen etwas frechen Spruch zitiert, wonach Eltern gerne untereinander fragen: „Geht es Ihnen gut, oder haben Sie ein Kind in der Schule?“ Fragen müssen wir uns natürlich vor allem aber auch, wie es den Kindern in der Schule geht, und immer mehr auch, und das meine ich sehr ernst, wie es den Pädagoginnen und Pädagogen bei ihrer Arbeit geht. Das ist ein sehr ernstes Thema.

Ich bin mir meiner eigentlichen Rolle als Bildungsstadträtin sehr bewusst. Wir sind Schulerhalter. Das heißt, pädagogische Fragen sind vorrangig auf anderer Ebene zu klären. Als gelernte Pädagogin seien mir dennoch ein paar Sätze auch zur Bildungspolitik abseits der Schulerhalterrolle gestattet:

Gerade in diesen Tagen, und das betrifft uns, wo ja sozusagen die Pflichtschulen in unserer Verantwortung liegen, gerade in diesen Tagen sind die Zeitungen wieder voll von internationalen Bildungsvergleichen. Diesmal be- und trifft es die Volksschulen, die in Österreich, so heißt es, nicht so gut abgeschnitten haben wie beispielsweise Grundschulen in Korea oder Singapur.

Ich sage sehr deutlich, und das habe ich erst vor wenigen Tagen auch vor unseren Grazer Volksschuldirektorinnen und -direktoren gesagt: Den Vergleich mit Korea suche ich nicht. Ich denke, es ist gut, dass an unseren Volksschulen, in denen die Kleinsten ihre ersten Bildungserfahrungen machen, nicht Drillen und Testen im Vordergrund steht. Tests allein treffen keine gültige Aussage, und ich glaube, das heißt, ich glaube es nicht nur, ich bin davon überzeugt, dass wir uns für die Qualität unserer Schulen keinesfalls genieren müssen (*Applaus ÖVP*).

Etwas fällt mir in diesem Zusammenhang auch auf. Über Jahre wurde auf verschiedensten Ebenen die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen gefordert, weil diese uns, im Gegensatz zu einem differenzierten System in der Sekundarstufe 2, bei den 10- bis 14-Jährigen die schlechten Pisa-Ergebnisse ersparen würde. Ich denke, diese Schlussfolgerungen müssen wir nun zumindest teilweise revidieren, denn die Volksschule ist eine Gesamtschule, in der die Pädagoginnen und Pädagogen mit viel Geschick und Engagement das gesamte Spektrum an

Begabungen, Stärken und Nachholbedarfen betreuen. Ich denke, da gilt es noch einmal neu nachzudenken.

Klar ist, und das ist der zweite Teil, wenn ich auf der einen Seite meine Wertschätzung ausspreche für das, was an Arbeit in Pflichtschulen geleistet wird; klar ist, dass es natürlich einen Verbesserungsbedarf gibt. Und da spreche ich drei Punkte an, die meines Erachtens dringend notwendig sind; ich würde mich freuen, wenn ich eine breite Unterstützung des Gemeinderates in meinen Bemühungen finde, Land und Bund in diesen Fragen in die Pflicht zu nehmen (*Applaus ÖVP*).

Erster Defizitbereich, und das ist etwas, was zum Beispiel die Grazer Betriebe durchaus auch bemängeln: Österreichs Volksschulen schneiden, wie übrigens auch die Hauptschulen in früheren Bildungsvergleichen, in naturwissenschaftlichen Fächern und Mathematik schlechter ab als durchaus andere Länder in Europa.

Der Leiter des Stadtschulamtes Dr. Just sagt immer, und da gebe ich ihm Recht, dass das auch ein gesellschaftliches Problem ist. Gehen wir durchaus auch in uns, bei jeder privaten Feier ist es akzeptiert, wenn Menschen zugeben, dass sie nicht wirklich verstehen, was man mit einem Logarithmus anfängt und wozu dieser dient. Nicht zu wissen, wer Goethe war oder seine wichtigsten Werke, wird hingegen als richtig peinlich angesehen. Ich denke, da brauchen wir im Sinne der Zukunftssicherung gesamtgesellschaftlich kein Umdenken, sondern eine Ergänzung der Bildungsgrundlagen (*Applaus ÖVP*).

Wir wollen, und jetzt komme ich wieder konkreter sozusagen zu meinem Ressort, auch wenn noch ein paar andere grundsätzliche Anmerkungen folgen, wir wollen auch in Graz in den Grazer Pflichtschulen Projekte forcieren, in denen die Naturwissenschaften und das technische Verständnis gefördert werden. Zwei Beispiele, die sind nicht spektakulär, aber ich denke, wenn wir sie verstärken, kann es zumindest etwas bewirken. Wir suchen beispielsweise verstärkt die Zusammenarbeit mit dem Naturerlebnispark bei den Riel-Teichen in Graz-Andritz, dessen Arbeit über meine Abteilung für Grünraum und Gewässer mittlerweile mit einem mittelfristigen Vertrag abgesichert ist und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren Methoden junge Menschen hervorragend für das Forschen und Entdecken begeistern können, das ist ein kleiner Beitrag, ein wichtiger Beitrag.

Und an der Neuen Mittelschule St. Peter ist eine Kooperation mit der Firma Kapsch in Vorbereitung, die hauptsächlich darin mündet, dass die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, Dinge, die sie sonst nur in der Schulbank lernen, auch vor Ort in der Firma auszuprobieren. Diese Dinge wollen wir verstärken, die brauchen keine riesigen Finanzmittel, sie leben vom Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, und denke ich, sind enorm wichtig (*Applaus ÖVP*).

Zweiter Aufholbedarf im Bereich der Schule: das Thema Integration. Dabei geht es einerseits um die Integration von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache und andererseits um die Integration von Kindern mit jeder Art von Sonderförderbedarf.

Gemeint sind hier einerseits Kinder mit einem geistigen oder körperlichen Handicap, die inzwischen in großer Zahl toll in unsere Schulen integriert werden. Für Pflege- und Hilfsdienste, wenden wir als Stadt auch durchaus eine erkleckliche Summe an Geld auf, nämlich 480.000 Euro, im nächstjährigen Budget, die allerdings nach dem gleichen Schlüssel, wie Sozialleistungen zwischen Land und Stadt 60 : 40 gemeinsam getragen werden (*Applaus ÖVP*).

Es geht daneben zunehmend auch um Kinder, die diverse Unterstützungen brauchen, weil beispielsweise ihre sprachliche Kompetenz trotz deutscher Muttersprache nicht ausreichend ist oder weil sie soziale Kompetenzen erst lernen müssen, ich komme dann später noch einmal darauf zurück beim Thema Schulsozialarbeit, das auch von unserem Generalredner Kurt Hohensinner schon kurz angesprochen worden ist, aber zurück zur Integration im engeren Sinne.

Unter den städtischen Pflichtschulen gibt es 13 Standorte, das ist nicht wenig, in denen mehr als 80% der Schüler und Schülerinnen nicht Deutsch als Muttersprache haben. Eine Landkarte der Grazer Schulstandorte, auf denen das ersichtlich wird, wurde mir gerade erst vorige Woche vom Vermessungsamt perfekt aufbereitet, weil ich den Herrn Dipl.-Ing. Lorbeer da hinten sehe, und ich habe ihn der Frau Bundesministerin Schmied und Frau Landesrätin Vollath in die Hand gedrückt.

Und erst heute hat die Personalvertretung der Lehrer auch über die Medien die Forderung erhoben, dass bei einem mehr als 50-igen Anteil von SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache ein zweiter Lehrer zum Einsatz kommen sollte.

Ich habe auch darüber mit den Direktorinnen und Direktoren unserer Schulen gesprochen. Ich weise darauf hin, in Wien und in Oberösterreich gibt es dieses System bereits, dass nämlich zwei Lehrkräfte zum Einsatz kommen, wenn mehr als 50 % der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache haben. Das ist ganz eindeutig auch für uns zu fordern (*Applaus ÖVP*).

Es ist, und das sage ich auch sehr klar, in Abstimmung mit unserem Klub eine echte Alternative zu der von der ÖVP ins Spiel gebrachten Lösung, dass bei einem höheren Anteil von SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache die Klassenschülerhöchstzahl gesenkt werden sollte. Jeder dieser beiden Wege soll mir Recht sein, Hauptsache wir kommen zu einer guten Lösung.

Wenn nötig, bemühe ich mich gerne gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister um ein Modellprojekt, das dann auch wissenschaftlich begleitet wird, wird Land und Bund, deren Aufgabe das eigentlich ist, beweisen können, dass das der richtige Weg ist (*Applaus ÖVP*).

Zwei Punkte seien zum Thema Integration noch angemerkt, wir führen natürlich das Projekt „Wir sind Graz“ mit der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus weiter, es hat auch schon Gespräche gegeben mit den anderen NGOs, die sozusagen in diesem Bereich tätig sind. Der Schwerpunkt von „Wir sind Graz“ liegt bei den Volksschulen, und wir möchten stärker auf Projekte fokussieren, die wirklich integrierend wirken. Das heißt, die Kinder sollen vermehrt ihren Stadtteil oder auch andere Gebiete der Stadt kennenlernen und wir werden einen Fokus auf die Elternarbeit legen, weil wir wissen, wenn die Kinder von daheim nicht unterstützt werden, dass es für sie ungeheuer schwierig ist, nur in der Schule sozusagen wirklich gut integriert zu werden. Für 2009 sind weitere 100.000 Euro dafür einmal reserviert (*Applaus ÖVP*).

Und noch ein Punkt. Es sind, wie gesagt, viele kleine gezielte Maßnahmen, aber auch das, denke ich, ist notwendig. Wir haben ja auch wieder Deutschkurse für Familien mit nicht deutscher Muttersprache im Budget mit 100.400 Euro. Wir denken daran, diese Deutschkurse gezielt am Beginn des Schuljahres einzusetzen, weil wir immer wieder erleben, dass Kinder sozusagen teilweise schon vor dem letzten Schultag mit ihren Eltern und Verwandten zurück in das Heimatland fahren, am ersten Schultag wieder zurück nach Graz kommen und, obwohl sie am Ende des

Schuljahres schon ganz gut Deutsch gesprochen haben, in den Ferien alles wieder verlernt haben und da wollen wir sozusagen mit dem Fokussieren dieser Deutschkurse am Beginn des neuen Schuljahres einen möglichst guten Start in das neue Schuljahr gewährleisten, das soll gezielter mit diesen Mitteln angegangen werden (*Applaus ÖVP*).

Und ein dritter Punkt, wenn es um unser Bildungssystem geht. Die Schulsozialarbeit wurde bereits angesprochen, ich freue mich sehr, dass es in den Budgetverhandlungen, in denen es notwendig war, wirklich auch Dinge zurückzunehmen, möglich war, für diesen wichtigen neuen Schwerpunkt annähernd 270.000 Euro für das Jahr 2009 zu reservieren. Wir können damit im Jahr 2009 mit zwei Pilotprojekten beginnen.

Die beiden Pilotprojekte für Schulsozialarbeit werden in den Bezirken Gries und Eggenberg angesiedelt sein und betreffen auf der einen Seite die Hauptschule St. Andrä und die Hauptschule Albert Schweitzer gemeinsam mit der Volksschule Bertha von Suttner und auf der anderen Seite die Volksschule und Hauptschule Algersdorf und die Volksschule und Hauptschule Karl Morre.

Wir denken, dass dieses Pilotprojekt für uns ganz, ganz wichtig ist, weil es darum geht, möglichst gut zu vernetzen. Nicht nur mit den vielen Hilfssystemen, die es heute in den Schulen schon gibt, sondern auch wieder mit der Sozialarbeit, die jeweils im Sprengel notwendig ist und wir hoffen, aus diesen beiden Pilotprojekten wichtige Erkenntnisse zu gewinnen (*Applaus ÖVP*). Wir haben, als wir um das Budget für 2009 gekämpft haben, ursprünglich daran gedacht, dass in Graz es der Schwerpunkt sein sollte, in den Volksschulen auch das Erlernen der deutschen Sprache in den Mittelpunkt stellen sollte, und die Schulsozialarbeit eher in den Hauptschulen beziehungsweise neuen Mittelschulen angesiedelt werden sollte. Die Hilferufe der Volksschuldirektorinnen und -direktoren sind bereits sehr laut. Sie sagen, sie werden solche Stützsysteme genauso brauchen. Wir haben dafür die Mittel noch nicht, aber werden, wie gesagt, durchaus mit den anderen Gebietskörperschaften in Kontakt treten und das einfordern, denn da ist mir auch noch eine allgemeine Aussage wichtig, das viel gelobte Bildungsland Finnland hat nämlich gerade in diesen Fragen ein ganz anderes System als wir.



Dort gibt es pädagogisches Personal für die Pädagogik und zusätzliches bestens geschultes Personal für die anderen Stützsysteme: BeratungslehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, BerufsberaterInnen, und das ist es, was ich mir auch für uns wünsche und was ich für uns fordere. Das unsere Lehrerinnen und Lehrer sich wieder dem Unterrichten widmen können und dass Stützsysteme zusätzlich zur Verfügung stehen (*Applaus ÖVP*). Im Übrigen, und jetzt mein letztes allgemeines Statement, nicht nur an den Neuen Mittelschulen, die in Graz gut angelaufen sind, sondern auch in den Höheren Schulen.

Im Zuge der Gesamtschuldebatte wird ja gerne vergessen, dass man den Höheren Schulen in den vergangenen Jahren immer mehr Ressourcen entzogen hat. Dort ist von neuer Pädagogik wirklich nicht viel die Rede, aber auch deshalb, weil man mit Alltagsarbeit sich nicht mehr raussieht. Auch dort braucht es Entlastungen statt einseitiger Schuldzuweisungen, und es braucht dieselben zusätzlichen Werteinheiten und auch die Stützsysteme, die an Neuen Mittelschulen glücklicherweise mittlerweile zum Einsatz kommen (*Applaus ÖVP*).

Zurück zu unserer Rolle als Schulerhalter. Zu unseren Pflichtaufgaben als Schulerhalter gehört die Sicherstellung der Tagesbetreuung. Flächendeckende Tagesbetreuung an den Pflichtschulen ist unser Ziel. Und wir sind weit. Es gibt Ganztagsbetreuung mittlerweile an 31 von 38 Volksschulen, an 13 von 18 Hauptschulen und Neuen Mittelschulen und an 2 der 6 sonderpädagogischen Einrichtungen.

Tagesbetreuung nur dort nicht, wo entweder kein Bedarf besteht oder einfach nicht genügend Platz ist. Beispielsweise in St. Andrä, dort haben wir aber das Glück, dass es daneben einen Hort gibt, oder an der Volksschule Afritsch, da würde Übersiedlung der GIBS nach Eggenberg endlich auch die räumlichen Voraussetzungen bringen.

Und bei den räumlichen Voraussetzungen bin ich bei einem weiteren Punkt, der sozusagen unsere Kernaufgabe ist; es ist unsere Aufgabe, auch Freizeiträume zu schaffen, Räume für Mittagessen, das hat uns die letzten Jahre gefordert und fordert uns weiterhin, weil die Schulen wachsen und steigenden Bedarf haben.

Schulraumgestaltung: Abgesehen von der Anzahl der Räume, die zur Verfügung stehen müssen, bin ich eine Verfechterin einer Wohlfühlschule, weil LehrerInnen genauso wie SchülerInnen einen Großteil ihrer wachen Zeit in der Schule verbringen, daher ist eine freundliche, kinder- und menschengerechte Umgebung das Allerwichtigste. Wir werden diese Aktivitäten zur Umgestaltung, freundlichen Gestaltung der Schulräume fortsetzen. Ich ergänze diese Aktivitäten, das war ja auch schon nachzulesen durch Initiativen, die Luftgüte in den Schulen zu verbessern unter dem Stichwort „Erfolgsklima“, sage ich, dass auch die richtige Luftqualität entscheidend ist, dass Kleine sich gut konzentrieren können und sozusagen in der Schule auch wirklich mit Aufmerksamkeit dabei sein können, und Aufmerksamkeit bedeutet oft auch Freude (*Applaus ÖVP*).

Ein Letztes zum Thema Bildung. Es ist schon öfter angesprochen worden, es steht uns ein enormer Bedarf an Schulraumausbauten bevor. Wir haben in den nächsten Jahren in Graz mit einem Zuwachs von 11 % an Erstklasslern zu rechnen, allein im Bezirk Lend sind es 36 %. Neben den laufenden Sanierungen, die in den letzten 15 Jahren beherzt angegangen wurden, werden wir ein Schulbauprogramm brauchen, die Größenordnung beträgt zirka 40 Millionen Euro, das ist eine ordentliche Summe, die wir brauchen werden und die Thema bei der außerordentlichen Gebarung sein werden. Noch nicht zur Gänze im nächsten Jahr, aber in den Folgejahren.

Die Schule hat gezeigt, dass Graz eine wachsende Stadt ist und das führt mich zum zweiten großen Bereich meines Zukunftsressorts, die Baudirektion mit den zugeordneten Abteilungen und die Bau- und Anlagenbehörde. Keine Angst den Zuhörern und Entschuldigung an meine Ämter in diesem Bereich, sie wird bei mir heute angesichts der fortgeschrittenen Zeit gegenüber dem Bildungsbereich ein wenig kurz kommen.

Aber das entspricht ja auch der Abbildung im städtischen Haushalt. Für die Baudirektion entscheidend ist immer die AOG, wo die großen Projekte abgebildet sind, jene Investitionen, die wir uns trotz und gerade in der angespannten Finanzsituation der Stadt leisten, weil wir dadurch Konjunktur beleben und weil diese Entwicklungen positiv für die Stadt sind, einen bleibenden Wert schaffen.

16 Millionen aus der laufenden AOG sind jetzt noch verfügbar, weitere 200 Millionen Euro werden für die Folgejahre dazukommen, das ist viel Geld. Sie sind nicht üppig

diese Mittel, wenn wir uns die vielen Projekte ansehen, die allein in meinem Ressort anstehen. Vom Hochwasserschutz über die Stärkung der Achse vom Andreas-Hofer-Platz über die Annenstraße bis zur Nahverkehrsdrehscheibe am Hauptbahnhof bis zur Entwicklung eines neuen Stadtteils in Graz-Reininghaus. Das Bad Eggenberg zählt dazu und die bereits erwähnten Schulaus- und Neubauten. Ich zähle nicht alles auf, weil uns diese Großprojekte in den nächsten Jahren über Projektgenehmigungen im Einzelnen beschäftigen werden.

Was auch noch allgemein zu sagen ist, ist, dass eine gute Performance, eine rasche und qualitätvolle Abwicklung von Bauprojekten, und das ist in dieser Zeit besonders wichtig, als Konjunkturschwungrad angesehen werden kann und muss.

Das Jahr 2009, und das ist nur ein Punkt, den ich noch nennen möchte und dann im Stakkato vier, fünf weitere, wird die gemeinsame Arbeit an der Revision des Stadtentwicklungskonzeptes bringen. Der notwendige Mehraufwand in der Höhe von 100.000 Euro wird über die AOG abgedeckt werden müssen.

Ein Schwerpunkt in der Stadtbaudirektion: die Schaffung eines Altstadtreferates und ein enges Zusammenwirken mit der Altstadtsachverständigenkommission und dem heute zu beschließenden Altstadtanwalt. European-Kongress, in der Bau- und Anlagenbehörde die Optimierung von Verfahren. Eine Grünraumoffensive mit Parkgestaltungen, mit ersten Umsetzungen entlang der Mur, auch sie teilweise über die AOG und teilweise auch in Zusammenhang mit „Zeit für Graz“. Besonderes Augenmerk für Fußgänger und für die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, da geht es um das gesamte Spektrum, um großzügige urbane Lösungen bis zu kleinen Gestaltungselementen wie Bänke, Brunnen, etc.

Hochwasserschutz ist schon angesprochen worden. Erste spürbare Schwerpunkte im Bereich Bürgerbeteiligung und Gemeinwesenarbeit. Im Budget der Stadtbaudirektion ist 2009 erstmals ein, wenn auch nur geringer, Betrag von 50.000 Euro für die Gebietsbetreuung vorgesehen. Ich werde bei den Ämtern, die bisher schon eingebunden waren, sozusagen auch ein bisschen sammeln gehen, denn klar ist, nur gemeinsam werden wir es schaffen, im nächsten Jahr mit dieser eher symbolischen Summe zu wirklichen guten Schritten und ersten Modellprojekten zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geschieht viel und es geschieht leicht, dass mich meine Begeisterung für die Arbeit für unsere Stadt hinreißt, vielleicht war ich schon ein wenig lang. Ich bemühe mich um einen raschen Abschluss. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass dieses Budget, um das wir lange gerungen haben, eine gute Basis bietet, bestmöglich für die Zukunft vorzubereiten. Aber bevor ich zum Ende komme, einmal erwischt mich sozusagen die ganze Latte meines Ressorts noch, da ich die Verantwortung für eine ganze Fülle von Ämtern trage, wird diese Liste auch noch einmal ein bisschen länger. Zu danken ist aber nicht nur für die Fülle der Arbeit, sondern vor allem für die Qualität der Aufgabenerfüllung.

Und damit nenne ich jetzt durchaus schnell aber stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: für den Wissenschaftsbereich Herrn Dr. Peter Grabensberger und Frau Mag. Schipfer für die Grazer Stadtbibliotheken, Dr. Herbert Just und sein Team im Stadtschulamt, den Herrn Baudirektor und sein Team sowie die ihm zugeordneten Abteilungen der Baudirektion, dabei seien genannt Dipl.-Ing. Gerald Maurer, Dipl.-Ing. Robert Wiener, Dipl.-Ing. Günter Lorber, Dipl.-Ing. Michael Redik, Dr. Klaus Engl. Ich darf einmal um einen dicken Applaus für alle diese Personen bitten (*Applaus ÖVP*) und nenne ein paar Namen dazu, nämlich einerseits, es mag ein bisschen verwundern, den Stadtrechnungshof mit Direktor Riegler und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Projekten, die von meinen Ämtern betreut werden, ist die gewissenhafte Kontrolle und immer auch wohlmeinende Kontrolle des Stadtrechnungshofes unverzichtbar. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

Dr. Karl Kamper und Michael Kicker seien ebenfalls noch einmal genannt und ganz, ganz ernsthaft von meiner Seite vor allem meine Mitarbeiterinnen und mein Mitarbeiter in meinem Büro. Man sagt mir nach, dass mein Aufgabenbereich kein ganz kleiner ist, ich sage immer, das was ich zu tun habe, ist noch relativ wenig im Vergleich zu dem, was meine Mitarbeiter dann abfangen in der Folge. Ihnen mein herzliches Dankeschön, gehen wir gemeinsam einen guten Kurs in die Zukunft der Stadt Graz mit einem Budget, das es wert ist, dass wir darauf stolz sind. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.***

## **Stadträtin Elke K a h r**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern am 10. Dezember begingen wir den 60. Jahrestag der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Heute 60 Jahre danach scheinen viele Lehren dieser bemerkenswerten Deklaration in Vergessenheit zu geraten. Im Ergebnis neoliberaler Politik wurden weltweit Kapitalismus, Krieg, Unterdrückung und Umweltzerstörung entfesselt. Die sozialen Grundrechte wurden abgebaut, sodass die Lebensmöglichkeiten und die Lebensbedingungen wie nie zuvor für viele Menschen von ihrer Stellung in der Gesellschaft abhängen. Auch in unserer Stadt Graz haben es immer mehr Menschen schwieriger. Auch in unserer Stadt wird die soziale Situation schlechter und deshalb ist es wichtig, gerade auf kommunaler Ebene dort, wo wir den Menschen am nächsten sind, alles dafür zu tun, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt gestellt werden, nicht eingeschränkt werden, sondern ganz im Gegenteil ausgeweitet werden.

Dabei geht es vor allem auch darum, Werte, welche die Allgemeinheit geschaffen hat, vor dem Zugriff privater und letztendlich einzelner Interessen zu schützen.

Das gilt in einem besonderen Maße für unsere 4.300 städtischen Gemeindewohnungen.

Gerade in Krisenzeiten, wo der Verlust des Arbeitsplatzes immer mehr Menschen bedroht, die Chancen für Jugendliche auf einen Lehrstellenplatz geringer werden, die Realeinkommen der Menschen mit den Lebenserhaltungskosten nicht mehr Schritt halten, braucht es ein Angebot an wirklich leistbarem Wohnraum. Die Mietkosten am privaten Wohnungsmarkt sind schon jetzt in der Steiermark auf Rekordniveau. Wohnen ist bereits heute für viele ein Luxus, den sich viele ohne Hilfe nicht mehr leisten können. Die Leute verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern immer mehr Menschen auch ihre Wohnungen. Immer mehr Familien können ihre Kredite für den Erwerb ihres Eigenheimes nicht mehr bedienen und sind mit Zwangsversteigerungen konfrontiert. Und auch wenn sehr oft in unserer Stadt betont wird, dass wir keine

Obdachlosigkeit in unserer Stadt haben, so steigt die Zahl der wohnungslosen Menschen von Jahr zu Jahr an. Die fehlende Perspektive, im Leben Fuß zu fassen, gesundheitliche und psychische Beeinträchtigungen sind oft einige negative Begleiterscheinungen.

Auf den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Amt, im städtischen Wohnungsamt lastet ein sehr, sehr großer Druck. Sie sind tagtäglich mit den sozialen Gebrechen unserer Gesellschaft konfrontiert - genauso wie die zahlreichen Wohnungslosen-, Beratungs- und Sozialeinrichtungen in unserer Stadt.

Die einzige Chance auf leistbaren und vor allem gesicherten Wohnraum bieten die Gemeindewohnungen. Sie tragen wesentlich zum sozialen Gesicht unserer Stadt Graz bei. Auf sie haben wir auch einen Einfluss. In welcher Weise? Das hat sich erst vor wenigen Monaten gezeigt, wo wir gemeinsam auf Antrag des Wohnungsamtes im Stadtsenat die bundesweite Erhöhung um 5,8 % bei den Kategoriemieten für unsere BewohnerInnen verhindern konnten (*Applaus KPÖ*). Und nur durch diesen Einfluss können wir auch die geplante bundesweite Erhöhung bei den Richtwertmieten im Frühjahr nächsten Jahres um weitere 3,5 % für unsere Mieter und Mieterinnen vermeiden, wenn wir auch weiterhin den gemeinsamen Willen haben, Belastungen im Wohnungsbereich hintanzuhalten.

Das Bekenntnis von ÖVP und Grünen, sich für den Erhalt unserer Gemeindewohnungen im öffentlichen Eigentum auszusprechen und das gemeinsame Ziel, 500 neue Gemeindewohnungen in dieser Periode fertigzustellen, haben uns bewogen, dem Kapitel Wohnen im Koalitionspapier beizutreten.

Ich hoffe im Interesse der zahlreichen Wohnungssuchenden, dass dieses Vertrauen auch gerechtfertigt ist.

Noch ist nichts entschieden. Ich sehe zwar nach wie vor die Chance, dass wir dieses Ziel schaffen können. Tatsache ist aber auch, dass wir von den geplanten 500 Wohnungen bisher nur 151 Wohnungen bestenfalls bis 2010 fertiggestellt haben werden und dass wir bisher erst mögliche Grundstücke für zirka 200 Wohnungen haben. Da die Erfahrungen gezeigt hat in der Vergangenheit, dass vom Ankauf bis zur Fertigstellung eines Wohnhauses in der Regel durchschnittlich drei Jahre

vergehen, müssen wir deshalb vor allem im kommenden Jahr für die entsprechende Grundstücksvorsorge für dieses Ziel eintreten.

Die Wohnqualität deutlich zu verbessern und Schritt für Schritt dem Substandard in unseren Gemeindewohnhäusern ein Ende zu setzen, das ist und war immer das erklärte Ziel der KPÖ. Auch Bezieher und Bezieherinnen von kleinen Einkommen haben ein Recht auf menschenwürdiges Wohnen (*Applaus KPÖ*). Wie Sie wissen, ich sage jetzt, wie Sie wissen, es können vielleicht gar nicht alle wissen, weil da muss man wirklich die Situation vor mehr als zehn Jahren gekannt haben, aber ich denke doch, dass die meisten es hier im Hause wissen, waren die Gemeindewohnungen in der Stadt Graz in einem äußerst katastrophalen Zustand. Viele unserer Wohnungssuchenden haben beim Anblick unserer Wohnhäuser schon am Absatz kehrt gemacht, weil die Wohnungen selbst für sie unzumutbar waren. Es hat auch dazu geführt, dass wir hohe Leerstehungen gehabt haben und viele der Menschen in unserer Stadt Graz einfach gesagt haben, die Gemeindewohnungen haben keinen sehr guten Ruf, und das was heute Gemeinderätin Benedik angesprochen hat, hat auch mit diesen langen Wartezeiten in der Vergangenheit zu tun gehabt, weil wenn man die Entwicklung hier beobachtet hat, hat man gesehen, dass vor allem durch das Engagement des städtischen Wohnungsamtes, unserer MitarbeiterInnen, die Wartezeiten in den letzten Jahren kürzer geworden sind und wir nur bei den Großfamilien, also bei Familien ab fünf/sechs/sieben Personen, hier Wartezeiten bis zu zwei Jahren und noch länger haben. Das hat auch seinen Grund, und ich möchte jetzt vielleicht nur an die Kollegen, die hier noch anwesend sind von der FPÖ, die Kollegin noch einmal einladen, ich habe das schon einmal gesagt, dass sie vielleicht einmal zu uns kommt, dann können wir ihr hier auch über die anderen Punkte, die sie noch angesprochen hat, genauer informieren, weil sie hat ein sehr ambitioniertes Auftreten, aber eines habe ich auch gemerkt, dass sie einfach vieles noch nicht weiß.

Ich bin deshalb sehr stolz auf dieses ambitionierte Sanierungsprogramm unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwar vor allem auch deshalb, weil die finanziellen Rahmenbedingungen ja nicht leichter geworden sind. Und wir haben hier in den letzten zehn Jahren eine Bilanz vorzuweisen, die sich wirklich sehen lassen kann, und es freut mich aber vor allem, das sehen Sie auch in unseren

Schwerpunkten, die ich Ihnen zugesandt habe, dass wir mit unsere Sanierungsoffensive nicht stehen bleiben, sondern dass wir die auch weiter fortsetzen werden im kommenden Jahr.

Um Ihnen nur einige Beispiele zu nennen, wir haben allein in den letzten zehn Jahren, hat das städtische Wohnungsamt 76 städtische Wohnhäuser umfassend saniert, einige wenige, 8 städtische Häuser, wurden im Auftrag des Wohnungsamtes an die GBG vergeben. Damit haben wir fast 500 Substandardwohnungen in Kategorie B-Wohnungen umwandeln können. 2009 werden weitere neunstädtische Wohnhäuser umfassend saniert werden. Darunter auch der Muchitschblock II in der Triester Straße, das sind Wohnhäuser, die in der Zwischenkriegszeit errichtet worden sind und wo sie heute noch einen Hinweis sehen können an der Hauswand, wo es zum Luftschutzkeller geht, daran kann man ersehen, wie lange hier an diesen Wohnhäusern nichts hergerichtet worden ist. In 736 Wohnungen haben wir Bäder einbauen können, auch das Nasszellenprogramm wird 2009 fortgesetzt werden.

Und wir haben in den letzten Jahren vor allem einen Schwerpunkt beim Einbau von Fernwärmeheizungen zusätzlich zum Umweltamt geleistet. In den letzten Jahren waren das 194 Wohnungen, die wir mit Zentralheizungen ausstatten konnten, für 2009 wird mit 200.000 Euro ein wesentlicher Schwerpunkt auch hier beim städtischen Wohnungsamt liegen. 41 Wohnhäuser wurden in der Vergangenheit mit Liftanlagen ausgestattet, weitere 7 Liftanlagen sind in Planung, drei davon werden mit Zustimmung der Mieterinnen und Mieter im kommenden Jahr realisiert werden.

Hinter all, das sind ja nur einige Beispiel jetzt, aber hinter all diesen Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, steckt sehr viel Arbeit. Nur wer den Zustand unserer Gemeindewohnhäuser wirklich kennt und sich mit diesem Bereich auch wirklich beschäftigt hat, kann ermessen, wie viel Arbeit dahintersteckt und wie viel Arbeit hier Jahr für Jahr auch bewältigt wurde.

Unzählige Hausversammlungen und hunderte Einzelgespräche mit Mieterinnen und Mieter sind dabei notwendig. Und man braucht vor allem viel Einfühlungsvermögen und soziales Verständnis, damit jeder Mieter und jede Mieterin die Abläufe gut verstehen kann, keine Information und vor allem kein Wunsch verloren geht. Für



diese wirklich großartige Arbeit möchte ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am städtischen Wohnungsamt ganz, ganz herzlich danken (*Applaus KPÖ*).

Auch wenn unsere Mieterinnen und Mieter im Durchschnitt um 43 % weniger Miete zahlen, als der steirische Richtwert es erlauben würde, sind für viele BewohnerInnen vor allem in den Übertragungswohnbauten, wo wir nur das Einweisungsrecht haben, die Mieten für ihre geringen Einkommen trotz der Wohnbeihilfe zu hoch. Deshalb gewähren wir am städtischen Wohnungsamt hier zusätzlich noch eine Mietzinszahlung, das heißt, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für das Wohnen ausgeben muss. Letztes Jahr haben mehr als 1600 Haushalte davon diese Mietzinszahlung in Anspruch genommen, wir haben auch für 2009 wieder 220.000 Euro hier bereitgestellt.

Darüber hinaus gibt es seit November 2007 am städtischen Wohnungsamt den Kautionsfonds. das heißt, wenn das Wohnungsamt unseren vorgemerkten Wohnungskunden nach Ablauf der Wartezeit keine entsprechende Wohnung anbieten kann, dann bieten wir hier ihnen an, am privaten Wohnungsmarkt unter bestimmten Voraussetzungen, also das heißt, die Wohnung muss für sie auch dort leistungsfähig sein, die Kautions- und Provision zu übernehmen.

Das Zusammenleben von Menschen in unseren Wohnhausanlagen bringt natürlich unterschiedliche Probleme mit sich. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren auch immer wieder eine Siedlungs- und Gebietsbetreuung eingefordert. Sie ist Teil des Koalitionsabkommens, das freut uns. Was uns weniger freut ist, dass in der Öffentlichkeit immer so getan wird, als wären die Probleme von ausländischen und österreichischen MitbürgerInnen ausschließlich in unseren Gemeindewohnhäusern zu finden, das stimmt absolut nicht, ganz im Gegenteil, die Probleme in unseren stadteigenen Wohnungen, vor allem durch das große Engagement unserer Hausverwalter und Hausverwalterinnen, ist hier bei weitem geringer als in privaten und Genossenschaftsanlagen. Oder man muss auch wissen, dass der Anteil der Gemeindewohnungen, wo wir das Einweisungsrecht haben, am gesamten Wohnungsmarkt gemessen, ja nur 8 % beträgt und selbst in den Bezirken Lend und Gries, wo ein Großteil unserer Gemeindewohnungen sind, trotzdem der Anteil der ausländischen MitbürgerInnen vor allem in privaten Haushalten zu finden sind.

Deshalb ist es wichtig, dass vor allem bei dieser Siedlungsbetreuung bei privaten Haushalten und bei Genossenschaftswohnanlagen eine Siedlungs- und Gebietsbetreuung hier eingesetzt wird.

Ich freue mich, dass dieses Thema vor allem als Querschnittsthema gesehen wird, dass hier auch, wie ich denke, in allen Ressorts finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass es vor allem im kommenden Jahr auch zu konkreten Maßnahmen kommt. Es muss nicht gleich der große Wurf sein, ich glaube aber, dass es wichtig ist, einmal zu beginnen und ein paar Projekte auch zu starten. Wir beim Wohnungsamt haben hier auch Mittel bereitgestellt, und was natürlich in der Natur der Sache liegt, hoffen wir, dass diese Mittel natürlich auch bei unseren Wohnanlagen zum Einsatz kommen werden.

Zuletzt möchte ich nur noch eines betonen. Sehr oft, heute nicht hier im Haus, aber in Diskussion außerhalb dieses Hauses, wird sehr oft gesagt: Die Kommunisten haben beim Thema Wohnen keine innovative Ideen und sie verwalten nur, das ist auch schon meinem Vorgänger Ernest Kaltenegger so gegangen.

Innovativ, das ist sowieso ein Wort, was man sehr oft hört und oft mit nichts verbunden ist, glaube ich, ist es, dass es uns gelungen ist, die städtischen Gemeindewohnhäuser nicht auszugliedern oder zu verkaufen, wie das in so vielen anderen Städten bereits erfolgt ist, um Budgetlöcher zu stopfen.

Innovativ ist es, auf das öffentliche Eigentum zu schauen, gerade in Zeiten wie wir sie jetzt vorfinden. Innovativ ist es, weniger Studien und Selbstdarstellungen zu finanzieren und stattdessen für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner da zu sein (*Applaus KPÖ*) und innovativ ist es, ein offenes Stadtratsbüro zu haben und bei den Leuten vor Ort tagtäglich zu sein. Dass wir die Wohnungen gut verwalten, das zeigt die Bilanz der letzten 10 Jahre, denn zuvor wurden sie leider nicht sehr gut verwaltet.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Magistrat, bei allen Abteilungen für die gute Zusammenarbeit mit unserem Wohnungsamt und mit meinem Stadtratsbüro ganz herzlich bedanken; dass die Zusammenarbeit naturgemäß sehr eng mit dem Sozialamt ist, ist klar, ich

schätzte, und vor allem auch unsere MitarbeiterInnen am Wohnungsamt, schätzen das Engagement der SozialarbeiterInnen und der Mitarbeiter im Sozialamt sehr und ich möchte ihnen auch an dieser Stelle für ihr engagiertes Engagement sehr danken (*Applaus KPÖ*). Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Mitgliedern des Wohnungsvergabeausschusses für die stets kompetente, konstruktive und freundliche Zusammenarbeit. Bedanken möchte ich mich natürlich auch, die sind heute nicht anwesend, aber wir haben sehr viel mit ihnen zu tun, mit den Genossenschaften und auch mit der GBG, die sich durchaus bemüht haben, aber auch gemerkt haben, dass alles, was aufs Erste hin vielleicht so einfach scheint, doch nicht so einfach ist und dass umfassende Wohnhaussanierungen nicht so schnell gehen, wie sie es oft glauben. Aber natürlich möchte ich mich besonders bedanken bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am städtischen Wohnungsamt, allen voran Herrn Dr. Norbert Wisiak, der in stets besonnener und umsichtiger Weise und mit hoher fachlicher Kompetenz dieses Amt leitet und dazu aus meiner Sicht zu einer großen Bereicherung für die gesamte Stadt Graz beiträgt (*Applaus KPÖ*).

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei der Finanzabteilung und auch bei dem Finanzreferenten Stadtrat Rüscher, auch wenn wir dem Budget nicht zustimmen werden, so hat es doch, das muss ich hier an dieser Stelle sagen, mit unserem Amt Gespräche gegeben, die in einer sehr sachlichen Atmosphäre geführt wurden. Es ist kein einfacher Weg, es ist nicht so, dass wir in allem zufrieden sind, aber es ist ein Budget, mit dem das städtische Wohnungsamt zumindest für das kommende Jahr einigermaßen leben kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.35 Uhr den Vorsitz.***

## **Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang R i e d l e r**

Ich möchte meine Ausführungen beginnen mit dem Dank bei meinen Ämtern, bei den Mitarbeitern, bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meiner Ämter, und namentlich darf ich natürlich die beiden Abteilungsvorstände Dr. Künstler und Dr. Grabensberger erwähnen und Sie ersuchen, diesen Dank auch ihren Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben, und namentlich darf ich auch die BudgetreferentInnen erwähnen, es ist ein guter Hinweis darauf, dass die weiblichen MitarbeiterInnen in den Ämtern hervorragende Arbeit leisten und gerade bei den Finanzen ist diese Genauigkeit natürlich eine Voraussetzung für eine gute Arbeitsbasis und für eine gute politische Basis damit selbstverständlich auch, daher ein Danke an Frau Monschein und Frau Stelzer (*Applaus SPÖ*). Es hängt wahrscheinlich mit der Weihnachtszeit zusammen, dass ausgerechnet die Budgetdebatte dafür genutzt wird, sich sozusagen abschließend für die Arbeit des vergangenen Jahres bei allen Kolleginnen und Kollegen zu bedanken und im Voraus sozusagen auch diesen Dank dafür zu nutzen, dass die Arbeit in ähnlich guter Qualität weitergehen möge, daher bedanke auch ich mich beim Herrn Magistratsdirektor, beim Herrn Rechnungshofdirektor, es ist jetzt nicht deshalb, weil wir hoffen, dass die Berichte in irgendeiner Form beeinflussen könnte, sondern absolut ernst gemeint natürlich. Natürlich bedanke ich mich auch beim Finanzdirektor, dessen hervorragende Arbeit ich ja kenne und zur Folklore, nicht nur zur Folklore gehört es, dass Michi Kicker erwähnt werden muss. Wenn man nicht einmal selbst gesehen hat, wie umfangreich die Arbeit der Budgeterstellung und die vielen technischen Feinheiten, die damit in Zusammenhang stehen, sind, dann kann man kaum ermessen, wie groß die Beanspruchung in den letzten Tagen gewesen sein muss, um zu einem Zahlenwerk, wie es das Budget nun einmal darstellt, tatsächlich zu kommen. Daher auch danke an alle jetzt von mir genannten Personen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auf einige wesentliche Entwicklungslinien in meinen Ressortverantwortlichkeiten hinzuweisen. Das betrifft im Gesundheitsamt vor allem die Arbeit im präventiven Bereich. Das Gesundheitsamt hat für die Stadt Graz eine Reihe von rechtlich verpflichtenden Aufgaben zu erfüllen und ich muss sagen, das Gesundheitsamt ist ein Amt, auf das die Stadt Graz wirklich sehr, sehr stolz sein kann. Vor allem, weil die Arbeit dort unmittelbar mit den Grazerinnen und Grazern

sehr oft zu tun hat, ich denke hier nur, und diese Abteilung sei gesondert erwähnt und besonders erwähnt, etwa an die Impfstelle, die hervorragende Arbeit leistet. Gerade bei Menschen, die einen niederschweligen Zugang zu Gesundheitsangeboten brauchen und die Freundlichkeit und das Entgegenkommen, mit dem vor allem auch hier wieder die weiblichen Mitarbeiterinnen diese Arbeit erledigen, ist hervorstreichend. Es ist mir ein großes Anliegen darauf hinzuweisen, dass wir im präventiven Bereich und dazu gehört nun einmal die Arbeit der Impfstelle auch in einem besonderen Ausmaß, deshalb zu investieren haben und hier einen Schwerpunkt unserer Arbeit zu sehen haben, weil das nicht nur Kosten, sondern menschliches Leid für die Zukunft vermeiden hilft. Und das gelingt gerade in Graz in einem besonders gut erkennbaren Ausmaß.

Ich halte die Arbeit im Bereich der Drogenprävention für ein besonderes Anliegen, aber das ist, glaube ich, bekannt. Ich glaube, dass wir im drogenpräventiven Bereich die Diskussionen vor allem einmal voranzuführen haben, die uns dorthin bringen, wo wir sein sollten. Nämlich einen politischen und sozialpolitischen Ansatz zu finden, der es verhindern hilft, dass in Graz die Zahl der Drogentoten weiter ansteigt, und diese Gefahr steht unmittelbar bevor, dazu gehört auch ein möglichst niederschwelliger Zugang und dazu gehört es und das ist mein Ziel, dass wir es nicht mehr erleben müssen (*Applaus SPÖ*), dass junge Menschen und auch ältere Menschen, die suchtkrank sind, unter öffentlichen Toiletten sterben müssen, das darf in Graz nicht sein, so wenig wie es sein darf, dass irgendwer unter einer Brücke schlafen muss und so wenig wie es sein muss, dass junge Familien nicht wissen, wo sie das Geld dafür herbekommen, dass sie ihre Kinder in die Schule schicken oder sie ordentlich ernähren können, das gehört zum sozialen Grundstandard dieser Stadt (*Applaus SPÖ*). Ich sage das mit tiefer Überzeugung auch im Bewusstsein dessen, dass wir gerade in dieser Frage noch keine einheitliche Linie im Gemeinderat gefunden haben und ich sage es auch im Bewusstsein des Umstandes, dass diese einheitliche Linie die Voraussetzung dafür ist, dass wir mit einem Votum von einem breiten politischen Willen getragen dorthin kommen, wo ich meine, dass wir sein sollten. Ich glaube aber auch, dass wir sehr offen über alle Fragen der Drogenprävention und der Drogensozialarbeit reden sollten, es hat keinen Sinn, sich da in irgendwelchen Schützengräben zu verbunkern, wir müssen ein offenes Gespräch führen und vielleicht den einen oder anderen Vorbehalt mit guten Argumenten aus der Welt schaffen können, anders ist dieser Weg nicht zu beschreiten, und das ist mir

vollkommen bewusst. Ich möchte diesen Weg und dieses Angebot hier auch und heute auch ausdrücklich machen und ich schließe gleich daran an, die Krankheitsfälle rund um AIDS, vor allem auch durch Sexualkontakt übertragbare Krankheiten, wir haben in diesem Bereich ein Problem, und die Fallquoten steigen von Jahr zu Jahr...

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Wenn die Leute ein bisschen anständiger leben würden, wäre es nicht so.***

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich bin sehr froh, dass diese Wortmeldung von der Gemeinderätin Potzinger gefallen ist, weil das ein Hinweis für mich darauf ist, wie hoch der Diskussionsbedarf im Gemeinderat noch ist (*Applaus SPÖ*). Obwohl ich es für schwierig halte, über moralische Begriffe wie Anstand hier zu diskutieren, weil da haben wir wahrscheinlich doch recht unterschiedliche Vorstellungen. Ich sehe mich aber in erster Linie hier nicht als Moralapostel, sondern als Gesundheitspolitiker in Verantwortung, und als Gesundheitspolitiker bin ich durchaus der Meinung, dass wir uns manches, auch unter dem moralischen Gesichtspunkt anschauen müssen etwa, wenn es Stellen gibt, die vielleicht sogar von der Stadt Graz gefördert werden und wo man Frauen in schwierigen Situationen Plastikföten in die Hand drückt. Ich hätte gerne, dass es auch diese Stellen nicht mehr gibt in Graz, ich sage das ganz offen (*Applaus SPÖ*). Also, reden wir doch über all diese Probleme, über diese Sorgen, auch über die gegensätzlichen Standpunkte in dem Zusammenhang. Zum Thema AIDS noch einmal zurückkommend, wir haben steigende Fallzahlen sowohl bei Syphilis als auch vor allem jetzt wieder bei Hepatitis A. Und für alle, die es nicht wissen sollten, zum Beispiel Syphilis ist durch Mundkontakt, durch Küssen übertragbar. Ich weiß nicht, ob das auch schon den moralischen Horizont von manchen überschreitet, aber jedenfalls geht es meiner Meinung nach darum, dass wir hier gesundheitspolitische Ansätze finden, die unsere jungen Menschen davor schützen, dass sie für ihr Leben gezeichnet, vielleicht sogar ihr Leben beenden müssen, nicht unter moralischen Gesichtspunkten, sondern aus

gesundheitpolitischen Gesichtspunkten, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Und daher erlaube ich mir, das auch für einen Schwerpunkt zu halten in der Gesundheitspolitik.

Ich möchte auch noch die Röntgenstation anschließen, die wir nach durchaus intensiven Diskussionen erworben haben und die unabdingbar notwendig ist, um einen Überblick darüber zu haben und vor allem um auch Therapien anwenden zu können für alle Menschen, die mit Lungenkrankheiten behaftet sind. Wir wissen, dass dieses Krankheitsbild sehr oft ein sozial indiziertes Bild ist und daher ist es eine öffentliche Aufgabe, sich um diese Menschen auch zu bemühen und sich um diese Menschen auch zu kümmern.

Ich möchte auf ein weiteres Themenfeld kommen, das in der Vergangenheit nicht immer gerade zu den zentralen politischen Diskussionspunkten gehörte, ich möchte es trotzdem erwähnen und das ist die Frage des Veterinärarnes, es ist das Arbeitsfeld des Veterinärarnes, auch hier wird hervorragende Arbeit geleistet, sehr kundenorientierte Arbeit geleistet. Ich möchte bei der Gelegenheit sagen, dass es mir besonders wichtig erscheint, dass wir den Verein „Kleine Wildtiere in großer Not“, allein der Titel gefällt mir schon so gut, dass ich den gar nicht oft genug erwähnen kann, „Kleine Wildtiere in großer Not“, dass wir diesen Verein unterstützen...

***Zwischenruf GRin. Potzinger: Gefällt dir besser als ungeborene Kinder in großer Not.***

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nein, das mit den Plastikföten und das Belästigen von Frauen, halte ich für was Schlimmes, ja, halte ich für was ganz Schlimmes, halte ich für eine moralistische Haltung, die eigentlich ein Skandal in dieser Gesellschaft ist (*Applaus SPÖ*). Aber zurück zu den kleinen Wildtieren in großer Not, es reicht ein Satz, das ist ein Verein, der von Idealismus getragen ist, wie so viele in dieser Stadt und es ist ein Zusammenschluss von jungen und älteren Frauen und Männern, die sich darum bemühen, und zwar mit eigenem Geld im Großen und Ganzen, mit großem Engagement, mit großer Intensität, dass die in einem urbanen Umfeld immer

wieder gefährdete Fauna eine Chance bekommt, man soll dieses Engagement nicht gering achten und ich muss sagen, ich finde es ein bisschen enttäuschend, dass ausgerechnet Landesrat Seitinger, den ich persönlich schätze und mit dem ich auf Du-Fuß stehe, was mir sehr zur Ehre gereicht, es bisher verabsäumt hat und sogar abgelehnt hat, diesen Verein zu unterstützen. Ich glaube, wir sollten hier, und Herr Bürgermeister, da bitte ich dich um deine Unterstützung, vielleicht ein Gespräch führen, vielleicht schaffen wir hier doch ein bisschen mehr als im Moment möglich erscheint. Dieser Verein sollte übersiedeln von der Hilmteichstraße in ein weniger konflikträchtiges Gebiet, nämlich außerhalb des Wohnbereiches, und ich glaube, dass da gute und hervorragende Arbeit zu leisten wäre, wie übrigens unsere beiden Tierschutzhäuser oder die Verantwortlichen der Tierschutzhäuser unabhängig voneinander auch bestätigten.

Gesundheitspolitik ist in der Vergangenheit ein umfassendes Feld gewesen, ich habe mir erlaubt, meine Überlegungen für die kommenden Monate auch schriftlich festzulegen und ich möchte es daher jetzt dabei auch bewenden lassen. Ich möchte als Zweites auf das Kulturamt, auf mein Kulturressort, zu sprechen kommen und auch hier mit einem Ansatz meine Worte beginnen, der glaube ich, von einer breiten Mehrheit hier im Gemeinderat getragen wird, nämlich dass, wie ich denke, allen Fraktionen im Gemeinderat bewusst ist, dass Kultur und Kunst, künstlerisches Wirken in dieser Stadt zu den identitätsbildenden Aktivitäten der Grazerinnen und Grazer gehört und das Image von Graz in einem ganz hohen Ausmaß trägt, nicht erst seit 2003, sondern seit vielen, vielen Jahrzehnten. Man könnte fast zu Recht sagen, seit Jahrhunderten, und ich denke daher, dass es eine besonders große Verantwortung ist, diese kulturelle Entwicklung, die nicht heute beginnt und an irgend einem Tag endet, sondern die eine Weiterentwicklung notwendig macht, auch durch Mittel der Stadt Graz zu unterstützen. Die Mittel sind eingeschränkt, wie es in einem Budget nicht anders sein kann, ich glaube aber, dass es doch gelingen kann, einige Akzente zu setzen und das habe ich auch in der Zukunft vor. Ich möchte vor allem weiter auf den Tanzschwerpunkt setzen. Es ist ja dankenswerterweise gelungen, und ich wie höre einvernehmlich gelungen, die Finanzierungsverträge im Ausschuss zu beschließen, ich freue mich daher, dass das, so wie es jetzt scheint, auch im Gemeinderat der Fall sein wird, aber die Finanzierungsverträge sind ein großes Privileg und sie berühren das kulturelle Schaffen und Handeln in der Stadt nur in einem eingeschränkten Ausmaß. Der allergrößte Teil künstlerischen Lebens findet



anders statt. Sehr viel auch ohne Unterstützung der Stadt, sehr viel aber auch mit Unterstützung in Einzelförderungen. Sehr verehrte Mitglieder des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung und ich denke, dass es daher absolut gerechtfertigt ist, darüber nachzudenken, ob es nicht in den einem oder anderen Fall sehr viel Sinn hat und sehr gut wäre, dieses Image zu stärken und zu unterstützen. Dazu wäre es notwendig, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen (*Applaus SPÖ*). Ich bin nicht der Meinung, dass nicht mehr möglich gewesen wäre, und das wird man mir als Kulturreferenten wohl zugestehen. Ich wäre insbesondere sehr froh gewesen, wenn es gelungen wäre, zum Beispiel die Finanzierung des Jugendzentrums Explosiv in der AOG definitiv festzulegen, das wäre gut und es wäre ein starkes Zeichen gewesen. Ich kündige daher an, man hat mir eine andere Variante vorgeschlagen, der Bürgermeister hat mich angerufen und hat gesagt, es wird einen freien Finanzierungstopf in der AOG geben und aus dem wäre dann das Explosiv auch zu dotieren. Ich werde daher im Jänner einen entsprechenden Antrag vorbereiten und auch an die Finanzdirektion weiterleiten, dass so schnell wie möglich, weil die sind mitten im Bauen, die brauchen das Geld nicht morgen, sondern in Wirklichkeit eher schon gestern, so schnell wie möglich diese Mittel freigegeben werden können. Ich werde aber auch, und das habe ich immer gesagt, dafür sorgen, dass klar wird, dass das Folgekosten haben wird, de facto läuft das auf eine Verdoppelung der notwendigen Subvention hinaus. Ganz einfach deshalb, weil die Flächen auch viel größer werden und der Betreuungsaufwand in dieser hervorragenden Institution steigen wird. Und daher ersuche ich zu verstehen, das kann aus den vorhandenen Mitteln des Kulturressorts, die knappst und fix vergeben sind, nicht finanziert werden, wir brauchen daher dafür eine zusätzliche Unterstützung. Das Gleiche gilt auch für La Strada, ich bekenne mich zu La Strada, ich muss aber sagen, La Strada hat nur einen Teil Kulturaspekte und hat einen sehr, sehr großen Teil auch zu tun mit Fremdenverkehrsförderung, mit niederschwelligem Angebot an Unterhaltung und ich bin daher der Meinung, dass wir, wenn wir La Strada helfen, und das bedeutet nicht weniger als 70.000 Euro mehr pro Jahr, wenn wir uns dazu bekennen, dass La Strada in der Kultur und in der Freizeitszene von Graz weiterhin eine Rolle spielen soll, 70.000 zusätzlich.

***Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi unverständlich.***

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nein, Herr Finanzstadtrat, so war das nicht. Ich habe bei der Präsentation unserer Vorhaben, und da gibt es einige Zeugen, gesagt, dass wir 210.000 Euro brauchen. Das ist der Wunsch von La Strada gewesen. Einer der Wünsche, die da nicht durchgegangen sind, weil wir nur, ich im Rahmen der Eckwerte von 2008 agieren durfte, und dann habe ich gesagt, wir brauchen 70.000 mehr und habe das als Sonderprojekt auch angemeldet, das war so und daraufhin hat man mir gesagt, es gibt keine Sonderprojekte für die Kultur, aber ich komme darauf ja ohnehin noch zu sprechen, wie du dir vorstellen kannst. Und daher ist es so, es gibt von mir einen Fördervertrag, der die Basisfinanzierung sicherstellt und die zusätzlichen 70.000 Euro habe ich so, und ich schicke dir gerne noch einmal die Unterlagen, wenn du dir das anschauen möchtest, in dem Gespräch mit dem Koalitionsausschuss dargestellt, weil das die Zahl war. Sie haben heuer 140.000 bekommen, wenn ich dir das kurz ausführen darf und davon waren 70.000 Sonderdotierungen, die ich aufgestellt habe, die aber im nächsten Jahr nicht mehr möglich sind. Warum nicht? Weil ich im Kulturbudget vor allem mit steigenden Kosten, die ich nicht irgendwo unterbringen kann, zu kämpfen habe, das ist die steigende Personalkostenkomponente und es sind vor allem auch die steigenden des Johann-Joseph-Fux Konservatoriums, wo auch die Personalkosten vor allem zu Buche schlagen und das sind Kosten, zu denen wir verpflichtet sind, sind also Pflichtkosten, weil wir ja über das Johann-Joseph-Fux Konservatorium unsere Verpflichtung als Gemeinde, eine Musikschule zu betreiben, abdecken. Daher ein Kostenparameter, dem ich nicht entgehen konnte und der frisst mir in einem großen Ausmaß die Mittel weg, dazu kommen natürlich noch die Zusatzaufwendungen für Porgy and Bess im Rahmen der Styriarte und es kommt natürlich noch dazu, und das wird vor allem im nächsten Jahr wieder schlagend werden, der Ring-Award, der in Wirklichkeit der weltweit anerkannteste in Graz vergebene Kultur- und Kunstpreis ist, weltweit anerkannt. Wenn man sich vorstellt, dass 120 Teams sich bei dieser Triennale bewerben und die aus über 60 Nationen kommen, kann man sich vorstellen, was für eine Bedeutung dieser Preis hat. Das alles wird also auch in Zukunft meine Schwerpunkt sein, ich möchte vor allem, und das möchte ich als

besonderes Vorhaben hervorstreichen, die Niederschwelligkeit im Zugang zu Kulturprojekten weiter forcieren, es geht mir darum, dass alle Menschen ein Lebensrecht darauf haben, Kunst und Kultur zu erleben, nicht nur zu erleben, sondern auch selbst aktiv zu werden, darum geht es (*Applaus SPÖ*) und daher gehen alle meine Anstrengungen in diese Richtung. Sei es jetzt Tanz, sei es Theater, seien es die Jugendprojekte, insbesondere von Spring und elevate, die hervorragende Qualität liefern und uns auch ein internationales Renommee verschaffen. Auch was die Kulturprogrammatik angeht, ist vieles meinen schriftlichen Ausführungen zu entnehmen und ich darf daher mich darauf verlassen, dass die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung sich dieses Papier genau anschauen.

Trotzdem möchte ich jetzt auf ein, zwei Ausführungen und Wortmeldungen, die in der bisherigen Debatte gefallen sind, kurz eingehen. Zuerst einmal möchte ich zur Speisekarte gratulieren, das erinnert mich so ein bisschen an so ein Platzset. Ich werde mir das auf den Schreibtisch legen und werde versuchen, keine Fettflecken draufzumachen, sondern werde mir das immer wieder genau anschauen. Ist eine ganz lustige Idee, das ist das Lustigste am Budget übrigens gewesen, sonst gibt es nicht viel zu lachen bei diesem Budget, und ich möchte doch noch einmal festhalten, weil der Gerhard Rüschi, der hat das ja irgendwie geahnt, dass ich mich zu Wort melden werde, vor allem, weil er völlig absurderweise von dieser Stelle aus behauptet hat, es hätte von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion oder von mir Gesprächsverweigerung gegeben und gleichzeitig gesagt hat, der Vorwurf ihm gegenüber, er hätte die Gespräche verweigert, wäre scheinheilig. Ja also, wenn etwas scheinheilig ist, dann ist es genau dieser Vorwurf, Faktum ist, das sind die ersten Budgetentwicklungen in der zweiten Republik gewesen, in denen der Finanzreferent es verweigert hat, dass es zu Budgetverhandlungen kommt, nicht mehr, nicht weniger, das ist so. Und die einzige Gelegenheit, die ich gehabt habe, und ich bedanke mich jetzt dafür vor allem bei den Mitgliedern des Koalitionsausschusses, die mit Interesse zugehört haben, es geht da nicht um mein Geld um Himmels willen, sondern es geht um das Geld für bestimmte Vorhaben, und man kann zu den Vorhaben so oder so stehen, man kann sagen, ja, das wollen wir, nein das wollen wir nicht. Die Vorgehensweise zu sagen, also es bleibt alles beim Eckwert 2008, was sich im Übrigen im Nachhinein als falsch herausgestellt hat, es bleibt alles beim Eckwert 2008 und daraufhin sagt man, aber wenn du willst, können

wir schon noch drüber reden, aber es bleibt alles bei 2008. Entschuldigung, das ist Gesprächsverweigerung, weil das bedeutet, dass man nicht auf fachliche Argumente setzen kann, die vielleicht eine Verschiebung oder eine Schwerpunktsetzung möglich gemacht hätten, weil Schwerpunktsetzung hätte geheißen, in bestimmten Bereichen gibt es mehr Geld. Na gut, jetzt kann man sagen, Schwerpunkt setzen innerhalb eines Ressorts, aber wenn die Budgetzwänge so eng sind, dass dieses Verschieben von Mitteln nicht mehr möglich ist und zwar, wie ich glaube, unterstützt durch meine Ämter, sehr gut erklärt, auch bei diesem Gespräch, dann gibt es auch diese Möglichkeit nicht mehr. Wenn man dann aber die Regeln während des Budgetprozesses ständig ändert und ganz am Schluss nach bald sechs Monaten Finanzkrise draufkommt, es gibt eine Finanzkrise und sagt, und jetzt führen wir noch die 15%-Sperrung ein und gleichzeitig hergeht und Pflichtleistungsbereiche wie den Jugendwohlfahrtsbereich und den Sozialbereich unterdotiert, ganz bewusst unterdotiert und zwar niedriger, als es die Ämter selbst vorgeschlagen haben, ja was ist denn die Logik daraus? Man wird im September draufkommen, man braucht mehr Geld, na klar, das haben ja die Ämter eh schon vorhergesehen. Dann wird man sagen, aber jetzt sind wir leider in einer ziemlichen Budgetnot, weil die Einnahmen reichen nicht aus und aus Sonderdotierungen schaffe ich es nicht, dann sind wir in der Budgetnot und der Finanzreferent hat sich dann das Verhandeln über eine 15-%ige Reduzierung der Ermessensbereiche erspart. In zwei Bereichen hat er ja dann doch noch ein Einsehen gehabt, nämlich im Bereich der Jugendwohlfahrt und im Bereich der Sozialprojekte, ein Drittes nehmen wir dazu, natürlich noch die Frauen. Also ich bin ja neugierig, wie das im September laufen wird, ob die 15%-Sperrung aufgehoben wird oder nicht, aber mir schwant Böses und das ist nicht neu, weil wer einmal angefangen hat, der Reihe nach die selbst gemachten Vorgaben zu brechen und nicht einzuhalten, dem ist natürlich auch zuzutrauen, dass er es im nächsten Jahr ganz genauso machen wird. Und ich bin daher sehr, sehr skeptisch, ob es nicht tatsächlich bei dem Budget, das ich da liegen habe, sich um ein Budget handelt, das um 15 % reduziert ist im Kulturbereich und dann frage ich mich, wie wir diesen Standard aufrecht erhalten können. Natürlich kann man dann hergehen und sagen, ja wenn wir sparen müssen, dann muss das natürlich auch in der Kultur der Fall sein, gebe ich ja Recht. Aber dann muss man mit offenen Karten spielen, und genau das hat der Finanzreferent leider völlig unterlassen. Er hat ja nicht einmal mit offenen Karten gespielt, als er gesagt hat, und zwar immer wieder von Mal zu Mal, von

Woche und Monat, von einer Woche und einem Monat auf das nächste hinausgeschoben, gesagt hat, wir müssen uns zuerst mit den Grünen einigen und wir müssen zuerst einmal schauen, wie es überhaupt aussieht und das ist immer so weitergegangen, bis wir am Schluss erfahren haben, aber Budgetgespräche wird es nicht mehr geben. Und das halte ich einfach strukturell für falsch, führt auch zu keinen guten Ergebnissen, da möchte ich gleich ein Beispiel nennen.

Es hat ja geheißen, es gäbe dann irgendwann dann auch noch AOG-Gespräche, zu denen ist es dann schlussendlich nicht mehr gekommen, dankenswerterweise hat mich der Bürgermeister angerufen und hat mir mitgeteilt, wie es mit der AOG so ungefähr jedenfalls aussieht. Genau konnte er es ja wohl nicht wissen. Wenn man das Budget dann anschaut, stellt sich heraus, eine AOG-Position im Gesundheitsamt ist einfach rausgeflogen; so haben wir doch nicht gewettet, es gab mit mir kein Gespräch dazu, dass die Mittel für den Tiercontainer rausfliegen, das gab es nicht. Über 275.000 Euro, wenn ich es jetzt so ungefähr im Kopf habe, sind gestrichen worden, ohne ein Gespräch mit dem zuständigen Referenten über eine Pflichtleistung zu führen, meine Damen und Herren, das ist schlicht und einfach ein Skandal und es ist ungeheuer, wenn ein Budget so zustande kommt. Wenn man sich nicht drum kümmern will oder kann (*Applaus SPÖ*), dass wichtige Positionen in der AOG vorkommen. Wie ist so etwas möglich, 2008 war es noch drinnen, 2009 kommt es nicht mehr vor? Ich glaube daher, dass das kein guter Weg war und dass dieser formale Weg, der hier eingeschlagen wurde, auch zu inhaltlichen Fehlern führt, und es war nicht der einzige inhaltliche Fehler, den es gegeben hat. Besonders merkwürdig ist mir dann eigentlich vorgekommen, was der Kollege da gesagt hat, der Kollege Frölich hat im Zusammenhang mit der Personalpolitik davon geredet, dass das Personal, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kreativ werden sollen. Jetzt ist er vielleicht noch nicht so lange selber mittelbar mit dem Magistrat als Bediensteter beschäftigt, und auch ein Geschäftsführer ist halt ein Bediensteter. Aber ich kann ihm sagen, ich habe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrates ausnehmend als in einem hohen Maß kreativ und motiviert empfunden und ich finde es eigentlich ungehörig von dieser Stelle her eine solche Unterstellung auszusprechen (*Applaus SPÖ*). Weil sich dann hierher zu stellen und sich bei allen zu bedanken, das ist ja relativ einfach, wenn man vorher einmal so über alle drübergewischt hat und allen eine mitgegeben hat; die MitarbeiterInnen des Magistrates sind vorbildhaft in ihrer Kreativität, wie ich in meiner Zeit als

Gemeinderat und auch jetzt immer wieder erlebt habe und bestätigen kann. Es ist mir also eigentlich ein Rätsel, wie man so etwas in einer ernst gemeinten Budgetrede sagen kann. Es ist mir auch ein Rätsel, wenn der Kollege Eisel-Eiselsberg, aus welchen Gründen auch immer, unter politischem Gedächtnisverlust zu leiden scheint, weil er ist rausgekommen und hat also versucht, mir da so irgendwie eine Retourkutsche rüberzugeben, warum, weiß ich offengestanden nicht, er hat sich schon ein bisschen merkwürdig benommen, als es dieses Koalitionsgespräch gab, weil da ist er mitten drinnen aufgestanden und hat gesagt, er hört sich das nicht mehr an. Ich habe ihn nicht gebeten, dass er sich hinsetzt, aber ich hätte mir auch gerne seine Positionen angehört, aber wenn ihn das nicht interessiert, frage ich mich, warum er überhaupt kommt. Dann aber herzugehen und zu behaupten, Riedler hat fünf bis zehn Prozent weggenommen, heißt einfach, entweder hat er es nicht verstanden und er ist ja ein gescheiter Bursche, also verstanden wird er es haben, oder er hat es vergessen. Es hat er vergessen, genau. Er hat vergessen, dass zum Beispiel im Rahmen der Aufgabenkritik der Sport extrem ausgenommen war, extrem gefördert wurde, vor allem der Jugendsport, warum, weil wir es für wichtig gehalten haben und genau um das geht es ja bei Budgetverhandlungen. Es geht darum, das, was man für wichtig hält, auszunehmen, zu stärken, zu unterstützen, das will er jetzt umgekehrt natürlich nicht tun. Offenbar sieht er da manches als persönliches Match, ja dann nur zu, also ich freue mich drauf. Da können wir uns gerne matschen. Aber er sollte ein bisschen drüber nachdenken, was er da sagt, bevor er da rausgeht, um solche Fehler zu vermeiden, ich meine es ja nur gut mit ihm.

*Zwischenruf GR. Baumann: Das glaube ich nicht ganz.*

StR. Mag. Dr. **Riedler**: O ja, meine ich wirklich gut mit ihm, habe ich immer schon mit ihm gut gemeint. Aber sich dann über fehlendes Sozialbewusstsein zu mokieren, das geht dann völlig an der Sache vorbei und es für eine Provokation zu halten, wenn man in eine politische Debatte einsteigt, da hat er die Demokratie dann endgültig nicht verstanden, der Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg. Und darüber würde ich mich

ganz gerne mit ihm unterhalten von hier aus oder bei einem Bier, das können wir dann machen, wie er es gerne hätte und dann werde ich ihm manches erklären, was er offenbar übersehen oder nicht verstanden hat. Dass es ein konstruktives Bemühen von der VP-Seite gäbe, glaube ich bei seinem Ressort durchaus, mir ist davon nicht viel aufgefallen, von der VP-Seite habe ich vor allem so etwas wie einen latenten Revanchismus wahrgenommen. Aber da kann ich mich täuschen, vielleicht hat er da auch nur ein schlechtes Gewissen aus irgendeinem Grund, den ich nicht näher kenne, aber sich so beleidigt zu geben, ist überhaupt nicht notwendig, wir können ja über vieles reden. Dieses Budget ist tatsächlich unsozial, auch wenn er es nicht zur Kenntnis nehmen will, und wie unsozial es ist, das werden wir in Zukunft noch sehen. Als Letztes eine Erinnerung, weil er gemeint hat, wir hätten uns irgendwie bewusst in die Opposition begeben, also es gibt genug Zeugen, die bestätigen können, das stimmt nicht, zum Beispiel den Bürgermeister, der direkt neben ihm sitzt, er braucht ihn ja nur zu fragen, Faktum ist, und das sage ich jetzt einmal nur so zur Erinnerung, na ja, Detlev, wer ist denn aufgestanden, die ÖVP wollte mit SPÖ und Grünen gleichzeitig verhandeln, ich habe gesagt, wir verhandeln jederzeit weiter, aber nicht gleichzeitig, ihr müsst euch entscheiden. Der Bürgermeister hat am 31. Dezember gesagt, er will eine schwarz/grüne Koalition und die hat er bekommen. Das ist demokratiepolitisch ja nicht falsch, das kann man machen und ich finde, das ist akzeptabel. Aber der Bürgermeister hat geglaubt, er kann Fraktionen gegeneinander ausspielen, da haben wir eben nicht mitgespielt. Jederzeit, bis zum heutigen Tage stehe ich für Gespräche zur Verfügung. So ist es halt. Also da zu behaupten, es hätte eine Verweigerungshaltung gegeben, ist schlicht und einfach, mein lieber Detlev, Quatsch. Aber es sei dir gestattet und erlaubt von dieser Stelle her, auch manchmal etwas weniger Richtiges zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treffen die Entscheidung, ob wir einem Budget zustimmen, ob wir Teilbudgets zustimmen, nicht leichten Herzens. Es ist eine Sache, die man sich in der Demokratie nicht leicht machen kann, davon bin ich fest überzeugt, wir glauben aber und ich glaube, ich konnte das auch anhand des Kulturbudgets und auch des Gesundheitsbudgets aufzeigen, dass dieses Budget nicht gut, politisch vor allem, nicht gut vorbereitet ist und dass es Tücken birgt. Tücken, die nicht den Menschen hier im Raum auf den Kopf fallen werden im Großen und Ganzen, sondern den Grazerinnen und Grazern, und daher ist es uns

nicht möglich, einem solchen Budget mit einer solchen Qualität, einer solchen leider schlechten Qualität, die Zustimmung zu geben, was aber nicht heißt, dass wir bei einem nächsten Versuch unsere Unterstützung versagen würden, ganz im Gegenteil, wir werden im Interesse der Grazerinnen und Grazer auch den Partnern der Regierungskoalition unter die Arme greifen, wo auch immer sie diese Unterstützung gerne annehmen möchten (*Applaus SPÖ*).



## **Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r**

Ich habe zuerst schon gedacht, den Wolfgang Riedler erkenne ich nicht wieder, aber du hast dann unser Vertrauen nicht missbraucht und hast wieder deinen Abschluss gefunden.

Allgemein möchte ich zum Budget ein paar Anmerkungen machen und ein bisschen eingehen auf das, was heute schon gesagt wurde, um dann auf die Arbeitsbereiche und Schwerpunkte in meinen Ressorts einzugehen. Das Budget ist lange und sehr intensiv vorbereitet worden, das ist auch schon von mehreren am Prozess Beteiligten gesagt worden. Da möchte ich gleich mitschicken einmal das herzliche Dankeschön an alle, die in diesem Prozess so intensiv und so konsequent und auch mit so viel Geduld dabei waren, denn ich denke, es war für alle Beteiligten auch eine neue Erfahrung. Da geht es um meine KollegInnen aus dem Klub, um die Kollegen und Kolleginnen aus den Reihen der ÖVP, auf der Regierungsbank, da nehme ich jetzt alle mit hinein, mit unterschiedlicher Intensität haben wir alle miteinander Gespräche geführt. Natürlich besonders die hohen Beamten der Finanzdirektion, Magistratsdirektion, besonders möchte ich hervorheben Michi Kicker, der, glaube ich, derjenige war, der die meisten Stunden das Glück hatte, mit uns verbringen zu dürfen. Da wurde sehr intensiv miteinander und sehr in die Tiefe gearbeitet, ich brauche das nicht wiederholen, das hat der Kollege Frölich heute schon gesagt, weil es erstens unter den Voraussetzungen, unter denen wir in den Prozess gegangen sind, natürlich wünschenswerter gewesen wäre bei dem umfassenden Koalitionsprogramm, das wir uns gegeben haben, schon von einer anderen Ausgangslage auszugehen, nämlich auch genug Geld zu haben, um es auszugeben, das ist eben nicht der Fall. Deswegen war es umso notwendiger, behutsam und auch die richtigen Entscheidungen zu treffen und mit dieser Verantwortung in diese Verhandlungen genau die Zeit denen zu geben, die sie brauchen. Politik heißt, Verantwortung zu übernehmen, heißt, Entscheidungen gut vorzubereiten und es heißt auch, Entscheidungen dann zu treffen. Ich denke, das ist manchmal vielleicht ein Manko von Politik, dass man Entscheidungen gerne hinausschiebt. Also war es für uns Grüne eine sehr bewusste Entscheidung, dem Haushalt für 2009 unsere Zustimmung am Ende des Prozesses zu geben, wenn man noch einiges am Prozess selbst verbessern kann, ist auch schon angesprochen worden, so können wir nach

dieser intensiven Vorarbeit mit einem guten Gefühl zustimmen, auch mit dem Wissen, dass das der Beginn ist eines breiten Weges und dass das erst der Auftakt war für weitere Schritte, die noch ausstehen, das ist der Auftakt (*Applaus Grüne*). Über Schuld und Sühne für vergangene Fehler und die budgetären Entwicklungen der letzten 20 Jahre, wie das heute hier auch versucht wurde, wohl muss man anmerken, dass in der letzten Periode erste Schritte zu einer Konsolidierung in Angriff genommen wurden, aber über die letzten 20 Jahre hier die Schulddebatte zu führen, da will ich mich nicht näher darauf einlassen, wurde teilweise gemacht, teilweise bringt es nichts. Mache ich auch deswegen nicht, weil auch wir Grüne oder wir als Koalition oder wir alle als Regierungsbeteiligte nicht gefeit sind, auch in Zukunft Fehler zu machen. Ich sage das ganz bewusst, weil es ist immer so leicht, dann so in Budgetdebatten die Fehler gegenseitig zuzuschreiben und dann ist in der Vergangenheit alles falsch gewesen, in Zukunft wird alles richtig, das nehme ich mir nicht heraus für uns in Anspruch zu nehmen, auch wir werden weiterhin Fehler machen, aber wer Entscheidungen trifft, wir eben Fehler machen, aber auch nicht immer alle glücklich machen. Es kommt halt sehr deutlich heraus, jeder und jede hat für ihren Bereich im Budget vorgesorgt und hat natürlich nicht alles erfüllen können, was man sich so wünscht, um alle Schwierigkeiten zu bewältigen, die anstehen und um alle schönen Projekte umzusetzen, die man gerne aus politischen Gründen natürlich dann verkaufen will. Aber, um das Glück geht es eben nicht beim Budgetmachen. Es geht um die richtigen Weichenstellungen für dringend notwendige Handlungsspielräume, damit wir die Herausforderungen von heute, die ja schon da sind, die auch beschrieben worden sind, bewältigen können und, und jetzt denke ich, ist die wesentliche Geschichte, die mich besonders betrifft, vorbereitet sind auf das, was in der Zukunft stattfinden wird, was uns an Zukunft vor Augen geführt wird, dass wir das bewältigen können, denn die Zukunft wird nicht einfacher, das ist hier auch allen bewusst.

Ich möchte jetzt auf die schwierigen Rahmenbedingungen rundherum nicht ganz ausführlich eingehen, aber doch einen Punkt aufgreifen, wo ich durchaus neben anderen Punkten, wo ich nicht so sehr beim Gemeinderat Fabisch bin, aber in dem Punkt bin ich bei ihm, ich muss ihm beipflichten, was wir weltweit derzeit erleben, ist die von Seiten der Linken, von Seiten diverser zivilgesellschaftlicher NGOs jahrelang vorausgesagte Krise eines Systems, in dem der Staat sich sehr bewusst zurückgenommen hat oder die Politik den Staat zurückgenommen hat und einige

überbezahlte Manager im freien Marktgefüge mit ihren kurzfristigen und dem eigenen Profitinteresse dienenden Entscheidungen allein gelassen wurden, von der Politik alleingelassen wurden. Dass nun auch nach einem unsanften Erwachen, das finde ich nämlich das Interessante, alle nach dem starken Staat rufen, auch die, die vor einem halben Jahr noch der neoliberalen Freiheit das Wort geredet haben, das ist schon eine sehr schmerzhaft Ironie der Geschichte, insofern schmerzhaft, dass wir genau an dieser Krise sehen, wie schnell im Kapitalmarkt sich abspielende Fehler sich auf direkte Wirtschaftszusammenhänge hinunterspielen und damit auf die konkrete soziale Situation von Menschen vor Ort. Eine weltweite Konjunkturkrise, die die Einzelnen sehr konkret trifft und noch viel mehr treffen wird, ist die Folge, von gerecht verteiltem Wohlstand sind wir weiter denn je entfernt. Und eine Stadt wie Graz steht da am Ende der Leiter. Für eine Stadt, eine Gemeinde ist das nämlich anders, eine Stadt als Kommune hat sich nie aus der Verantwortung schleichen können, denn wir hier alle wissen, dass der freie Markt dort als Erstes versagt, wo die Grundbedürfnisse der Menschen sicherzustellen sind, und die Kommune ist diejenige, die die Sicherheit herstellen muss für die Grundbedürfnisse, das heißt, dort wo die öffentliche Hand einspringen muss, weil der Markt hier keine Gewinne macht, deswegen ist die Kommune der Bereich, die Stadt, die Grazer Stadt, der Bereich, wo sich die Folgen und die Konsequenzen von deregulierten Märkten am drastischsten auswirken. Also gibt es von uns, und das war, denke ich mir, auch eine Grundlage in den Budgetverhandlungen, aber auch schon in den Koalitionsverhandlungen, ein sehr klares und deutliches Bekenntnis zur Verantwortung der Stadt für die notwendigen Ausgaben, die damit einhergehen, die Grundbedürfnisse zu sichern und das ist auch weiterhin abgesichert (*Applaus Grüne*), das möchte ich auch gegenüber allen an die Wand gemalten Privatisierungs- und sonstigen Ängsten deutlich hier noch einmal kundtun. Und dafür sind wir Garant in dieser Koalitionsregierung und das sehe ich auch durchaus beim Koalitionspartner, die große Bereitschaft, die Stadt in dieser Verantwortung auch zu sehen. Worin sind wir also jetzt besonders gefordert angesichts deutlich eingeschränkter Möglichkeiten, die ja niemand in Frage stellt. Es geht auf der einen Seite darum, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und zu sichern, da rede ich von den Schwerpunktsetzungen, die heute mehrfach angesprochen wurden, die wir ganz bewusst setzen wollen und auch absichern wollen und es geht um richtige Entscheidungen, weil auch weiterhin Ausgaben stattfinden werden, aber es müssen

eben die richtigen Ausgaben gemacht werden, das heißt auch, und das ist politisch bei niemandem beliebt, aber auch notwendig, bei den Einnahmen mit Augenmaß anzupassen und, und das ist politisch noch weniger beliebt, endlich Kostenwahrheit zu erreichen und natürlich zu einer gerechtern Verteilung der Lasten zwischen den verschiedenen Körperschaften, alte Leier, kenne ich, kennen wir alle, aber auch zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu kommen, da spreche ich ein Stichwort an: ökosoziale Steuergerechtigkeit, betrifft nicht die Stadt in der Entscheidungskompetenz, betrifft uns aber in der Konsequenz ganz massiv. Und hier wäre eine Entscheidungsgrundlage auf Bundesebene ganz dringend herzustellen. Ich weiß, das ist eine alte Geschichte diese Frage der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Körperschaften, aber leider aktueller denn je, und hier ist die Anstrengung noch massiv aufzudoppeln, da bin ich bei jedem Vorredner und bei jeder Vorrednerin, die das kritisiert, ich habe das auch jahrelang kritisiert und ich denke, da muss man die Anstrengung noch erhöhen, das ist längst nicht genug.

Es ist auch richtig, die laufende Gebarung mittelfristig in den Griff bekommen zu wollen, wobei ich hier durchaus auch Notwendigkeiten sehe zu diskutieren, was unter bestimmten Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung dann auch notwendig ist von der Dauer her, aber das im Ziel zu haben, ist ganz wichtig, weil hier geht es um die täglichen Kosten und täglichen Aufwand, und die aus Krediten zu finanzieren ist nicht verantwortungsvoll. Es geht im Bereich der Eckwerte auf der anderen Seite, und das möchte ich hier ganz klar sagen, aber in vielen Abteilungen schon an die Grenze des Machbaren. Es ist so, dass im Bereich der Eckwerte in manchen Abteilungen der Personalkostenbereich abgedeckt werden kann mit ach und Krach, aber bestimmte operative Budgets einfach nicht mehr möglich sind unter den Vorgaben, die wir diesmal gesetzt haben, das ist uns sehr bewusst und wir wissen, dass das Ende der Fahnenstange im Bereich der Eckwertvorgaben in vielen Abteilungen langsam erreicht wird. Also wird es im nächsten Schritt, und hier sind erste Schritte gesetzt worden, aber da gibt es natürlich noch keine Ergebnisse, geht es auch darum, die Strukturen im gesamten Haus Graz anzusehen, zu durchleuchten und dort, wo es notwendig ist, auch umzubauen. Ich sage das ganz bewusst mit all dem, was es an Ängsten und Verunsicherungen hervorruft, aber es ist so, dass wir im Bereich der Strukturen zwischen den ganzen Teilen der Stadt durchaus noch Bedarf sehen, hier eine Anpassung in eine möglichst Umsetzungs-, wie soll ich sagen, eine, ich will jetzt bewusst das Wort Effizienz nicht verwenden,

weil in diesem Zusammenhängen und Kontexten Effizienz sehr gerne missbräuchlich verwendet wird, es geht darum, dass bestimmte Strukturen immer noch doppelläufig sind in diesem Haus und da gehört es hinzuschauen und da gehört es auch, Verbesserungen herbeizuführen, wir reden hier aber nicht von Privatisierungen, denn das ist kein Thema. Die kommunalen Leistungen, die Aufgaben der Stadt, die Grundbedürfnisse zu sichern, bleiben weiterhin Aufgabe der Stadt, das Gespenst der verkauften Wohnungen wird umsonst an die Wand gemalt. Gleichzeitig möchte ich dem Gemeinderat Frölich widersprechen, wenn er hier sagt, es sei bewiesen, weil es immer wieder auftaucht, dass alle in privatwirtschaftlich ausgelagerte Strukturen alle Bereiche dann dort mit Sicherheit effizienter und besser umgesetzt werden, das ist nicht bewiesen. Das heißt, das muss man sich deswegen genau anschauen, welche Maßnahmen dann zu ergreifen sind und wo welche Struktur am besten umgesetzt werden kann, im Sinne der Qualität der Leistung, im Sinne der Qualität der Arbeitsplätze und im Sinne vor allem der zukünftigen Herausforderungen, die dort zu bewältigen sind, und das ist der Hintergrund, vor dem die neuen Strukturen beziehungsweise der Umbau angedacht und diskutiert werden und er wird auch hier herinnen Thema sein. Gleichzeitig geht es darum, und das sage ich auch ganz bewusst, weil das ist ein heftig kritisierte Punkt, interessanterweise vom ehemaligen Finanzstadtrat, der noch da anders argumentiert hier in seiner letzten Periode. In die Zukunft muss investiert werden, Investitionen sind nach Schwerpunktsetzungen dann sinnvoll, wenn sie nachhaltig sind, weil zukünftige Kosten auch vermieden werden müssen. Es geht da um monetäre Kosten, aber es geht auch, und das sage ich auch noch einmal bewusst, weil uns immer vorgeworfen wird, wir wären unsozial, die soziale Kälte würde jetzt ausbrechen etc., es geht auch um soziale und gesellschaftliche Kosten, die deswegen jetzt angegangen werden müssen, und Investitionen sehe ich nicht so wie die Stadträtin Elke Edlinger nur im Bereich von Infrastruktur, die man dann als bauliche Maßnahme sieht, sondern Infrastruktur ist natürlich auch soziale Infrastruktur, und das sehen wir gerade im Kinderbetreuungsbereich, dass hier Schritte unternommen werden als wesentliche soziale Infrastruktur, um zum Beispiel eine existenzielle Absicherung von Frauen stärker möglich zu machen, weil sie dann einfach besseren Zugang zum Arbeitsmarkt finden, obwohl ich ganz klar sage, Kinderbetreuung ist nicht Frauenpolitik, das ist Familienpolitik.

In diesem Sinne kann ich der Forderung nach einem Stopp der Verschuldung nichts abgewinnen. Ich sage gerne ja, keine Schulden mehr für Projekte, die nicht nachhaltig sind und schon gar keine Schulden für Dinge, die nur der Eitelkeit dienen. Oder eben, wie wir es leider momentan auch haben, längerfristig nur noch die laufende Gebarung abdecken. Aber auf der anderen Seite sind Städte der Konjunkturmotor schlechthin, denn 70 % aller öffentlichen Aufträge werden von den Gemeinden in Auftrag gegeben, das heißt, wenn man die Konjunktur ankurbeln will, dann jetzt auf Gemeindeebene, weil hier gibt es die fertigen Projekte, hier kann morgen investiert werden und damit kann übermorgen die Wirtschaft angekurbelt werden. Und wann, wenn nicht jetzt? Aber eben nicht auf Teufel komm raus, sondern um genau die Anforderungen einer wachsenden Stadt, eines Ballungsraumes (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), immerhin 500.000 Menschen, die hier in diesem Ballungsraum mitversorgt werden, da können wir die Stadtgrenze schon lange nicht mehr so eng definieren, obwohl wir gerne eine Lastenverteilung auch hier hätten, die verstärkt angegangen wird, in manchen Bereichen schon ganz konkret greift, das bewältigen zu können und eben nicht stehen bleiben und nicht an Althergebrachtem festhalten. Da braucht es Mut, das ist schon erwähnt worden und auch eine Portion Gestaltungswillen. Und da sage ich ganz ein klares Wort, bei aller Schwierigkeit, die es bereitet, in einer Koalition zusammenzuarbeiten, wo zwei sehr unterschiedlich gestrickte Fraktionen mit unterschiedlichen ideologischen Heimatstellen, sage ich jetzt einmal, miteinander in Arbeit kommen, dann gibt es doch eines, was ich immer wieder entdecke, was uns verbindet, und deswegen ist es nicht so leicht, immer wieder einen Keil hineinzutreiben, auch wenn wir sehr kritisch in dieser Koalition agieren. Der Gestaltungswille und an die Zukunft zu denken, da treffen wir uns durchaus mit der ÖVP auf vielen Bereichen, da gibt es einen gemeinsamen Motor und in dem Sinn sehe ich durchaus eine gute Grundlage auch in diesem Budget (Applaus Grüne) und die große Herausforderung und dass es durchaus nicht unattraktiv ist, bei weniger Geld viel mehr Kreativität einzusetzen auf der einen Seite, und da denke ich jetzt nicht an die Finanzkreativität von Finanztricks, sondern wirklich auch genauer zu überlegen, welches Ziel erreiche ich mit welchem Geld, das muss nicht immer die teuerste Maßnahme sein und eine Bereitschaft, die uns Politikern und Politikerinnen, und das merke ich gerade in dieser Rolle neu doch sehr deutlich (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), es wird auch die Bereitschaft brauchen,

manchmal nein zu sagen und es ist das Schwierige in der Politik, es ist nämlich viel leichter, immer ja zu sagen, als hie und da auch nein zu sagen und zu sagen, das geht jetzt nicht, das geht momentan nicht, das kann derzeit kein Schwerpunkt sein. Das wird eine wichtige Voraussetzung sein, da haben wir alle miteinander noch zu lernen und ich denke, es ist durchaus eine Aufgabe.

***Zwischenruf GR. Herper: Die Arbeit der Verweigerung.***

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Die Arbeit der Verweigerung habe ich nicht gemeint, ich habe gemeint, Gestaltungswillen und trotzdem manchmal nein sagen, in der Kombination, genauso habe ich es gemeint.

Ich komme jetzt zu meinen Schwerpunkten und möchte sie nicht einzeln erläutern, es sind ja relativ viele, weil ich ja das Glück habe, in einer sehr verschränkten Art und Weise viele Ressorts zu verantworten, kann aber empfehlen, diese Liste, die ich da heute auch ausgesendet habe, eignet sich wunderbar zur Kontrolle. Ich habe nämlich heute meine Liste vom Mai 2008, bin ich heute in der Früh durchgegangen und ich kann sagen, da ist einiges abgearbeitet worden, also wer dann kontrollieren will, ob ich da nur leere Versprechungen abgebe oder Dinge auch umsetze, kann das gerne auch mit dieser Liste tun, die heute an die Klubs ergangen ist. Ich möchte ein paar grundsätzliche Dinge sagen und auf ein paar Schwerpunkte des nächsten Jahres herausgegriffenerweise eingehen.

Im ersten Schwerpunkt, wobei ich ganz bewusst sagen will, ich habe das Glück, den Aufwand und das Glück, dass ich verschiedene Ressorts in einer Hand habe, wo zum Beispiel Verkehr und Umweltpolitik in einer Hand liegen und damit eine viel bessere Möglichkeit besteht aus meiner Sicht, die großen ökologischen Herausforderungen, aber eben auch die großen verkehrspolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, einfach in verschränkter Art anzugehen und damit eine ämterübergreifende Zusammenarbeit viel stärker aufzusetzen, was notwendig ist in dem Bereich. In dem Kontext will ich auch ein ganz deutliches Dankeschön wieder anbringen zwischendurch, nämlich dieses Dankeschön richtet

sich an alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen über alle Fraktionen hinweg, ganz bewusst, die im Gemeindeumweltausschuss mit hoher Sachlichkeit, hohem fachlichem Interesse mit dabei sind bei diesen wesentlichen Fragen. Da möchte ich danke sagen, und das ist eine wunderschöne Zusammenarbeit und ich denke, dort spielt es zum Glück keine Rolle, welcher Farbe wir angehören, aber hier ein Danke an alle, die sich da so eifrig eingelassen haben (*Applaus Grüne*).

Die Verkehrspolitik, jetzt gibt es die eine Seite der Verkehrspolitik, die wir tagtäglich medial massiv hysterisiert und auch teilweise sehr spekulativ abgeführt erleben und dann gibt es die konkret umgesetzten Aktivitäten in dem Bereich und auch die Forderungen, Herausforderungen in dem Bereich. Wir sind in einem Ballungsraum, das habe ich schon erwähnt, wir sind in einem wachsenden Ballungsraum, wir sind in einer Stadt, die inzwischen über 250.000 Einwohner und Einwohnerinnen hat und wir gehören natürlich zu einem der Ballungsräume, wo in Österreich insgesamt 65 % der Bevölkerung inzwischen leben, 71 % aller Arbeitsplätze in Österreich finden in Ballungsräumen statt, das heißt, es bedeutet einerseits, der Großteil des Personen- und Güterverkehrs spielt sich im Ballungsraum ab, andererseits mit allen Konsequenzen der negativen Art, wir brauchen nur auf das Thema Feinstaub, Verkehrssicherheit, Lärm hinweisen, aber auch mit allen Chancen. Denn Verkehr im Ballungsraum bietet auch die Chance, möglichst viele Mobilitätsarten miteinander optimal zu kombinieren und hier auch viele Fahrgäste, viele Menschen abzuholen und mit relativ effizientem Einsatz von öffentlichem Verkehr viel bewegen zu können. Natürlich braucht es auch politisch einerseits die Voraussetzung, den Willen hier in eine Umsetzung zu gehen, aber auch das Geld und ich sage ganz klar, kein Meter Straßenbahn ohne Unterstützung von Seiten des Bundes und des Landes, hier gibt es schon erste Anbahnungen zur neuen Verkehrsministerin, gemeinsam mit der Verkehrslandesrätin, übrigens eine Zusammenarbeitschiene, die auch stark verstärkt wurde und da sehe ich durchaus Perspektiven, aber wie gesagt, ohne Unterstützung von außen werden wir keine Straßenbahn weiterbauen, dazu fehlt auch in diesem Haushalt das Geld.

Ein Großteil, ich werde versuchen, ein bisschen zu kürzen, damit ich da die Dauer des Abends nicht zu sehr verlängere, ich möchte aber nur noch etwas dazu sagen, dass ein Umsteuern in der Verkehrspolitik eine Trendwende, die wir auch im Koalitionsprogramm klar angekündigt haben, indem wir gesagt haben, wir wollen eine deutliche Veränderung der Wege, die in der Stadt zurückgelegt werden zum



Nachteil, sage ich ganz bewusst, der Wege, die unnötig mit dem Auto zurückgelegt werden, zum Vorteil jener Bewegungsarten, die gesünder sind für die Stadt, die effizienter sind für die Stadt, ich sage das auch vom Kostenaspekt, und die trotzdem in dieser Stadt wie Graz auch gut bewältigbar sind, das ist die Umsteuerung auf den öffentlichen Verkehr, sanfte Mobilität wie Fahrradfahren und zu Fuß gehen. Bei all den Problemen, die das mit sich bringt, einerseits einer politisch interessanten und heftigen Diskussion, auf der anderen Seite natürlich der Notwendigkeit, hier auch über den Platz am öffentlichen Raum, die Verteilung des Platzes neu nachzusenden. Deswegen auch die deutlicher werdenden Maßnahmen und auch schon diskutierten Maßnahmen im Bereich der Busspuren, im Bereich der Beschleunigungsmaßnahmen des öffentlichen Verkehrs und auch die Konflikte, die zunehmend auftauchen zwischen unterschiedlichen Teilnehmerinnen/Teilnehmern auf der Straße. Ich denke da, ganz besonders braucht es natürlich eine gute Begleitung, wenn mehr Radfahrer/Radfahrerinnen in der Stadt unterwegs sind, dass es nicht zum Nachteil der Fußgänger und Fußgängerinnen stattfindet, das ist mir ganz wichtig und ich sehe diesen Konflikt und ich höre ihn auch und wir sind uns dessen bewusst, dass hier eine Verteilung des Raumes nicht zu Lasten von Fußgängern und Fußgängerinnen gehen wird können, sondern hier der Raum anders neu verteilt werden muss, wenn wir wollen, dass viele Menschen sich anders bewegen als mit dem Kfz, ich weiß aber auch, dass es viele notwendige Fahrten gibt mit dem Auto, da hoffe ich doch, dass wir es möglichst bald schaffen, das auch mit anderen Antrieben und anderer Technik zu machen. In der Innenstadtlogistik ohne großen Lkw auszukommen, wäre auch so eine Perspektive. Aber ich gehe jetzt nicht weiter darauf ein, denn ich denke, diese verkehrspolitischen Schwerpunkte sind erwähnt. Was mir noch wichtig ist, ist das Thema Verkehrssicherheit noch einmal herauszugreifen, auch ein inzwischen sehr kontroversiell behaftetes Thema, weil hier doch einige Maßnahmen umgesetzt wurden, die durchaus auf Widerstand gestoßen sind; wir haben in Österreich, in Graz, leider eine nicht so optimale statistische Situation, aber auch eine konkrete Situation, nämlich durch Betroffenheiten von konkreten Opfern (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), was die Verkehrssicherheit anbelangt. Hier sind Maßnahmen zu setzen, hier sind Maßnahmen auf verschiedene Art und Weise zu setzen, hier geht es um unsere Kinder, hier geht es um die schwächsten Teilnehmer und Teilnehmerinnen und hier sehe ich nicht ein, dass ich über Opfer im Bereich der Parkplätze reden soll und nicht

über Opfer im Bereich von verkehrsteilnehmenden Menschen reden darf (*Applaus Grüne*). Also da möchte ich ganz ein klares Wort dafür anbringen.

Damit komme ich schon eben zum Bereich des Straßenamtes, hier gibt es, wie gesagt, auch einige Maßnahmen, die der Verkehrssicherheit dienen. Es ist so, dass wir eine Schwerpunktsetzung haben der Schutzwegbeleuchtung, neben all den Maßnahmen, die im Bereich Schutzwegumbauten sind, es wird hier noch eine Offensive umgesetzt, weiters gibt es eine Aktion, die schon begonnen hat, die auch schon sehr erfolgreich läuft, da gibt es auch schon sehr viele entsprechende Rückmeldungen, fußgänger- und radfahrerInnenfreundliche Ampelschaltungen, die nicht automatisch zu Lasten der Autofahrenden und des fließenden Verkehrs geht, weil wir uns das sehr genau anschauen und genau begleiten und hier keine negativen Effekte sehen und gleichzeitig massive Verbesserungen für Menschen, die zu Fuß gehen und die mit dem Rad unterwegs sind.

Ich komme als nächstes zum Bereich des Umweltressorts, wo ich den Gemeinde- und Umweltausschuss schon angesprochen habe. Wir haben das Thema Feinstaub als jahrelanges Begleitthema in dieser Stadt und da auch einen massiven Handlungsdruck, nicht nur deswegen, weil in Graz besonders viele Menschen noch nicht mit der Fernwärme oder mit sauberer Energie heizen können und nicht nur deswegen, weil viele Menschen mit dem Auto fahren, sondern auch, weil unsere Emissionslage in der Stadt eine besonders benachteiligte ist, das heißt, wir haben auf Grund der klimatischen und der räumlichen Bedingungen besonderen Handlungsbedarf. Im Jahr 2011 müssen wir einerseits nachweisen, dass Aktionen und Aktionsprogramme umgesetzt sind und dass wir auch die Werte erreichen und in dem Sinn sehe ich es doch als notwendig in Kooperation mit dem Land, und das hat begonnen und das wird in fachlicher, guter Grundlagenarbeit, und zwar in Zusammenarbeit zwischen den Verkehrs- und Umweltaufteilungen auf Landes- und auf Stadtebene entwickelt, eine gute Begleitung für die Einrichtung der Umweltzonen, eine gute Absicherung auch im Bereich der Fragen, was soll passieren im Bereich der Umweltzonen, wer soll davon betroffen werden und wie schaut es aus mit der sozialen Frage, wie können wir die betroffenen Zielgruppen in der Entwicklung gut einbinden, damit wir eine gute, breit getragene Grundlage entwickeln. Dazu wird es im Februar auch im Gemeindeumweltausschuss nähere Informationen geben. Aber hier sehen wir auch eine gute Verschränkung mit dem Land, die auch unabhängig von der parteilichen Zugehörigkeit stattfindet.

Jedes eingesparte Kohlendioxyd kostet nicht nur Geld, es spart auch fünf bis zehn Euro an Kosten für die Luftreinhaltung, also wenn wir da nicht investieren und da nicht weitergehen, dann werden wir im Nachhinein um Etliches mehr an Strafzahlungen oder eben auch an Maßnahmen der Sanierung brauchen, und da möchte ich besonders erwähnen, dass ich sehr froh bin, dass es eben auch in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeumweltausschuss und mit aktiver Arbeit aus dem Umweltamt möglich war, das Kommunale Energie Konzept 2020 aufzusetzen, letztes Mal beschlossen, hier wird es im nächsten Jahr die ersten Maßnahmenpakete geben. Ich freue mich da auf eine gute Schwerpunktsetzung in vier Bereichen, das eine ist die Wohnhaussanierung im privaten Bereich, das eine ist der stadteigene Ansatz, was im stadteigenen Bereich passiert, die ersten Arbeitsteams, die erste Struktur wird jetzt eingerichtet und alle Beteiligten in den Ämtern, alle möglichen Partner/Partnerinnen außerhalb der Ämter werden da eingebunden, um eine gute Grundlage zu entwickeln für gute Maßnahmen. Wichtig ist mir dabei eine Offensive im Bereich der Fernwärme und der Solarenergie. Hier ist es leider notwendig im Vorfeld noch ganz viel strategisch politisches Zusammenführen aller Akteure, in diesem Bereich auch noch einen Schwerpunkt zu geben, das war für mich durchaus überraschend, dass hier viele arbeiten, aber alle in unterschiedlichen Richtungen, da ist das zusammenzuführen und in eine Strategie zu bringen ist ein wesentlicher Ansatz, aber da hoffe ich doch, dass wir das nächste Jahr genau wissen, was sinnvoll ist und was auch machbar ist. Auch hier gibt es durch das Land die eine Million pro Jahr, die wir jetzt direkt in die Umstellung von Heizung schon stecken können. Und die anderen Schritte, die im Bereich der Kommunalen Energiearbeit stattfinden, sind auch aufgelistet. Aber wie gesagt, mir ist es wichtig, hier große Schritte zu machen, denn hier können wir einerseits nachhaltig investieren, auf der anderen Seite nachhaltig Kosten sparen. Ich denke nur an die Betriebskosten diverser Gebäude und auch an die Betriebskosten von Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohnungen, die es sich eh nicht leisten können, Betriebskosten zu finanzieren, da muss natürlich viel Erleichterung geschaffen werden.

Ich komme nun zum Bereich der Wirtschaftsbetriebe, das ist die tägliche unsichtbare Hand in der Stadt. Die Wirtschaftsbetriebe leisten, und ich denke, das war auch gestern im Ausschuss wieder doch deutlich darstellbar, wie wir den Wirtschaftsplan 2009 beschlossen haben, eine unermessliche Vielzahl an Tätigkeiten, an Aufgaben, die unsere Stadt jeden Tag neu wieder sauber, und Sauberkeit ist nicht nur eine

Frage von Äußerlichkeit, sondern auch eine Frage von subjektivem Wohlbefinden in einer Stadt bis hin zum subjektiven Sicherheitsbefinden in einer Stadt. Ich denke, da leisten die Wirtschaftsbetriebe wenig gesehen, wenig wahrgenommen ganz viel wesentliche Grundlagenarbeit. Darüber hinaus im Bereich der Straßensanierung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), der Straßenpflege, wir haben gerade Winter, der Straßensicherheit, im Bereich des Grünraumes, wo es nicht nur darum geht, eine Stadt hübsch aussehen zu lassen, sondern auch viel Mist wegzuräumen, der täglich von Grazern und Grazerinnen hier in der Stadt sehr gedankenlos produziert wird.

Dann kommen wir gleich zum Bereich der Müllentsorgung. Auch hier denke ich mir, wäre ohne den intensiven Aufwand, den bei den Wirtschaftsbetrieben jede Einzelne, jeder Einzelne beiträgt, eine ganz andere Situation da, ich sage nur das Stichwort Neapel, da haben wir in Graz wohl eine glückliche Situation. Mir ist es wichtig, noch einmal ganz kurz auf das zurückzukommen, was Bedeutung hat in der Arbeit in diesen verschiedenen Bereichen, die auf den ersten Blick teilweise vielleicht unterschiedlich aussehen. Aber es ist doch sinnvoll, bestimmte Dinge verstärkt in Kooperation umzusetzen, die Zusammenarbeit immer wieder zu suchen. Was mir auch sehr wesentlich ist, das zu tun und wo ich denke, da ist auch ein Teil meines Stils daheim, sachpolitisch geprägt über Partei- und Interessensgrenzen hinweg. Wir haben auch im verkehrspolitischen Bereich ein Gremium eingerichtet, schon im Herbst, das gemeinsam mit den Sozialpartnern, mit der Pendlerinitiative verkehrspolitische Schwerpunktsetzungen bearbeitet, also hier geht es mir wirklich darum, die Interessensgruppen einzubinden und nicht auszugrenzen. Und in dem Sinne hoffe ich, dass die Schwerpunktsetzungen nachvollziehbar dargestellt sind und dann auch von Ihnen und von euch am Ende des Jahres abgefragt werden, denn es ist doch bitte sehr notwendig, nicht nur Dinge zu versprechen, sondern sie auch umzusetzen und da gibt es teilweise viel Hysterie um das herum, manche Dinge sind ganz banal und einfach, einfach nur tägliches Arbeiten in den Ressorts.

Und dafür möchte ich jetzt meine Dankeswort anschließen, denn ohne die Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Magistrates, insbesondere in meinen Abteilungen, aber auch an alle im Magistrat, das möchte ich auch schon noch einmal erwähnen, eine Stadt existiert und funktioniert nur durch eine gute Arbeit der Leute, die hier täglich im Einsatz sind. Ich möchte jetzt einmal beginnen mit dem Dank an das Umweltamt, ich möchte zuerst noch einmal Dipl.-Ing. Johann Ofner danken, der

bis vor ganz kurzer Zeit der Vorstand war, bis 30. 11., dann möchte ich neu und dankeschön sagen dem Herrn Dipl.-Ing. Dr. Werner Prutsch, der seit 1. 12. als Umweltamtsleiter bestellt ist, das haben wir hier in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen, der auch schon bisher als fachlich sehr versierter Mann im Gemeindeumweltausschuss zur Verfügung stand, und für die Erstellung des Budgets Karin Ullmann und damit an das gesamte Team des Umweltamtes mein herzliches Dankeschön (*Applaus Grüne*). Ich mache weiter mit dem großen Bereich Wirtschaftsbetriebe, allen voran Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Egger als Geschäftsführer und wackerer Kämpfer für die tägliche Ordnung in der Stadt, danke Ihnen in Vertretung für das Riesenteam bei den Wirtschaftsbetrieben und Herrn Mag. Gerhard Zetthofer, der zuständig ist auch dort für die Zahlen, was ein ziemlicher Auftrag ist und wo die Zusammenarbeit doch immer wieder zeigt, dass großes Engagement notwendig ist, um hier auch alles beinander zu halten, danke vielmals (*Applaus Grüne*). Ich komme jetzt zur Verkehrsplanung, Dipl.-Ing. Martin Kroissenbrunner als Abteilungsvorstand und Dipl.-Ing. Peter Kostka, zuständig für das Budget. Danke vielmals auch hier für die Arbeit von Dipl.-Ing. Harald Hrubisek und Ing. Siegmund Thürschweller, der dort für das Budget zuständig ist, danke auch in diese Richtung für das große Engagement (*Applaus Grüne*) und für diese Abteilungen danke ich auch einer Kooperation, nämlich der Kooperation mit der Baudirektion, weil ja die Baudirektion organisatorisch hier die Hauptverantwortung hat und auch hier eine gute Zusammenarbeit funktioniert. Dann möchte ich nicht verhehlen, dass ich meinem Büro hier noch einmal meine Hochachtung und meine ganz besondere Dankbarkeit ausdrücken will, mein Büro muss letztendlich abfangen, was politisch an Debatte entfacht wird und da gibt es teilweise durchaus sehr unangenehme Tage und dass ihr durchhaltet, dass ihr wirklich mit vollem Einsatz dabei seid und diese ganze viele Arbeit, die kommt, ich sage nur 70 % aller Bezirksanträge, Anfragen, Anträge im Gemeinderat, in den Bezirksräten landen direkt bei uns im Büro, da wird wirklich Großartiges geleistet und da möchte ich allen zusammen ein herzliches Dankeschön sagen und bitte springt mir nicht ab, weil ohne euch würde ich nicht wissen, wie wir das schaffen sollten. Danke vielmals (*Applaus Grüne*)

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.55 Uhr den Vorsitz.***

## **Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren der Verwaltung und die Sie noch zuhören. Wenn wir das heutige Budget beschlossen haben werden, ist das Dutzend voll. Es ist mein zwölftes Budget, das ich mit den Gemeinderätinnen und mit den Gemeinderäten diskutieren darf, wo ich mit dabei war bei den Verhandlungen und Jahr für Jahr spielen sich ähnliche Rituale ab. Beginnend in Graz mit Budgetverhandlungen, die sehr, sehr früh starten, wenn ich mir andere Gebietskörperschaften anschau. Geprägt von einem besonderen Miteinander aller Verantwortungsträger in dieser Stadt, es ist nicht selbstverständlich, dass die Verwaltung, der Rechnungshof und die Politik sich gemeinsam Gedanken drüber machen, wie man die nächsten Jahre bestmöglich wieder Budgets gestalten kann. Wir leben in einer faszinierenden Zeit, auf der einen Seite hätte ich mir nie gedacht, dass ich einmal meinen Kindern und Enkelkindern erzählen kann, dass es ein geteiltes Europa gegeben hat und wir den Fall der Mauer miterlebt haben, dass dieses Europa so zusammenwächst, wie es jetzt schon zusammengewachsen ist und auch noch größer werden wird. Der erste amerikanische schwarze Präsident und gleichzeitig dann auch überraschend für mich und für alle, die in etwa in meinem Alter sind, die Situation, dass du bei einer Gratulation einen Hundertjährigen nicht nur fragst, wie man hundert Jahre alt wird, sondern ihn auch verstärkt fragst, wie war das denn eigentlich, als zwei Mal durch Weltkriege, Finanzcrashes alles weg war. Einfach einmal mit Menschen wieder drüber reden, wie war es denn, als diese Gewitterwolken aufgezogen sind, wie habt es ihr gemeistert, wie habt ihr es geschafft? Und wir haben momentan Gewitterwolken am Horizont, und heute ein Budget zu erstellen und dafür Verantwortung zu tragen, ist gar nicht einfach. Man verlangt zu Recht eine zumindest mittelfristige Vorschau in die nächsten Jahre hinein, nicht einmal wissend, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch die Einnahmen des Staates und heruntergerechnet auch auf die Kommunen dann daraus ergeben werden. Summa summarum eine Arbeit, die man kaum schaffen kann, jedes Mal dasselbe Ritual, dass diejenigen, die sich zur Hauptverantwortung gefunden haben für eine Periode, dann das Budget auch zu verantworten und zu tragen haben, in Graz schon fast das Ritual, dass die KPÖ, zumindest in manchen Jahren, dann auch den Wohnungsbereich mitträgt, oft in den

Diskussionen und Darstellung in der Öffentlichkeit die Pleiten und vieles mehr bis hin natürlich auch zur klaren Aussage, wir tragen es in diesen Jahren jetzt nicht mit. Wünschen würde man sich, dass wir es zum gemeinsamen Beschluss schaffen, aber das wird eben, wie gesagt, nur ein Wunsch bleiben. Ich weiß auch auf Grund vieler Wortmeldungen und vieler Gespräche dazwischen, dass aber zumindest was Besonderes in dieser Stadt vorherrscht, nämlich auch so etwas wie das politische Agieren, aber das Herz als Gemeinderat und Stadtsenatsmitglied doch am rechten Fleck zu haben für diese Stadt und zu wissen, worum es geht. Und ich weiß nicht, wer es war, aber irgendjemand hat einmal gesagt, und ich nehme das heute gerne mit herein, es gibt eigentlich drei Phasen des Engagements und diese drei Phasen des Engagements gelten besonders auch für Politikerinnen und Politiker. Und ich bin gerne in die Politik gegangen, auch nicht wissend, was es wirklich bedeutet, aber ich möchte mit vielen nicht tauschen, ich bin auch dankbar dafür, dass ich auf der kommunalpolitischen Ebene lernen darf, das ist so etwas Wichtiges, weil wir sind unmittelbar bei den Bürgerinnen und Bürgern, was wir auch heute hier wieder entscheiden werden und das ist im Übrigen nicht irgendwas, es ist das höchste Budget, das die Stadt Graz jemals beschlossen hat (*Applaus ÖVP*). Soviel Geld, nämlich knapp 900 Millionen Euro, 13 Milliarden Schilling, da kann man nicht von Pleitestadt sprechen, es ist im Übrigen Geld, das leider noch immer nicht ausreicht für alle Wünsche, die die Menschen in unserer Stadt haben, für alle Bedürfnisse und noch etwas, es reicht leider auch kaum aus, um den Level, den unsere Vorgängerinnen und Vorgänger hier herinnen auch beschlossen haben, in allen Bereichen auch wirklich zu halten und noch weiter auszubauen. Zu den drei Phasen des Engagements: Die erste Phase ist die Freude an der Verpflichtung, die man eingeht. In der zweiten Phase verhält man sich intolerant gegenüber jedem, der eine andere Ansicht vertritt, die dritte Phase besteht in der plötzlichen Erkenntnis, dass man nicht viel erreichen kann, vor allem nicht alleine, aber das ist die Phase, aus der große Persönlichkeiten hervorgehen, Menschen, die durchhalten und kämpfen. Und ich glaube und ich meine, ich weiß es eigentlich, dass es auch in diesem Saal sehr, sehr viele Menschen gibt, manche haben erst begonnen und werden in der einen oder anderen Phase erst sein, aber dass es da herinnen auch immer viele Menschen gegeben hat, die diese dritte Phase längst erkannt haben und gemeinsam am Strang gezogen haben, dass wir in dieser Stadt jetzt heute leben dürfen, dir wir auch Gott sei Dank jeden Tag miteinander gestalten. Zwei Fragen möchte ich Ihnen stellen und

persönlich den Versuch wagen, sie zu beantworten. Was ist unsere wichtigste Aufgabe? Was ist die wichtigste Aufgabe von uns Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und ich habe, weil manche glauben, es findet nur in Brüssel oder in der UNO oder sonst wo statt, ich glaube, dass die wichtigsten Aufgaben auch für uns heißen, dass wir den Rechtsstaat pflegen, die Demokratie möglichst bunt auch leben, dass wir darauf achten, dass wir in Freiheit und Frieden leben können und dass dieses friedliche Zusammenleben in der Stadt Graz auch weiterhin funktioniert. Und wenn man jetzt den Fernseher einschaltet und die Tageszeitungen aufblättert, dann schreckt man sich, dass selbst in einem Land, das in der Wiege der Europäischen Union steht, wie in Griechenland, solche Eskalationen über Nacht möglich sind. Man muss, und das ist unsere Verpflichtung, dafür sorgen, dass das nicht passiert. Und da war gerade anlässlich unseres 20. Geburtstages vom Grazer Friedensbüro Herr Prof. Redekop da und viele Persönlichkeiten, die heute hier sind, haben ihn miterlebt, und er gibt der ganzen Welt mittlerweile als gebürtiger Kanadier eine Anleitung, wie es denn klappen kann mit dem friedlichen Zusammenleben. Und man muss immer bei sich anfangen und nicht gleich über andere reden und wenn man sich selbst denkt, wie man ein positives Ich ist, wie man der Gesellschaft auch etwas schenken kann, ist aus seiner Sicht von fünf Faktoren abhängig. Ein Faktor ist der Sinn im Leben, wir müssen Menschen Sinn in ihrem Leben geben und ich werde da auch nicht müde werden, für alle Grazerinnen und Grazer einzufordern, dass sie arbeiten dürfen und möglichst auch eine Arbeit, eine erfüllende Arbeit in ihrem Leben haben, weil das ist einer der wichtigsten Bereiche, die ein Mensch hat. Ganz, ganz wichtig ist ein Zugehörigkeitsgefühl. Wir müssen Menschen wirklich einladen, begeistert Grazerin oder Grazer zu sein, dann werden wir es gemeinsam schaffen. Das Thema der Sicherheit spielt eine gleich große Rolle und Sicherheit hat ein breites Spektrum, wie wir alle wissen. Eines steht aber auch fest, in erster Linie müssen wir an der sozialen Sicherheit arbeiten, weil nur, wenn es unseren Nachbarn gut geht, und das gilt nicht nur für den Haushalt oder das Haus, in dem man lebt und die Wohnung, die es daneben gibt, sondern das gilt auch für unsere Nachbarländer und die Staatengemeinschaften (*Applaus ÖVP*). Ganz, ganz wichtig ist die Anerkennung, das ist sein vierter wesentlicher Punkt, wir müssen Menschen auch loben, wir müssen Anerkennung austeilen. Vor allem den vielen, vielen Menschen, die ohne bezahlt zu bekommen, sich in unserer Stadt immer eingesetzt haben und immer einsetzen. Da sind wir eine besonders begnadete Stadt. So viele freiwillige



Menschen, die mitanpacken, darüber verfügen nicht alle Städte, und der fünfte Bereich ist der Handlungsspielraum, den Menschen haben.

Und da komme ich jetzt wieder zurück zum Budget, das was wir da heute beschließen werden, ist der Handlungsspielraum für mehr als 253.000 Grazerinnen und Grazer, weil wir wissen, es sind fast 300.000 da, genaue Zahlen werde ich gleich verlesen, aber es kommen auch jeden Tag sehr viele Menschen zu uns her, die mitprofitieren, obwohl sie nicht offiziell zu den Grazerinnen und Grazern zählen. Die zweite Frage, wann kann man eigentlich die Leistungen der Kommunalpolitik, also unsere Leistung, überhaupt positiv beurteilen, wann ist der Zeitpunkt gegeben, dass man sagt, machen wir eine gute Arbeit oder machen wir eine schlechte Arbeit? Wenn man Musterschüler sein will und eine Stadt nur als Unternehmen führen will, ist das gar nicht so schwer, die Stadt Graz, und das prognostiziere ich hier, wird nie einen Kommissär brauchen und auch Vergleiche mit anderen steirischen Gemeinden disqualifizieren sich von selbst, weil es um eine andere Dimension geht und eine ganz andere Handhabung. Die Stadt Graz war die erste Stadt, die selbst einen Stadtrechnungshof eingeführt hat, der uns begleitet, der Bundesrechnungshof ist in den letzten elf Jahren so oft bei der Stadt Graz gewesen, dass wir ihn gerne noch einmal einladen können, aber er prüft uns regelmäßig und auch die Landesaufsicht schaut sich immer sehr genau an, wie es denn um die Gemeinden bestellt ist. Wobei ich mir erlaube, auch einmal den Spieß da ein bisschen umzudrehen und mich zu fragen, wenn es jetzt Empfehlungen von Landespolitikern gibt, wie die Gemeinden besser budgetieren sollen, dann rate ich auch all diesen Politikern im Lande Steiermark, einmal darüber nachzudenken, welchen Weg sie gerade gehen. Wir handeln mittlerweile, und das nicht erst seit einem Jahr oder seit zwei Jahren, sondern wir arbeiten eigentlich seit der Jahrhundert- oder der Jahrtausendwende sehr strategisch daran, ein moderner, schlanker und positiver Magistrat zu sein, für die Menschen da zu sein und gleichzeitig unseren Haushalt in Ordnung zu bringen. Mir geht es gut dabei, wenn ich sehe, dass wir Jahr für Jahr wieder besser werden, mir geht es noch immer nicht gut, dass das nicht schneller funktioniert und ich nehme da durchaus manches auf mich und sage, ich hätte auch ganz gerne im Finanzausgleich mehr Punkte immer heimgebracht, aber ich verhandle dort nicht nur als Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, ich verhandle dort im Namen aller österreichischen Städte und es sitzen dort, wie gesagt, acht Persönlichkeiten, umrandet von 60 bis 100 Beamtinnen und Beamten, die versuchen müssen auch das

Ganze zu sehen und es ist uns ein bisschen etwas gelungen und ich denke, dass wir von einer Forderung nicht abrücken sollten, nämlich beim nächsten Mal zu sagen, das was der Gemeindebund immer sagt, gleich viel Geld für die gleiche Arbeit, ich denke mir, dass eine Ungerechtigkeit, die einmal festgeschrieben wurde, der Finanzausgleich hat eine historische Entwicklung, und da wurde einmal die Wirtschaftskraft der Städte hineingerechnet, das ist aus meiner Sicht heute nicht mehr zeitgemäß und es wäre längst angebracht, dass jede österreichische Stadt pro Einwohner gleich viel Geld bekommt. Das ist also der nächste Punkt, den ich verhandeln will, sonst werde ich auch da meine Unterschrift unter den Finanzausgleich und unter den Stabilitätspakt, wann immer wir das nächste Mal verhandeln, nicht daruntersetzen (*Applaus ÖVP*).

Zurück zur Frage, wann ist unsere gemeinsame Arbeit positiv und noch einmal, es ist wirklich unsere gemeinsame Arbeit, weil wir haben fünf Fraktionen, fast alle Fraktionen auch in der Regierung sitzen, jedes Stadtsenatsmitglied bemüht sich in seinem Bereich...

***Zwischenruf GR. Grosz: Wir sind die einzige Partei, die in Opposition ist.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Selten jemand erlebt, der soviel Freude mit dieser Rolle hat (*Applaus ÖVP*). Ich habe das wirklich so gemeint, weil jeder Stadtsenatsreferent, jede Stadtsenatsreferentin kämpft darum, dass die Leistungen im jeweiligen Bereich besser werden und die Antwort versuche ich jetzt auf die Frage zu geben, wann bist du gut beurteilt? Du bist dann gut beurteilt, wenn Menschen aus dieser Stadt nicht wegziehen, wenn Menschen in diese Stadt gerne zuziehen und dazukommen, und Graz hat so viele Hauptwohnsitze wie noch nie in seiner Geschichte. 252.852, davon 121.337 Männer und 131.515 Frauen haben ihren Lebensmittelpunkt in Graz gewählt. 36.644 Nebenwohnsitze, das sind insgesamt 289.636 Menschen, die hier leben und täglich kommen bis zu 150.000 Gäste und Einpendlerinnen und Einpendler noch hinzu. Nicht-EU-Bürger, also außerhalb der Europäischen Union, haben Menschen, sind auch aufgebrochen aus unterschiedlichsten Gründen und

haben gesagt, wir gehen nach Graz, manche weil sie quasi nur bis hierher gekommen sind, und wer beim Projekt Facing Nations war und sich das genauer angeschaut hat, da sagt halt auch ein Vater in Afghanistan zu seinem 17-jährigen Sohn, bei uns hast du keine Zukunft, ich kann dir nichts mitgeben, aber geh einfach in den Westen, kann man sich das vorstellen, wenn ein Vater zu seinem Sohn sagt, geh einfach los, und der junge Bursche mit 17 marschiert los und landet in Graz und ist heute da jemand, der sich integrieren will, der in die Schule geht, der Träume hat, das ist schon faszinierend, und 25.590 Menschen, die nicht EU-Bürger sind, leben bei uns in der Stadt, die Hälfte davon, 12.769, sind aus dem ehemaligen Jugoslawien und die haben eine Zuflucht gesucht, die wir ihnen Gott sei Dank auch in den 90er-Jahren gegeben haben.

Wir haben immer stark in die Infrastruktur in den letzten Jahren investiert, und ich möchte auch ein paar Zahlen sagen. Wir haben bei den Nächtigungen ein Plus von 5,5 %, wir haben bei den Ankünften ebenfalls ein solches Plus ungefähr in der Größenordnung von 5 %, wir haben tolle Festivals, und jetzt melde ich mich ein bisschen als Wirtschafts- und Tourismusreferent. Im nächsten Jahr wird es wieder die Unterstützung vieler Festivals geben, und der Kulturreferent Wolfgang Riedler hat Recht, selbstverständlich ist es da auch immer eine Schnittstelle oder sehr oft eine Schnittstelle zwischen künstlerischem und dem touristischen Bereich, und wir werden auch gemeinsam schauen, dass wir die tollen Festivals, die wir haben, auch halten und ausbauen können, aber es wird Spring nine zu Pfingsten geben, elektronische Kunst und Musik, wir werden nächstes Jahr, darauf freuen sich schon sehr, sehr viele Technikbegeisterte, aber ich glaube auch alle Verspielten, wir werden den Robokap in Graz haben, es werden die weltbesten Roboter im sportlichen Sinn gegeneinander antreten. Wir werden im Sommer Serenata, den Jazzsommer, La Strada und unter anderem dann auch die Interhorse, eine neue große Pferdemesse mit internationalem Springturnier, in Graz haben. Wir werden ausgezeichnet durch die japanischen Kulturschaffenden, es werden bis zu 2000 japanische Künstlerinnen und Künstler eine Woche lang in Graz mit den Grazerinnen und Grazern ihre Künste pflegen. Das heißt, es gibt sehr viel Spannendes auch im nächsten Jahr.

Graz hat 24 % der steirischen Bevölkerung und beschäftigt 43 % der Unselbständigen. Wir haben in Graz zurzeit mehr als 185.000 Jobs. 185.000 Menschen finden hier Beschäftigung, im Grazer Gewerbe fanden 2007 mehr als

134.000 Menschen Beschäftigung. Wir haben 20.409 aktive Betriebsstandorte und wir unternehmen auch im nächsten Jahr sehr, sehr viel, dass wir als Wirtschaftsstadt, als Technologie-, als Handelsstadt, aber auch im Kreativbereich wieder in den nächsten Jahren vorne mit dabei sein werden.

Ich werde nicht auf die vielen Punkte eingehen, die mir heute da schon zu Ohren gekommen sind. Ich möchte aber Ihnen noch ein paar Bereiche, für die ich verantwortlich zeichne, auch noch einen Ausblick gebe. Wir haben uns mit der Magistratsdirektion und dem Präsidialamt und dem IT-Bereich wieder viel vorgenommen, um, und das Ziel geben wir nicht aus den Augen, Herr Magistratsdirektor und Frau Magistratsdirektorstellvertreterin und den Herrn Steinbrucker sehe ich auch, dass wir innerhalb Österreichs und darüber hinaus eine der modernsten, schlanksten und kundenfreundlichsten Verwaltungen haben werden. Daran werden wir auch im nächsten Jahr arbeiten, da gibt es noch einiges zu tun. Ich freue mich auch, dass es ein IT-Projekt gibt, das wir dann auch im Sommer zu entscheiden haben, nämlich ein Projekt gemeinsam mit der Graz AG, wo wir de facto auch bis zu einer Unternehmensgründung kommen wollen, die sich dann um diese beiden Unternehmen, vielleicht später sogar einmal darüber hinaus, mit dem IT-Bereich beschäftigt und uns Leistungen anbietet.

Ich bin Personalreferent jetzt seit sechs Jahren, ich habe sehr oft von vielen Personalvertretern unterschiedlichsten Couleurs gehört, dass sie es sehr schätzen, dass wir diese Art der Unternehmenskultur pflegen. Es macht niemals Spaß, wenn man sich an den Verhandlungstisch zu setzen hat und drüber nachzudenken hat, wie wir unseren großen Bereich der Personalkosten zumindest etwas abflachen, die Steigerungsraten, die es dort gibt. Da wir im Bereich der Pensionen und im Bereich der Gehälter auch durch die Abschlüsse mit rund 3,4 und 3,5 % heute automatisch drinnen haben, plus den Vorrückungen, den Sprüngen, die wir machen, kann man davon ausgehen, dass 10 Millionen Euro auch im nächsten Jahr dazukommen. Und das ist eine Summe Geld, die bei 98 Millionen im heurigen Jahr für Pensionen und bei ungefähr 160 Millionen, wenn man die Eigenbetriebe dazurechnet, eine gewaltige Herausforderung für uns bedeutet. 350 Millionen Euro von einem Gesamtbudget von 890 Millionen, das ist ein Kostenfaktor, den man nicht übersehen darf. Ich habe eine Devise, und ich versuche sie einzuhalten, es ist nicht einfach. Ich habe gesagt, ich will nicht haben, dass Menschen in der Stadt Graz, noch dazu in der derzeitigen Wirtschaftslage, um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Ich habe relativ rasch auch

unseren Personalvertreterinnen und Personalvertretern gesagt, wir wollen keine Kündigungen. Ich habe gesagt, ich setze mich dafür ein, dass all jene, die in einem befristeten Dienstverhältnis bei uns stehen, auch in ein unbefristetes Dienstverhältnis kommen werden, sofern ihre Leistungen in Ordnung sind und sie auch in der Abteilung, auch durch den Abteilungsvorstand gewollt, wirklich Verwendung finden. Jetzt gilt es, mit der Personalvertretung in sozialpartnerschaftlicher Art und Weise wieder Verhandlungen zu führen. Das, worüber wir reden, sind in Wahrheit Dinge, die in der Republik Österreich in allen Gebietskörperschaften, aber auch in der Privatwirtschaft, schon längst abgeschafft wurden, und wir machen es uns da nicht leicht. Pensionsantrittsalter der Frauen in wenigen Jahren von 55 auf 65 Jahre anzuheben, haben wir nicht so schnell vollzogen wie andere Gebietskörperschaften, wir haben drüber zu reden, wie wir auch hinkünftig mit Urlaubswochen und anderen Dingen umgehen werden. Da sind wir im Verhandeln, wir werden zum Schluss ein gutes Ergebnis finden und wir gehen sehr gemäßigt vor. Und ich tu das deswegen, weil ich als Unternehmer, der aus einer Handelsfamilie stammt, von seinen Vorvätern und seinem Vater mitbekommen habe, dass ein Unternehmen immer nur dann funktioniert, wenn auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halbwegs motiviert sind. Sie sind motiviert, nicht jeden Tag und auch nicht immer, sie sind zum Teil auch überlastet, es hängt auch damit zusammen, dass Bürgerinnen und Bürger, unsere Grazerinnen und Grazer von uns mittlerweile so viele Dinge verlangen, wie man es kaum erbringen kann. Ich erzähle so gerne von dem Beispiel, weil ich es gerade auch persönlich als Vater erlebt habe. Wenn in der Kinderkrippe die Eltern am Elternabend am Anfang gefragt werden, was erwarten Sie sich denn jetzt von uns Pädagoginnen und Pädagogen, die diese Kinderkrippe führen, dann kriegt man dort sofort zur Antwort, das Kind soll sauber werden, das Kind soll den Schnuller sich abgewöhnen, das Kind soll essen lernen, so geht das am laufenden Band, ich zähle jetzt nur einige Dinge auf und viel später kommt erst, das Kind soll ja die sozialen Kontakte mit Gleichaltrigen, Jüngeren haben, viel, viel später kommt erst, es soll musikalisch ein bisschen und in anderen Bereichen gefördert werden. Zuerst delegieren auch die Grazerinnen und Grazer, die Menschen, die mit uns leben, auch oft wir selbst alles an den Staat und damit auch an die Stadt und das ist eine Herausforderung, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum schaffen können. Deswegen auch neue Ansätze jetzt in unserem Budget, Direktoren und Lehrerinnen und Lehrer haben alle Hände voll zu tun, Burn-outs sind an der Tagesordnung, im

Sozialbereich die Debatte, die wenigen, die da sind, wenn jetzt ein paar krank werden, Burn-out haben, ist die Belastung eine noch größere. Wie schafft man es im Personalbereich, eine Personalentwicklung auch für solche Berufsgruppen wirklich vorzubereiten, auszubauen, ihnen etwas anzubieten, wenn man vielleicht einmal nach 20 Jahren sagt, ich kann nicht mehr. Das sind alles Dinge, die uns sehr beschäftigen und ich glaube, wir sind ein guter Dienstgeber, wir verlangen auch sehr viel von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Sie können sicher sein, dass ich auch im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren sehr darauf achten werde, dass die Motivation da ist und dass wir auch den Bereich des Gesundheitsmanagements noch verstärken, etwas was wir vor einiger Zeit begonnen haben und das unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dringend brauchen werden (*Applaus ÖVP*).

Die größte Herausforderung werde ich wahrscheinlich im Wirtschafts- und Tourismusbereich erleben, wenn die Auftragsbücher unserer Industrie- und Gewerbebetriebe sich nicht ab dem Jänner endlich zu füllen beginnen, werden viele Menschen, die heute in Kurzarbeit sind, dann auch wirklich ihren Job verlieren. Das kann in und um Graz nicht nur ein paar hundert oder ein paar tausend, sondern zigtausende Menschen treffen, das heißt, wir werden auch hier im Gemeinderat oft diskutieren und wir werden hier weiter versuchen, auch gemeinsam, wir werden das auch nicht allein lösen können, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice, gemeinsam mit Bund, mit dem Land auch schauen, dass wir dann zumindest in den Bereich investieren, der mir so wichtig ist, Stadtentwicklung und Bildung haben wir zusammengeführt Graz ist die Stadt mit den meisten Akademikerinnen und Akademikern, höchste Akademikerquote, doppelt so hoch wie alle anderen Landeshauptstädte. Wir haben hervorragende Bildungsinstitutionen und wir werden, ich sage, vom Kindergarten weg über die Schulen über die Lehrlingsausbildung, auch neue Modell andenken, wenn die Telekom da wieder was nach Wien abziehen will, werden wir gemeinsam mit dem Land Steiermark auch Lehrlingsausbildung verstärkt anbieten, bis zu den Universitäten und zu den Fachhochschulen investieren. Das ist die wichtigste Entwicklungsachse, die wir als Grazer Gemeinderat forcieren können, da werden wir auch versuchen, mit den Universitäten ein neues Paket zu schnüren (*Applaus ÖVP*). Ich bin mit zuständig für das A 2, mit dem Team der Frau Dr. Bardeau haben wir im Bereich des Services quasi auch noch wie bei der Magistratsdirektion mit dem Präsidialamt und mit der IT-Abteilung

gemeinsam die Chance hier, wie gesagt, noch moderner zu werden und auch im Rechtsberatungsbereich noch stärker zu werden als bisher.

Und ich bin auch zuständig für den Bereich der Integration, da haben wir uns besonders viel vorgenommen. Ausgrenzen ist mit mir nicht möglich, einbinden sehr wohl, und wir haben mit der Frau Köksal, mit dem Herrn Mahmoudi und mit den Mitarbeiterinnen, die wir in der Abteilung haben, erstmals begonnen, an den wichtigsten Säulen strategisch zu arbeiten. Friedensbüro, Menschenrechtsbeirat, interreligiöse Kommunikation, also auch diese Arbeit, da haben wir viel zu tun. Gegen Vorurteile weiter zu kämpfen, die Menschen einzuladen, dabei zu sein, das Projekt Facing Nations gefällt mir, weil die UNO hat die Menschenrechtsstadt Graz jetzt einmal unter ihre Fittiche genommen mit diesem Projekt, wer es nicht gesehen hat, ich kann es nur empfehlen, der Herr Oskar Stocker, ein internationaler Manager, der in Graz jetzt als Künstler da ist, hat etwas gemacht, das kann man nicht erfinden, das muss wachsen, schön, dass es in Graz einen solchen Menschen gibt, der aufgezeigt hat, dass von 192 Nationen, die es in den Vereinten Nationen gibt, immerhin zur Zeit 159 Nationen in Graz vertreten sind und man braucht, wie er gesagt hat, keine Weltreise mehr unternehmen, man kann sich den Flieger sparen, man soll nur einfach einmal mit offenen Augen durch die Stadt Graz gehen und mit den Menschen reden und das offene Herz mitbringen, dann wird man tolle Menschen auch bei uns kennenlernen (*Applaus ÖVP*).

Als Aufsichtsratsvorsitzender der Graz AG haben wir viel vor. Ich sage nur noch einmal, Energiepolitik in der Stadt ist ein wichtiges Thema, die Energiepolitik des Landes, des Bundes, das viele Gegeneinander statt des Miteinanders und weit weg von einer wirklichen Energiewende, da gibt es ein ordentliches Stück Arbeit, da wird uns auch viel gelingen. Über das Thema Sicherheit werden wir uns hier herinnen auch oft unterhalten, ich bin froh, dass wir diese Ordnungswache gegründet haben, und in Richtung des Herrn Gemeinderates Grosz auch noch einmal gesagt, es ist halt einmal so, dass es bei uns auch Verordnungen gibt, für die die Grazer Polizei nicht zuständig ist, wo sie eigentlich gar nicht einschreiten darf. Ich werde das einmal in...

***Zwischenruf GR. Grosz: Was haben wir die letzten 50 Jahre gemacht?***

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist auch in den letzten 50 Jahren nicht so behandelt worden. Deswegen ist es sehr wichtig gewesen, dass wir endlich eine begründen und dass sie diese Fälle übernimmt. Aber wir können das gerne einmal auch durchdiskutieren und dann wirst du das zur Kenntnis nehmen. Darüber hinaus ist es mir wichtig, unsere Städtepartnerschaften zu leben, aber wir brauchen gar nicht so weit hinaus denken, und jetzt zum Thema unsere Nachbargemeinden und Regionext. Der Herr Gemeinderat Haßler meint, wir versäumen da einen Zug, so in die Richtung, da hätte man doch schon viel schneller handeln müssen, da bräuchten wir doch schon Beschlüsse. Das Land Steiermark fangt jetzt mit einer oder hat jetzt vor einem Jahr mit einer Überlegung begonnen, mit der sie im Übrigen noch nicht fertig sind und das was sie ursprünglich wollten, schaut jetzt ganz anders aus, weil aus den Großregionen sind jetzt sehr viele Kleinregionen geworden, wir haben vor Jahren die Notwendigkeit solcher Überlegungen schon längst erkannt. Wir arbeiten im regionalen Entwicklungsverein zusammen und dass es in Graz Umgebung, vor allem von einem Bürgermeister, auch der Wunsch war, eher mit Voitsberg als mit Graz zusammenzuarbeiten, haben wir wieder verändert, vielleicht machen wir sogar eine noch größere Region, weil wir in Graz, in Graz-Umgebung und auch in Voitsberg viele gemeinsame Probleme haben, und wenn heute in der Presse wieder die Feinstaubhochburg Graz mitgeschildert wird, wir tun halt was dagegen, aber es wird auch nicht nur in Graz allein geschehen können, sondern wir werden das in der ganzen Region tun müssen. So viele EU-Gelder und Projektgelder, wie wir mit dem regionalen Entwicklungsverein schon abgeholt haben, hat im Übrigen sonst noch keine Region in der Steiermark zustande gebracht und wir werden selbstverständlich dann auch bis zum Februar hin, solange hat der Landtag das jetzt auch wieder hinausgeschoben, noch zu den richtigen Weichenstellungen, aber auch zu den Diskussionen kommen, wer mit uns welche Arbeiten angehen will. Die wichtigste Arbeit, die wir uns dort vorgenommen haben, und das ist positiv, weil es jetzt endlich angepackt wird, ist das regionale Verkehrskonzept für Graz und Graz-Umgebung, jegliche Kleinstregion von der Steiermark hat bisher ein solches Konzept vom Land schon bekommen. Mit Graz und Graz-Umgebung hat man zugewartet, weil man gewusst hat, es ist das größte Stück Arbeit und es wird danach auch am meisten Geld kosten, aber wenn wir jetzt schon die Letzten sind, freut es mich, dass vor allem auch der zuständige Beamte des Landes, der Herr Tropper, ganz eng mit unseren Abteilungsvorständen und Mitarbeitern zusammenarbeitet und jetzt wirklich was



Großartiges auf die Schiene gekommen ist, und wir werden diese Entscheidung treffen (*Applaus ÖVP*).

Ich habe unheimlich gerne Zitate, und es gibt so schöne Zitatensammlungen, da kann man von interessanten Menschen immer wieder eine Anregung bekommen. Zum Abschluss möchte ich auch allen dank sagen, die wieder mitgeholfen haben. Ich sage auch gleich danke für die Zusammenarbeit im nächsten Jahr, da werden wir uns anstrengen müssen und in Richtung Sozialdemokratie eine Anmerkung. 20 % fordern ist möglich, nicht bekommen ist jetzt das Ergebnis, plus 10 % sind es geworden, das entspricht den Steigerungsraten, die wir auch in den letzten Jahren im Sozialbereich hatten. Wir werden unter Umständen nachbessern müssen. Ich hoffe es allerdings nicht und ganz, ganz wichtig, diese 10 % Steigerung war nur möglich, weil in vielen, vielen anderen Bereichen solche Einsparungen vorgenommen wurden, dass wir zum Schluss wieder bei den Eckwerten halbwegs ausgeglichen bilanzieren können. Das heißt, das was in dem Sozialbereich, ob Jugendwohlfahrt, ob dort eine Kollegin Fluch oder auch bei der Kollegin Edlinger an mehr Geld in Form von 10 % dazugekommen ist, haben sich andere Stadtsenatsmitglieder mühsam abringen lassen, da gehören viele dazu und das möchte ich am heutigen Tage auch sagen. Wir werden selbstverständlich auch im nächsten Jahr uns spätestens im Herbst anschauen müssen, wie es uns geht. Kommt die Wirtschaftskrise, kann alles ganz anders ausschauen, aber wir haben auch einen Finanzausgleich so geschlossen, dass wir gesagt haben, wenn in Wien mit dem neuen Modell nicht mehr ein Auskommen gefunden werden kann im Budget, weil wir gesagt haben, wir haben eine Mindestsicherung für alle Menschen, wir haben da was beschlossen, wo wir gar nicht gewusst haben, wie wird es sich auswirken. Wenn diese Mindestsicherung im nächsten Jahr eine gewisse Summe in Wien überschreiten wird, ist der Finanzausgleich de facto nur unterbrochen und wird dann fortgesetzt und so ähnlich sehe ich es da auch, und es ist ja auch nicht das erste Mal, dass wir gesagt haben, schauen wir, ob wir mit dem Bereich auskommen und dass man diese Budgetlücken schließt (*Applaus ÖVP*).

Ich bedanke mich beim Gerhard Rüschi. Der Gerhard Rüschi hat es sich mit seinem Team wirklich nicht leicht gemacht, ein solches Budget zustande zu kriegen. Die Lücke, und er hat es aufgezeigt, die wir wirklich haben, zwischen 60 und 80 Millionen Euro pro Jahr, in Summe noch zu schließen, wird in den nächsten Jahren auch nicht leichter werden. Ich habe ursprünglich gesagt, gleiches Geld wie 2008. Wenn man

sich es dann in realen Zahlen anschaut, sind es jetzt wieder um zig Millionen mehr, aber vom Eckwert her hat es funktioniert. Den Spruch, den ich noch mitgeben will zum Schluss mit der Bitte, dass all jene, die zustimmen können, zustimmen und mit der Bitte an jene, die heute nicht zustimmen, aber trotzdem wieder mitzuarbeiten, dass wir die Kurve irgendwann einmal kriegen. Ich bin selber schon gespannt auf den Rechnungsabschluss des Jahres 2008. Das Budget sind die Wünsche und die Vorstellungen, der Rechnungsabschluss zeigt uns dann, wie viel wirklich rauskommt und Tiger Woods hat einmal gesagt: „Ich messe den Erfolg nicht an meinen Siegen, sondern daran, ob ich jedes Jahr besser werde“, und das sollten wir uns halt auch wieder für das Jahr 2009 in Summe vornehmen...

***Zwischenruf GR. Grosz: Ein begnadeter Golfspieler.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Er ist ein begnadeter Golfspieler; wie du weißt, gehöre ich noch nach wie vor zu den Reitern, sehr selten, und möchte auch dabei bleiben (*Applaus ÖVP*). In diesem Sinne darf ich den Vorsitz wieder zurückübernehmen und darf Gerhard Rüschi um seine Schlussworte bitten und danach um die Bekanntgabe der einzelnen Gruppen. Wir haben allerdings auch einen Antrag bekommen, dieser Antrag vom Kollegen Grosz ist ein Zusatzantrag, dann werden wir ihn danach dann zur Abstimmung bringen.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.30 Uhr den Vorsitz.***

**Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h**

Wir haben jetzt insgesamt über acht Stunden über das Budget diskutiert und ich möchte gerne noch ein paar wenige Anmerkungen machen. Zunächst einmal möchte ich mich entschuldigen bei den Ämtern, die ebenfalls in meiner politischen Verantwortung sind und über deren Tätigkeit ich jetzt auch aus Zeitgründen nicht sprechen werde, sondern bei anderer Gelegenheit. Möchte aber auch erwähnen, dass die Arbeit mit diesen Ämtern ebenfalls sehr, sehr viel Spaß macht, das ist das Rechnungsamt unter der Leitung von Herrn Pucher, es ist das Amt für die Gemeindeabgaben unter der Leitung von Herrn Mohab, es ist der Liegenschaftsverkehr unter der Leitung von Frau Katharina Peer und es ist die Liegenschaftsverwaltung unter der Leitung von Dr. Fritsch sowie zwei zugeordnete Gesellschaften: die GPG, Parkraummanagement - Gesellschaft und die Parkraumservicegesellschaft mit dem Herrn Geschäftsführer Janezic, ein herzliches Danke von dieser Seite auch (*Applaus ÖVP*).

Ich habe heute nahezu die gesamten acht Stunden sehr intensiv zugehört, weil mir die Reaktion von allen, die heute gesprochen haben und sich zum Budget geäußert haben, sehr, sehr wichtig ist. Mir war es wichtig zu hören, wo die Kritik kommt, Lob ist eigentlich immer nur von einer Seite gekommen, was durchaus politisch zu erwarten war. Aber ich möchte gerne auf ein paar Dinge eingehen, die mir, wie gesagt, aufgefallen sind. Zunächst einmal die Hervorhebung, dass es natürlich, wenn es um das Budget geht, eine ganz, ganz einfache simple Oppositionskritik gibt, die da lautet, wir möchten gerne, dass im Budget mehr Ausgaben drinnen sind, die Einnahmen dürfen aber keinesfalls erhöht werden, auch keine Indexanpassung und wir regen uns selbstverständlich auf, dass es eine Verschuldung gibt. Das ist die Quadratur des Kreises, die sicherlich nie aufgehen wird. Ich habe das, ehrlich gesagt, auch nicht weiter ernst nehmen können, sondern was mich interessiert hat in dieser Debatte, das waren einzelne Meinungen zu manchen Bereichen und es ist auch schon vom Bürgermeister erwähnt worden, aber ich möchte trotzdem nochmals die Gelegenheit nehmen, um auf den Bereich des Sozialen zu sprechen zu kommen. Liebe Frau Kollegin Haas-Wippel, mir ist klar, dass es bei Ihnen wahrscheinlich auch ein ganz besonderes Engagement für diesen Bereich gibt. Was ich aber nicht verstehen kann, das ist, dass Sie hier Anmerkungen gemacht haben, aus denen ich

nur entnehmen kann, Sie haben das Budget sicherlich nicht gelesen. Sie sprechen zum Beispiel von einem Kahlschlag im sozialen Bereich. Haben Sie etwa aus Versehen das Budget von 2007 gehabt oder wirklich von 2009, denn allein in diesem Zeitraum ist dieses Budget um 20 %, um über zehn Millionen Euro, gestiegen, das nennen Sie einen Kahlschlag im sozialen Bereich (*Applaus ÖVP und Grüne*)? Ich möchte sogar sagen, dass wir uns sehr lange überlegt haben, im Sozialbereich sozusagen die Eckwertlogik aufzuheben, nämlich im Budget durch Gemeinderatsbeschluss zu verankern, dass die Ermessensausgaben in der budgetierten Höhe ausgegeben werden müssen, wir haben die Ermessensausgaben um 10 % erhöht und wir haben sie nachträglich auch aus der 15-%-Sperrung herausgenommen, das heißt, es ist der dezidierte Wille der Koalition, dass diese Mehrausgaben auch im Ermessensbereich ausgegeben werden. Das sind die vielen Vereine, die zum Teil selbstverständlich unentgeltlich arbeiten für das Wohlergehen von vielen Gruppen in der Stadt, das ist uns wichtig, und ich bin manchmal wirklich überrascht von der Überheblichkeit der Sozialdemokratie zu glauben, das Monopol auf das soziale gesellschaftliche Gewissen zu haben.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Woher hast du das?***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben das jedenfalls auch, das habe ich heute aus manchen Wortmeldungen entnommen (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Gut, dann freut es mich. Dann bin ich sehr beruhigt, wenn das falsch ist. Zu der Höhe der verordneten und der veranschlagten Pflichtausgaben

hat der Bürgermeister, glaube ich, schon das Wichtigste gesagt. Wir haben selbstverständlich die Angaben von Seiten des Sozialamtes sehr genau genommen, was uns ein bisschen gestört hat, das habe ich ebenfalls gesagt, das war, dass wir keine Perspektive begründen wollten, wir haben aber ausgemacht, dass wir dadurch gemeinsam an einem Konzept arbeiten wollen und wenn tatsächlich im Laufe des Jahres im September ein Nachtrag kommen soll, ja, was war denn heuer, was war im letzten Jahr, wir hatten immer Nachträge im Sozialbudget und wir werden selbstverständlich auch dann, wenn dieser Nachtrag kommen sollte, uns sehr intensiv damit befassen und ihn selbstverständlich decken.

Bezüglich der Verschuldung, glaube ich, war jedenfalls aus meiner Sicht die Diskussion deshalb sehr interessant, weil hier offensichtlich auch unterschiedliche gesellschaftliche Positionen aufeinander stoßen. Manche finden Schulden ein grundsätzliches Übel, manche weisen darauf hin, und zu denen gehöre auch ich, dass Schulden dann, wenn damit Werte geschaffen werden, wenn Infrastruktur errichtet wird, ausgebessert wird, das für die Stadt grundsätzlich sehr, sehr positiv ist (*Applaus ÖVP*). Und deshalb freut es mich auch besonders, dass die Koalition Wert darauf legt zu sagen, wir wollen die Schulden bekämpfen, indem wir in der laufenden Gebarung bei allen Ausgaben, die jährlich anfallen, endlich zu einer Deckung kommen, zu einer Deckung durch die laufenden Einnahmen, wenn uns das gelingt, dann nehmen wir eben ausschließlich Schulden für Projekte auf. Lieber Gerald Grosz, es gibt Wohnbauunternehmen, die ihre gesamten Investitionsprojekte fremd finanzieren und damit eine viel höhere Verschuldung haben als wie einen Umsatz. Ich glaube, das ist ein durchaus gutes Prinzip, wenn man Einrichtungen, die mehrere Generationen von einer Bevölkerung genutzt werden, nicht nur von den jetzigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanzieren lässt, sondern eben über Verschuldung. Ganz abgesehen davon, und das soll auch erwähnt werden, haben Investitionsprojekte in diesen Tagen einen besonderen Wert. Darf ich vielleicht an dieser Stelle das Bad Eggenberg auch aus dieser Sicht bewerten, das sind Aufträge für die Bauwirtschaft, für das Baunebengewerbe, wie immer man inhaltlich steht dazu, das Projekt kommt jedenfalls aus konjunkturpolitischer Sicht zum genau richtigen Zeitpunkt (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich war über die Zwischenbemerkung vom Kollegen Riedler sehr erfreut. Ich möchte aber auf zwei Details noch zu sprechen kommen, die mir wichtig sind, und zwar deshalb, weil du da Vorwürfe gemacht hast, die man, glaube ich, nicht so stehen lassen kann. Ich habe einmal ein

bisschen den Eindruck, dass eine Kritik an dir immer so etwas wie eine Majestätsbeleidigung ist, nahezu undemokratisch und du hast dann erwidert auf die Kritik vom Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg, wie stark das Sportbudget ausgeweitet wurde, gerade im Jugendsport, das ist in dieser Form und so gesagt nicht wahr. Wahr ist vielmehr, dass das Sportbudget insgesamt gekürzt wurde und dass wir im Jahr 2008 als erste Handschrift dieser neuen Koalition eine beachtliche Ausweitung im Jugendsport budgetiert haben, nämlich im Jugendsport um 40 %, sodass jeder Verein, der Jugendmannschaften hat und Jugendbetreuung macht, pro Jugendlichen nicht mehr 720 Euro, glaube ich, wie bisher bekommen hat, sondern 1000 Euro, das ist eine Ausweitung um zirka 40 %, Schwerpunkt Jugendsport, in diesem Zusammenhang (*Applaus ÖVP*). Es gibt einen zweiten Punkt, den ich gerne klarlegen möchte, du hast hier bekrittelt und auch kritisiert, dass dir der Tierkadavercontainer nicht mehr vorkommt im Budget, aber ich bin überzeugt, du weißt ganz genau, wie das ist und darum möchte ich das hier auch klarstellen.

***Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nur ich mache keine falschen Aussagen, lieber Wolfgang, und das möchte ich jetzt korrigieren. Der Tierkadavercontainer ist seit 2006 budgetiert, wurde 2006 nicht umgesetzt, 2007 nicht umgesetzt und bis jetzt 2008 auch nicht umgesetzt. Und du weißt genau, das haben wir angegeben, dass alle Mittel, sämtliche Budgetmittel in der AOG, die bis zum 31. 12. 2008 nicht ausgegeben werden, automatisch ins nächste Jahr übertragen werden. Das heißt, solltest du dich entschließen, diese Investition zu tätigen im nächsten Jahr, dann hast du das entsprechende Geld dafür in der AOG (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Ich möchte die Erfolge, die ich in diesem Budget sehe, nicht wiederholen, sondern möchte noch ein Wort zum Budget, nachdem es ein Koalitionsbudget ist, sagen. Ich denke, wir liegen insgesamt auch in dem Farbenspiel von dem publizierten „Schinken“, von dem gesamten Budget, denke ich, durchaus gut und richtig und es ist auch eine Widerspiegelung der sehr intensiven Diskussionen. Dieses Budget hat

zwei grüne Deckblätter, es wird von einer schwarzen Spirale zusammengehalten (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ich möchte gerne mit dem Dank bei einem Herrn beginnen, der auf der Galerie steht und zwar ist es der Herr Klemmer, der Herr Klemmer von der Druck- und Kopierstelle, das ist jener Herr, der mit seinem Team (*Applaus ÖVP und Grüne*) immer dann arbeiten muss, wenn dieser dicke Wälzer natürlich wie jedes Jahr zu spät fertig wird und dann in einem großen Einsatz letztlich dafür sorgt, dass es trotzdem heute und rechtzeitig auf dem Tisch ist, vielen Dank. Mein letzter Dank, nachdem ich bei meiner Budgetrede mich auch schon bei allen anderen bedankt habe, mein letzter Dank gilt meinem Büro, das selbstverständlich gerade in den letzten Tagen mit mir gemeinsam sehr, sehr viele und sehr, sehr intensive Stunden verbracht hat, um alle Arbeiten rechtzeitig fertig zu machen. Ich möchte das an dieser Stelle ausdrücklich tun, alle die das, glaube ich, mitgemacht haben, wissen, dass da gerade in den letzten Stunden sehr viel Arbeit auch auf das Büro zukommt, vielen Dank (*Applaus ÖVP und Grüne*). Damit komme ich zu dem schönen Vorlesen der Summen, die als Grundlage für die Abstimmung...

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt keinen Sinnspruch bieten kann, sondern nur einen Antrag nach § 31 Abstimmungen der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates. Mein Kollege Gerald Haßler hat ja in seiner Generalrede darauf hingewiesen,...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Herper**: Zur Geschäftsordnung spreche ich jetzt, wenn ich darf, Herr Kollege, ...hat in seiner Generalrede darauf hingewiesen, dass das Statut der Stadt Graz zweiter Abschnitt § 89 Kapitel 3, aber auch die Vereinbarung über Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der

Gemeinden und von Gemeindeverbänden nicht eingehalten werde. Zitat: Alle Einnahmen und Ausgaben, die im Laufe des kommenden Haushaltsjahres voraussichtlich fällig werden, sind zu veranschlagen. Desweiteren hat er darauf hingewiesen, und das war deutlich in den Wortmeldungen nicht nur unsere Fraktion, sondern auch anderer, dass es gerade im Sozialbereich einen fehlenden Betrag von zirka 10,7 Millionen Euro gibt, der zwar zu 60 % vom Land abgedeckt wird, dass aber unterm Strich dem Sozialbudget bei den Pflichtausgaben rund vier Millionen Euro fehlen. Der Bürgermeister hat die Hoffnung ausgedrückt, nach dem Prinzip Hoffnung, hoffentlich werde man nicht nachbudgetieren müssen. Trotzdem ist die Sorge von unserer Seite groß, dass dies erfolgen wird und das Prinzip Hoffnung nicht greifen wird. Deshalb verlangen wir von der sozialdemokratischen Fraktion nach § 31 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat eine namentliche Abstimmung des Gesamtbudgets, nicht der Einzelbudgets, der Ressorts, sondern des Gesamtbudgets, um auch namentlich haftbar zu machen, wer dafür stimmt und wer nicht dafür stimmt, damit auch der Sorge rechtens getragen wird und jeder sich der Verantwortung auch bewusst ist, wenn er die Hand hebt oder die Hand nicht hebt.

*Zwischenruf GRin. Binder: Wir werden das auch einmal in Anspruch nehmen, wir werden das auch tun, das wird euch sehr weh tun.*

GR. **Herper:** Du brauchst dich nicht von Rachegefühlen leiten lassen, Sigi, sondern es ist einfach die Sorge, die uns drückt angesichts der Unterdotierung im Sozialbereich. Also ich beantrage nach § 31 die namentliche Abstimmung des Gesamtbudgets. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Klubobmann hat auf einen Punkt verwiesen, den ich hier vielleicht auch noch einmal konkretisieren möchte, warum die Fraktionen von Schwarz und Grün einem Budgetvorschlag



zustimmen, auch im Sozialbereich zustimmen können. Wir hatten jenen Ansatz gewählt, der auch in den letzten Jahren erlebbar und feststellbar zustande gekommen ist, nämlich rund eine Steigerung von 10 %. Auf die genau Nachfrage von uns gegenüber der Frau Stadträtin, aber auch gegenüber dem Amtsleiter, wie sich denn gleich eine Steigerung um weitere 10 Millionen ergeben könnte, haben wir keine konkreten Hinweise bekommen. Wir wissen nicht die genauen Fallzahlen, wir haben keine nachvollziehbaren Daten und Fakten bekommen, aus diesem Grunde gehen wir davon aus. Wir haben aber selbstverständlich über deinen Antrag hier abzustimmen und werden das jetzt auch tun.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt (gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ).***

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir dann bitte zum Verlesen und zum Abstimmen der jeweiligen Gruppen, das heißt, wir haben die Gruppen wieder so gewählt, dass es pro Stadtsenatsreferent eine Abstimmung gibt und darüber hinaus bleibt dann noch eine Gruppe über ohne politischen Referenten, das beinhaltet die KFA, den Stadtrechnungshof und einige andere Voranschlagsstellen und zum Schluss darf ich dich bitten, auch über den Gesamtvoranschlag auch mit mir abzustimmen. Jetzt beginnen wir bitte mit dem Budget des Bürgermeisters, sprich mit mir.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf vorher noch erwähnen, dass es insgesamt während der gesetzlich vorgesehenen Auflagefrist des Budgets insgesamt vier Einsichtnahmen gegeben hat. Ich komme damit zum Budget des Bürgermeisters.